Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

27. Januar 1977
Jg. 5 Nr. 4

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Gedruckt in Hamburg

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21903 C

Alles drängt auf Streik
Aber die Einheit muß erst gesichert werden

Tarifkampf in der Metallindustrie/ Neues vom Schlichter Ehrenberg

In der Schlichtung ginge es nicht voran. Die Standpunkte stünden sich nach wie vor unvereinbar gegenüber. Eine Annäherung zeichne sich noch nicht ab. So erfuhr man anfangs der Woche aus den Nachrichten über die Schlichtungsverhandlungen im Metalltarifkampf in Nordrhein-Westfalen und in Hessen. Hans Mayr, stellvertretender Vorsitzender der IG Metall, hatte schon in der letzten Woche gesagt: „Die Stunde des Streiks rückt näher." Die Metallkapitalisten drohen mit Aussperrung. Mahlein von der IG Druck und Kluncker von der ÖTV haben für diesen Fall Solidaritätsaktionen „nicht ausgeschlossen". Eugen Loderer schreibt in der neuesten Nummer der „Metall":

„Wir wissen, daß es seit einiger Zeit der Wunsch der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ist, mit einer bundesweiten Aussperrung den Rundumschlag gegen die Gewerkschaften zu führen, um die einzige konsequente Interessenvertretung der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik entscheidend – wie sie glauben – zu treffen." Loderer stellt fest: „Der Umverteilungsprozeß zugunsten der Unternehmer muß gebremst werden. Arbeitsplatzschaffende Investitionen hängen von der Steigerung der Kaufkraft ab. Der Konjunkturaufschwung würde durch die Erfüllung unserer Forderungen nicht gefährdet, sondern gefördert."

Dies sind nüchterne Tatsachen, und diese Tatsachen stehen auf der Seite der IG Metall und ihrer Tarifforderungen. Wieder einmal mehr wird deutlich, daß sich die Metaller in der sozialen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern auf die IG Metall verlassen können. Stehen wir alle zusammen in dieser Auseinandersetzung, stärken wir unsere Gewerkschaft, dann werden wir auch den Tarifkampf dieses Jahres erfolgreich bestehen!" Da gibt es ein Problem: Kann man die Gewerkschaft stärken und gleichzeitig mit Eugen Loderer zusammenstehen? Wenn es stimmt, daß sich die Metaller auf die IG Metall verlassen können, weil die IG Metall letztlich nichts anderes ist als der Zusammenschluß der Metallarbeiter, ist es auch richtig, daß sie sich auf die Sozialdemokraten verlassen können, die diese Gewerkschaft von oben nach unten besetzt halten und sie beherrschen? Über den angeblichen „Umverteilungsprozeß", den Loderer beschwört, hat der Betriebsrat Flohr von Daimler-Benz die Wahrheit herausgelassen: „Es geht nur um ein Trostpflaster", sagte er auf einer Pressekonferenz.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" in ihrer Beilage „Blick durch die Wirtschaft": „Wird die Metalltarifrunde 1977 erst durch einen Arbeitskampf, also durch Streik und Aussperrung beendet?" Sie antwortet: „Völlig von der Hand zu weisen ist eine solche Möglichkeit natürlich nicht. Andererseits dürften die markigen Worte von beiden Seiten natürlich auch nicht überbewertet werden." Wir kennen unsere Pappenheimer, soll das heißen. Die führende Zeitung der Finanzbourgeoisie meint damit die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften und beruhigt sich damit. Geheuer ist den Bourgeois die Entwicklung freilich nicht. Der Kommentator der „Süddeutschen Zeitung" meint:

„Flink, etwas allzu hurtig, fließen den Tarifpartnern gegenwärtig die Worte Streik und Aussperrung von den Lippen. In einem Stadium permanenter Gefahr von Massenarbeitslosigkeit und Konjunkturrückschlag berührt das sonderbar. Und nach einem zunächst fast verständnisvollen Auftakt der Lohndiskussion verwundert diese nervöse Eskalation von Forderung und Tonart selbst denjenigen, der das Szenarium derartiger Verhandlungen zu gut kennt, um das eine oder andere Wort auf die Goldwaage legen zu wollen."

Woher kommt die Beunruhigung der Kenner des „Szenariums"? Woher die „nervöse Eskalation" von Forderung und Tonart, die der bürgerliche

(Fortsetzung Seite 2)



Zimbabwe: „Das ganze Volk im Land wird sich erheben, bis es Smith die Macht entrungen hat." Erklärung von D. Mutasa, ZANU, zum Abbruch der Genfer Rhodesien-Verhandlungen.

Was ist mit dem Keks?

„Vor der endgültigen Entscheidung das Gespräch mit dem Bürger suchen", ist die Meinung von Dr. Ernst Albrecht, seines Zeichens niedersächsischer Ministerpräsident und ehemaliger Chef von Bahlsen-Keks, zu den Atommülldeponien. „Es sei ein unabdingbarer Grundsatz, daß die Sicherheit Vorrang vor allen anderen Argumenten haben müsse", ist die Meinung von Dr. Albrecht. Er schlägt sogar vor, die Brennstäbe in die USA zu schicken, per Schiff, um sie dort wiederaufbereiten zu lassen. Jetzt ist Prof. Pestel Wissenschaftsminister geworden. Ein zweiter „personalpolitischer Coup", denn es werden Teile der Bourgeoisie in die Regierungsgeschäfte mit einbezogen, die angeblich gegen die Kernkraftwerke sind. Und all dies vor dem Ministertreffen mit dem Bundeskanzler über die Atommülldeponie, das am 21. Februar sein soll. Was ist denn, Herr Dr. Albrecht?

Man hört, daß Sie Ihre Folter-Thesen „in aller Form" zurücknehmen. Sie hätten einen Brief an Amnesty International geschrieben. In dem begründeten Sie „dies mit der Erfahrung aus monatelanger Diskussion. Sie habe gezeigt, wie groß die Gefahr von Mißdeutung und Mißbrauch seiner theoretischen Überlegungen sei."

Wie kann dieser Sinneswandel eintreten, Herr Dr. Albrecht, mit Ihrem Werdegang?

Man hört, das niedersächsische Polizeigesetz soll in dieser Legislaturperiode nicht mehr behandelt werden. Herr Albrecht, es war doch schon der zweite Entwurf ausgearbeitet?!

Sie sagen im Interview in der Hannoverschen Allgemeinen, „die Kreisreform sei nicht voll befriedigend." Hat sie das Transparent der Soltauer Bürgerinitiative verärgert?

„Ach, Ernst August
steig' hernie der
und regiere Du uns wieder
Lass' in diesen bösen Zeiten
lieber Dr. Albrecht reiten."

Wird der Keks weich, wird jetzt so manch einer fragen.

Kekse können weich werden, aber auch hart, das ist verschieden. Aber erst nach längerer Zeit, und das hängt von den Bedingungen ab. Soweit ist es auch nun noch nicht.

Es ist ein Manöver! Erinnerst du dich an 1954, als Westdeutschland Fußballweltmeister geworden ist? Man sagt dem Herberger nach, er hat die Ungarn ausmanövriert, denn im Gruppenspiel hat die BRD haushoch verloren, dann im Endspiel haben sie 3:2 gewonnen.

Die Kapitalistenklasse will auch gewinnen, deshalb betreibt sie diese Manöver. Denn wer hat Albrecht an die Macht gebracht?

Das Finanzkapital hat Albrecht, einen ihrer eifrigsten Mitstreiter, auf den Ministersessel gehoben.

Verschiedene Manöver müssen sich die bürgerlichen Parteien in den letzten Monaten nach den Bundestagswahlen einfallen lassen, um die Volksmassen in „den Griff" zu bekommen.

Diese Manöver werden aber durchschaut, auch wenn sie noch so geschickt eingefädelt sind, dazu hat die Arbeiterklasse nicht nur den entsprechenden Instinkt, sondern auch die entsprechenden Erfahrungen.

Carter: „Eine reifere Sicht der Probleme der Welt"

Carters Südafrikapolitik

Am 20. Januar hat Jimmy Carter seinen Amtseid geleistet, auf die Bibel von George Washington, dem ersten amerikanischen Präsidenten, und dann auf die seiner Mutter einen weiteren Sermon über den „Aufbau einer stabilen, gerechten und friedlichen Weltordnung". Was er hinsichtlich des gerechten Kampfes der Völker im südlichen Afrika zu tun gedenkt, darüber läßt er offen nichts heraus. „Wiederversöhnung, friedlicher Wandel, fortgesetzte US-Investitionen in der Region", so konkretisierte sein schwarzer UNO-Botschafter Andy Young Carters Linie. Wiederversöhnung, d.h. unterwerfen sollen sich die afrikanischen Arbeiter unter die Interessen ihrer Ausbeuter. Das amerikanische Finanzkapital hat großes Vertrauen in Carter. Es hat 1976 mehr in Südafrika investiert als in jedem vorhergehenden Jahr, denn Carter will die Investitionen staatlich gegen den Befreiungskampf absichern. Auf die Frage der südafrikanischen Wirtschaftszeitung „Financial Mail" am 5. November, ob er bereit sei, die „amerikanischen Investitionen durch Kreditierung durch die Export-Import-Bank (entspricht den Hermes-Krediten in der BRD) ungehemmter sprudeln zu lassen, und ob er auch sonst eine Steigerung privater Anleihen und von Konzernaktivitäten in Südafrika ermutigen würde", antwortete Carter mit einem „unzweideutigen Ja natürlich". (Guardian, 22.12.76) US-Banken und ihre Filialen in Südafrika haben dem US-Senator Richard Clark (D-Iowa), Vorsitzender des Senatsausschusses für afrikanische Angelegenheiten, zufolge über 2 Milliarden US-Dollar Kreditinteressen in Südafrika. 1974 waren es 1 Milliarde, 1975 stiegen sie auf 1,8 Milliarden, und 1976 stieg das Finanzkapital in den USA ein wie noch nie. Der größte Kredit ging an die ESCOM für drei geplante Kohlekraftwerke, die die Ausdehnung der Rohstoffausbeute mit Energie versorgen sollen. Ein Konsortium, geführt von der Citybank, der zweitgrößten US-Bank, soll 150 Millionen US-Dollar zur Deckung des wachsenden Handelsdefizits – es betrug 1975 1,7 Milliarden Dollar, 1976 schon 2,4 Milliarden – gegeben haben. Die Citybank, Chase Manhattan, Morgan Guaranty und Manufacturers, Hanover Trust gaben einen Kredit von 200 Millionen Dollar, die Citybank einen weiteren von 138 Millionen Dollar für ein Bergbauprojekt und die Morgan Guaranty zusammen mit der Commerzbank 75 Millionen Dollar an die südafrikanischen Eisenbahnen. Das sind nur einige Beispiele. Der von den US-Imperialisten kontrollierte Internationale Währungsfonds gab einen Kredit von 173 Millionen Dollar.

Chrysler, ein US-Autokonzern, begann 1976 „vom Start weg" als „viertgrößter Autoproduzent in Südafrika". 41 000 Fahrzeuge sollen im Jahr produziert werden, wo „immer mehr Südafrikaner dabei sind, sich von ihrem Zweit- und Drittwagen zu trennen". (Blick durch die Wirtschaft, 10.12.76)

Vertrauen in Carter haben die amerikanischen Finanzkapitalisten, weil er entschlossen ist, die alte imperialistische Politik fortzusetzen, nur auf leiseren Sohlen als Kissinger. Dafür spielt er auch mit der Hautfarbe. Um die afrikanischen Staaten und Völker zu spalten, hat er den Schwarzen Andy Young zum UNO-Botschafter, der Kabinettsrang hat, ernannt. Und mit einem Rattenschwanz schwarzer Politiker, alle gekauft durch das US-Monopolkapital, war er auch schon in Südafrika, um die Lage zu erkunden. Finanziert von der Carnegie- und der Ford-Foundation fand vom 29. November bis 3. Dezember 1976 in der südafrikanischen Kolonie Lesotho eine Konferenz über die „neue US-Politik" in Zimbabwe, Namibia, Azania statt. 100 Delegierte aus dem US-Kongreß, dem US-Außenministerium, von US-Konzernen wie Continental Oil, Ford, General Motors, Pepsi Cola, Chase Manhattan Bank, Rockefeller Brothers Fund usw., Kissingers Afrika-Spezialist William Schaufele. Dazu haben die US-Imperialisten auch 35 afrikanische Staaten und Vertreter von Befreiungsorganisationen eingeladen. Die Agency for International Development (AID), über die die US-Regierung jahrelang den „heimlichen Krieg" gegen Laos führte – als Privatfirma bombardierte sie das Land, während die USA offiziell die Neutralität respektierten – legte Carter am 20. Januar eine Studie über die Möglichkeiten zur Durchsetzung neokolonialer Lösungen im südlichen Afrika vor.

Nach Vietnam will Carter „eine reifere Sicht der Probleme der Welt gewonnen haben". Tatsächlich erinnert alles sehr an Kennedy und McNamara, die mit 30 000 US-Soldaten und einem Heer bürgerlicher Wissenschaftler den „technologischen Krieg" gegen die Völker Indochinas einleiteten. Sein Außenminister Vance gilt auch als Gegner des Vietnam-Krieges. Er war gegen die Bombardierungen Nordvietnams durch Johnson. Sie waren ihm zu gering und zu kurz.

Carter hat die Kolonialtruppen bereits im Land. In Azania dienen zahl-

(Fortsetzung S. 2)

Carter

(Fortsetzung von Seite 1)

reiche amerikanische Spezialisten der Konterrevolution dazu, ihnen die gesammelten Erfahrungen im Massakrieren rebellischer Arbeiter und Bauern zu vermitteln; in Zimbabwe bilden ehemalige Vietnam-Soldaten als Söldner den Kern von Smiths Killertruppe, und da diese allein es nicht mehr schafft, den Befreiungskampf zu unterdrücken, hat Großbritannien bereits angekündigt, daß es nunmehr das Kommando übernehmen und diese „Friedenstruppe" der Imperialisten stärken wolle. Ganz sicher ist, daß der britische Imperialismus das ohne die Zustimmung Carters nicht im Kreuz hat. Dabei ist ihnen auch die volle Unterstützung des BRD-Imperialismus sicher. Zur Beratung über die konzertierte Aktion befindet sich Schmidt mit Troß gerade in London.

Es zeigt sich, die Imperialisten bereiten zielstrebig die militärische Intervention vor. Um die Massen zu täuschen, brauchen sie einen Wanderprediger wie Carter. Er predigt den amerikanischen Arbeitern, sie müßten „gemeinsam in einem Geist der individuellen Opferbereitschaft für das allgemeine Wohl" – für die Profitinteressen der Konzerne sich gegen die Arbeiter und Bauern im südlichen Afrika hetzen lassen.

Carter ist nur ein besonders verkommenes Produkt der Fäulnis des Imperialismus. Er wird an der Einheit der revolutionären Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker noch schneller scheitern als Kennedy und Nixon. – (hl)

Alles drängt auf Streik

(Fortsetzung von Seite 1)

Kommentator bei den führenden Sozialdemokraten in den Gewerkschaften zu erkennen glaubt?

Es gibt unter den Metallarbeitern eine breite Strömung für Streik. Diesmal muß es den Kapitalisten endlich gezeigt werden. Diesmal lassen wir uns nicht wieder mit ein paar Prozenten abspeisen, diesmal wollen wir es austragen. Diese Strömung hat sich während der Schlichtungsverhandlungen weiter entwickelt. Die Sozialdemokraten müssen versuchen, auf dieser Strömung ein bißchen mitzuschwimmen, wenn sie die Möglichkeit behalten wollen, sie so bald wie möglich abzublocken. Das ist ihre Absicht. Hat man je von ihnen ein Argument gehört, das von den Interessen der Arbeiter ausgeht und von sonst nichts? Nein, sie reden von den Interessen der Gesamtwirtschaft. Das sind die Interessen der Kapitalisten, die die Gesellschaft beherrschen und die Produktion dem Profitprinzip unterworfen halten. Die ganze Wortgewalt bei der Begründung der Lohnforderungen durch die Sozialdemokraten läuft immer nur darauf hinaus: Wir wissen besser als die Kapitalisten, was der kapitalistischen Wirtschaft nützt. Deshalb kommen die Kapitalisten mit den Sozialdemokraten so gut zurecht und suchen die Kapitalisten offen das Bündnis mit den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften im Kampf gegen die Gewerkschafter. Was sonst in der Gesellschaft funktioniert, warum soll es nicht in den Gewerkschaften und auch in diesem Tarifkampf funktionieren, das Bündnis zwischen Kapitalisten und Sozialdemokraten? Ein Beispiel, wie dieses Zusammenspiel funktioniert, hat jetzt wieder der IG-Metall-Schlichter für Norddeutschland und jetzige Sozialminister Ehrenberg gegeben. Hintenrum haben die Sozialdemokraten die Rentenerhöhung erneut gekürzt von 8,4 auf 7,3 Prozent, indem sie die Lohnerhöhungen von 1974 aus der Berechnung herausgenommen haben. Zur Begründung sagt Ehrenberg, das sei notwendig geworden, weil die übernächste Rentenerhöhung um ein halbes Jahr verschoben werden würde. Im Klartext: Wenn wir die Rentenerhöhung schon hinausschieben, dann kürzen wie sie auch gleich noch. Haben wir euch Rentnern durch die Verschiebung schon ein paar Milliarden geklaut, dann nutzen wir die Gelegenheit, um euch durch die Änderung der Berechnung noch eine weitere Milliarde zu klauen. Das ist nicht nur höhere Mathematik, sondern auch höhere soziale Gerechtigkeit, wie sie nur die Sozialdemokraten beherrschen. Die Sozialdemokraten stoßen bei ihren Kunststücken auf wenig Verständnis bei den Arbeitern und Angestellten. Die Strömung in der Metallindustrie für sofortigen Streik will über die Sozialdemokraten hinweg. Wir dürfen aber eine Tatsache nicht übersehen: Die Sozialdemokraten haben bereits ein großes Hindernis in den Weg gelegt. In den Tarifkommissionen haben sie Forderungen aufgestellt, die die Belegschaften spalten und die Arbeiter der verschiedenen Produktionszweige auseinanderdividieren. Was haben die Hilfsarbeiter von den Prozentforderungen, was die Frauen, was die Jugendlichen, was die Mehrzahl der Arbeiter in der Elektroindustrie mit ihren niederen Löhnen, was haben die unteren Lohngruppen davon und was bringen die Prozentforderungen selbst den unteren Facharbeiterschichten? Sie bringen ihnen nichts.

„Der Streik ist unvermeidbar, wenn wir nicht mit einem Schlichtungsergebnis für die Kapitalisten betrogen werden sollen. Wir müssen streiken." Diese Einsicht wächst. Wir Kommunisten stehen voll hinter dieser Auffassung. Aber man muß das Hindernis wegräumen, das die Sozialdemokraten für einen erfolgreichen Streik errichtet haben. Wir müssen erneut Beschluß fassen über die Forderung, für die gestreikt werden soll. Wir müssen eine Forderung beschließen, für die es sich zu streiken lohnt, für die es sich für alle zu streiken lohnt. Wir müssen von den Betrieben aus auf einen erneuten Beschluß der Tarifkommissionen drängen. Eine Mindestforderung von 170 Mark muß aufgestellt werden. Nur wenn die Strömung für sofortigen Streik sich ein bewußtes und von allen geteiltes Streikziel setzt, kann sie sich erfolgreich entfalten. Setzt sie sich dieses Ziel, dann wird sie sich unbedingt erfolgreich entfalten. Tut sie es nicht, werden die Sozialdemokraten mit ihren Betrügereien auf jeden Fall noch einmal durchkommen und werden sie den Kapitalisten mit dem Abschluß erneut ein Stück Lebenskraft der Arbeiter zu Füßen legen können. Denn darum geht es ja. Mit jedem Pfennig, den die Kapitalisten den Arbeitern rauben, verlieren die Arbeiter einen Bruchteil der Lebensmittel, die sie brauchen um nicht kaputt gemacht zu werden. Daher die Härte des Tarifkampfes von seiten der Arbeiter. Daher die Unterstützung, die er bei den Volksmassen findet.

kommenes Produkt der Fäulnis des Imperialismus. Er wird an der Einheit der revolutionären Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker noch schneller scheitern als Kennedy und Nixon. – (hl)

sonst in der Gesellschaft funktioniert, warum soll es nicht in den Gewerkschaften und auch in diesem Tarifkampf funktionieren, das Bündnis zwischen Kapitalisten und Sozialdemokraten? Ein Beispiel, wie dieses Zu-

auseinanderdividieren. Was haben die Hilfsarbeiter von den Prozentforderungen, was die Frauen, was die Jugendlichen, was die Mehrzahl der Arbeiter in der Elektroindustrie mit ihren niederen Löhnen, was haben die unte-

Bruchteil der Lebensmittel, die sie brauchen um nicht kaputt gemacht zu werden. Daher die Härte des Tarifkampfes von seiten der Arbeiter. Daher die Unterstützung, die er bei den Volksmassen findet.

Erklärung von D. Mutasa, Vorsitzender der ZANU-Sektion Großbritannien, zum Abbruch der Genfer Verhandlung

(telefonisch übermittelt am 25.1.77)

Für die ZANU bedeutet das einfach: der Krieg geht weiter. Und der Krieg nähert sich mehr und mehr den städtischen Zentren. Es wird möglicherweise einen vollständigen Zusammenbruch geordneter staatlicher Verhältnisse geben. Das hofften wir vermeiden zu können. Wir hofften, daß eine geordnete Übergabe der Macht stattfinden würde. Aber Smith scheint eine geordnete Übergabe nicht zu wollen. Wir werden einfach weiterkämpfen, bis wir die Macht ergriffen haben. Wenn Richard jetzt sagt, daß die Konferenz nicht weitergehen wird, so wußten wir das schon früher. Wir wußten, daß die Konferenz dem Volk von Zimbabwe seine Rechte nicht würde bringen können, wir wußten, daß die ZANU diese im Krieg erkämpfen muß. Uns war klar, daß die Konferenz als Instrument gedacht war, um eine Marionetten-Regierung zustandezubringen. Deshalb nahm auch die ZANU daran teil: sie wollte die Konferenz in eine weitere Kampffront verwandeln, damit das Volk von Zimbabwe die Regierung erhält, die es will. Smith hat erkannt, daß bei einer weiteren Teilnahme an der Konferenz eine Regierung herauskommen würde, die ihm nicht paßt. So zog er zurück. Wir haben Richard schon vor langer Zeit vorhergesagt, daß das passieren würde.



Smith begreift nicht, welche Macht hinter der ZANU steht, nämlich die Entschlossenheit des Volkes von Zimbabwe, bis zum Ende zu kämpfen. Das ganze Volk im Land wird sich erheben, bis es Smith die Macht entwunden hat. Wir hoffen, daß das nicht mehr lange dauern wird. Besonders froh sind wir darüber, daß wir jetzt zusammen mit der ZAPU in der Patriotischen Front kämpfen, daß wir vereint gegen den gleichen Feind kämpfen. So können wir jetzt unsere Kräfte viel stärker als bisher darauf konzentrieren, das Smith-Regime so schnell wie möglich zu Fall zu bringen.

Das Volk in Westdeutschland fordere ich auf, seine Anstrengungen in diesem wichtigen Augenblick in der Unterstützung unseres Krieges zu verstärken. Der Feind hat seine Kräfte wahrscheinlich gleichfalls verstärkt.

Das Volk in Westdeutschland und wir führen den gleichen Krieg. Wir sind beide im Krieg gegen den Imperialismus. Der Erfolg unseres Volkes in diesem Krieg in Zimbabwe ist auch ein großer Erfolg für das Volk in Westdeutschland. Deshalb kommt es jetzt darauf an, zusammenzustehen. Die Kräfte an der Front sind zweifellos gestärkt für den wahrscheinlich letzten Ansturm auf das Smith-Regime. Dabei brauchen wir gerade jetzt die Unterstützung des Volkes in Westdeutschland.

Die Ereignisse in Spanien

(Dienstag, 25.1.)

Im Baskenland fällt nach mehr als 26 Jahren des Kampfes das Besatzungsstatut, das Franco „zur Strafe" über die baskischen Provinzen wegen ihrer antifaschistischen Haltung im Bürgerkrieg verhängt hatte. Die Massen hissen überall die verbotene „Ikurrina" auf den Rathäusern und schmücken Straßen und Häuser mit den Nationalfarben. Alle Versammlungen sind zugleich Massendemonstrationen für die Freilassung aller politischen Gefangenen des Regimes. Die Demonstrationen für diese Forderung weiten sich am Wochenende auf andere große Städte Spaniens aus. In Madrid demonstrieren trotz härtester Polizeiunterdrükkung Tausende. Der Student Arturo Ruiz wird dabei von einem Faschistenkommando erschossen. Am Montag finden in den Universitäten Spaniens Trauerkundgebungen statt: Sie werden ebenfalls von Polizei angegriffen. Die Universität von Madrid wird geschlossen. Am Abend sind in Madrid und anderen Städten neue Demonstrationen.

Die Polizei schießt mit Tränengasgranaten und tötet erneut eine junge Frau. An vielen Stellen trifft sie auf Widerstand, es kommt zu Straßenschlachten.

In der Nacht wird ein Büro fortschrittlicher Rechtsanwälte von einem faschistischen Kommando überfallen. Die Anwesenden werden sämtlich mit Maschinenpistolen zusammengeschossen, vier sterben. Zuvor war, nach dem

Staatsratsvoristzenden Oriol, der Generalleutnant Villaescusa, altfaschistischer Bluthund und Präsident des Obersten Militärgerichts, entführt worden. Oder auch nur „entführt". Wie immer: es ist offenes Geheimnis, daß die Ultrarechte unter den Faschisten, der „Bunker", zum „Endsieg" gegen die drohende proletarische Revolution rüstet.

Die herrschende Klasse ist nervös und zerfahren über die Entwicklung des Klassenkampfes. Die Regierung Suarez ließ erstmals nach dem Überfall auf das Madrider Anwaltsbüro und besonders nach der kraftvollen Reaktion der Madrider Arbeiter wie auch Belegschaften in Barcelona und Pamplona, die am Dienstag zu zehntausend in den Streik traten, 60 Angehörige der Ultras verhaften. Der Jubel über den scheinbar glänzend gelungenen „Demokratisierungs"-Schwindel, der nach dem Referendum angestimmt wurde, als sich Imperialisten und spanische Finanzoligarchen schon übermütig auf „einen neuen Abschnitt der spanischen Geschichte" zuprosteten, ist einer raschen Ernüchterung gewichen.

Jetzt liegt sich die Festgemeinde gegenseitig in den Haaren. Das wird es den Arbeitern und den Volksmassen der verschiedenen Nationalitäten Spaniens erlauben, das Pack noch rascher zum Teufel zu jagen.

Fangschuß für den Treiber

Dr. Theodor Prinzing, der Vorsitzende im Stammheimer Prozeß gegen RAF-Mitglieder, hat wegen „Besorgnis der Befangenheit" gehen müssen. Der 85. Befangenheitsantrag ist als begründet angenommen worden. Ein Treiber hat einen Fangschuß erhalten. Freilich, die anderen 84 waren auch begründet, aber das Stammheimer Verfahren bietet eben Besonderheiten: Die Bourgeoisie hat sich von Anfang an darüber hinweggesetzt, daß Prinzing ein solch schlechter Heuchler ist. Zuletzt vor aller Welt als kleiner schmutziger, obendrein noch ungeschickter Lügner entlarvt, nachdem er unrechtmäßig Prozeßdokumente an den Revisionsrichter Mayer beim Bundesgerichtshof kassibert und der sie an die „Welt" weiterkassibert hat; davor, schon von Anfang an, gerade in der bürgerlichen Presse, als kleinkarierter, der Sache nicht gewachsener Spießbürger hingestellt: Alles hat die Bourgeoisie nicht bewegen können, Prinzing fallen zu lassen. Warum?

Im Stammheimer Prozeß will die Bourgeoisie durchsetzen und als anerkannt durchsetzen, ihre Feinde durch Isolationshaft zu vernichten und sie von ihren eigenen Prozessen auszuschließen. Diese Maßnahmen, die hier gegen die RAF angewendet werden, sind tatsächlich gerichtet gegen die revolutionären Kämpfe der Arbeiter und des Volkes und zur Anwendung gegen ihre Führer gedacht. Diese Maßnahmen will sich die Bourgeoisie nicht aus der Hand schlagen lassen. Deshalb hat sie bisher auf den Zinnober mit dem „unbefangenen Richter" ausnahmsweise verzichtet, und hat sie jetzt Prinzing doch den Tritt gegeben.

Zum einen ist Prinzing zur Gefahr für den ganzen Prozeß geworden. Jüngst hat er sich am Telefon bei einem Zwangsverteidiger über die Schlechtigkeit der Anwälte von Baader und Ensslin ausgeweint. Die Sache kam raus. Der Vorsitzende hält nicht mehr dicht, der Vorsitzende muß weg.

Zum anderen: Das Verfahren müßte, wenn es nach den Regeln der Strafprozeßordnung geht, von vorne beginnen. An dem Beschluß, durch den die Angeklagten vom Verfahren ausgeschlossen wurden, hat der offensichtlich befangene Richter Mayer beim Bundesgerichtshof mitgewirkt; einer, der sich durch sein Kassibern womöglich strafbar gemacht hat. Dieser Mangel läßt sich im Rahmen der geltenden Prozeßregeln nicht heilen. Nachdem darauf sogar gewiefte bürgerliche Journalisten aufmerksam gemacht haben, opfert nun die Bourgeoisie ihren Gefechtskommandanten, in der Hoffnung, die Schlacht insgesamt nicht zu verlieren.

„Beitragsbemessungsgrenze" und „Trennung der Risiken"

Redet die Bundesregierung gegenwärtig über Renten- und Krankenversicherung, hört man sie von „Beitragsbemessungsgrenzen" und „Trennung des Risikos" sprechen. Was meint sie damit?

Der Rentenversicherungsbeitrag beträgt 18 Prozent. 9 Prozent werden dem Arbeiter vom Lohn abgezogen, die andere Hälfte muß der Kapitalist bezahlen. Verdient der Arbeiter 1 700 DM, werden 153 DM von seinem Lohn einbehalten. Bedeutend günstiger wird das Verhältnis Lohn – Beitrag, je höher das Gehalt. Das regelt die Beitragsbemessungsgrenze. Diese ist seit dem 1. Januar 1977 auf 3 400 DM erhöht worden. Ab einem Gehalt von 3 400 ist der Beitrag gleichbleibend 306 DM. Der Direktor einer Privatschule mit einem Gehalt von 5 500 DM muß nur noch 5,6 Prozent Rentenbeitrag zahlen. Das Risiko besteht für die Kapitalisten, in deren Händen sich die Versicherungskassen befinden, darin, daß der Bourgeois und seine Frau uralt werden. Das ist so, wenn man von der Arbeit anderer lebt. Dementsprechend lange leben die auch aus der Rentenkasse. Dieses Risiko gleichen sie aus, indem sie die Arbeiter mehr einzahlen lassen und ihnen weniger auszahlen. Der Arbeiter lebt als Rentner nicht lange. Dafür sorgt der Verschleiß seiner Kraft in der Profitproduktion, den Rest gibt spätestens das niedrige Rentnergehalt. Der frühzeitige Tod des einen ist sozusagen die Bedingungen für das Wohlleben des anderen, sauber getrennt.

In gleicher Weise kommt die Versicherung gegen Krankheiten, für die Risiken der Gesundheit auf. Die Beitragsbemessungsgrenze liegt 25 Prozent niedriger als in der Rentenversicherung, ab Juli dieses Jahres die Pflichtgrenze um 25 Prozent bei 2 550 DM, die Beitragsbemessungsgrenze um 15 Prozent niedriger bei 2 890 DM. Das ist deshalb so, weil das Risiko, daß der Arbeiter krank wird, hoch ist und steigt. Dafür zahlt der Bourgeois nicht gern mit. Deshalb muß er rechtzeitig aussteigen können, z.B. in die Privatkrankenkasse, die für ihn billiger ist. Für den Fall, daß er in der gesetzlichen Krankenversicherung bleibt, wird das Risiko, die gestiegenen Kosten tragen zu müssen, mit der Beitragsbemessungsgrenze aufgefangen. Bei einem Beitragssatz von anteilig 6 Prozent zahlt der Direktor der Privatschule mit 5 500 DM Gehalt gegenüber dem Arbeiter mit 1 700 DM im Vergleich nur die Hälfte an Beitrag.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 752015 – gedruckt in Hamburg – Redaktion: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29 6800 Mannheim – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr.4/1977: 32 000. Einem Teil der Auflage liegt ein Prospekt des Buchvertriebs Hager bei.

Die Arbeiterklasse Ägyptens im Kampf gegen imperialistische Ausplünderung

Die Arbeiterklasse und die Volksmassen Ägyptens haben sich in heftigem Protest gegen die Regierung Sadat und von ihr verfügte Aufhebungen der staatlichen Lebensmittelsubventionen, die Preissteigerungen bei verschiedenen Grundnahrungsmitteln bis zu 100 Prozent bedeutet hätten, erhoben. Sadat machte „Kommunisten und Nasseristen" verantwortlich und gab Befehl zu schießen. 53 Tote und mehrere Hundert Verletzte, darunter 200 Polizisten, waren das Resultat. Die Regierung machte die Preiserhöhungen rückgängig und appellierte zugleich an den Internationalen Währungsfonds und das Ausland, weitere 4 Milliarden DM als „Finanzhilfe" zur Verfügung zu stellen.

Dabei war es eben dieser Internationale Währungsfonds und das imperialistische „Ausland" gewesen, das die Sadat-Regierung zur Streichung der Lebensmittelsubventionen veranlaßt hatte, damit sie um so zügiger die riesenhaften Auslandsschulden mit Zins und Zinseszins abtragen und neue, noch größere Schulden aufnehmen kann.

Der Imperialismus hat Ägypten in ein Armenhaus verwandelt, obwohl das Land groß, reich an Menschen (40 Millionen) und Bodenschätzen ist; obwohl der Nil, einer der größten Flüsse der Welt, genutzt werden kann, das Land zu bewässern und die Landwirtschaft zu entwickeln, und obwohl an den Küsten reiche Fischgründe vorhanden sind und Ägypten außerdem mit dem Suez-Kanal über eine große internationale Seeverbindungsroute verfügt. Das ägyptische Volk hat unter der Führung des früheren Präsidenten Nasser das Kolonialjoch gebrochen und sich die nationale Souveränität über den Suez-Kanal erkämpft. Aber es mußte sich fortlaufend gegen imperialistische und zionistische Aggressionen zur Wehr setzen. In diesen Kämpfen hat Ägypten große Opfer für die Sache der ganzen arabischen Nation auf sich genommen. Es wurde von den US-Imperialisten und den anderen westlichen Imperialisten lange Zeit einer Blockade unterworfen. Die Sowjetunion bot unter dem Titel des proletarischen Internationalismus großzügig aussehende Hilfe an, z.B. beim Bau des Assuan-Damms, bis das ägyptische Volk die schmerzhafte Erfahrung machen mußte, daß es in noch tiefere Abhängigkeit und Sklaverei gefallen war und nun von zwei Seiten her angegriffen, in seiner Souveränität bedroht und ausgeplündert wurde. Um sich der zionistischen Aggression zu erwehren und das vom Feind okkupierte Territorium (die Sinai-Halbinsel) wiederzuerobern, tätigte Ägypten große Rüstungsausgaben. Die Sozialimperialisten verkauften ihm aufwendige und teure Waffensysteme. Aber sie benutzten die Gelegenheit, um sich Armee- und Flottenstützpunkte zu schaffen, über denen sie die eigene Fahne hißten. Dann verweigerten sie die Lieferung von Ersatzteilen und legten so den militärischen Apparat nach Gutdünken lahm. Gleichzeitig verlangten sie hohe Preise für diese Waffen und begannen das Land schamlos auszurauben durch Zinsen und billigen Aufkauf der Produkte des Landes. 1972 warf die Regierung Sadat die russischen „Militärberater" aus dem Land und nahm 1973 den nationalen Befreiungskrieg gegen Israel auf. Durch die hohe Moral der ägyptischen Truppen, die aus der gerechten Sache kam, wurde der Mythos der Unbesiegbarkeit Israels ernstlich angeschlagen.

Aber durch den Druck der beiden Supermächte, den die Sowjetunion durch die Hinauszögerung von Nachschublieferungen ausübte, während die Zionisten von den USA mit Waffen und den Sozialimperialisten mit Menschenmaterial unterstützt wurden, wurde Ägypten schließlich ein Waffenstillstand aufgezwungen, der noch weitere Verluste von Territorium und noch größere Abhängigkeit vom Imperialismus brachte. Schon vor und während dem Oktoberkrieg hatte die Sowjetunion Zinsrückzahlungen für die Militärkredite verlangt. Zu diesem Zeitpunkt waren die Sozialimperialisten längst zum größten Gläubiger des Landes geworden und sind es bis heute. Allein die Militärschulden betragen (nach verschiedenen Angaben und Schätzungen) zwischen 2 und 3 Milliarden ägyptische Pfund (d.h. 13 bis 20 Milliarden DM). Als Ägypten 1975 einen Zahlungsaufschub von 10 Jahren, Abzahlung innerhalb von 30 Jahren und Senkung der Zinsen forderte, wiesen die Sozialimperialisten dies ab. Daraufhin kündigte die Sadat-Regierung im Frühjahr den ägyptisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag. Die Gesamtschuld Ägyptens ist in den letzten Jahren in astronomische Höhen gewachsen. Sie übersteigt mittlerweile weit den Wert eines ganzen jährlichen Nationalprodukts. Die Imperialisten und die beiden Supermächte nehmen Ägypten dabei von zwei Seiten in die Zange. Die Sozialimperialisten und ebenso eine Reihe anderer RGW-Staaten lassen sich großteils in Waren auszahlen. Bereits von 1960 bis 1973 schleppten die Sozialimperialisten Waren im Wert von etwa 1,06 Milliarden ägyptische Pfund (damals 5 Milliarden Dollar) ab, so einen immer wachsenden Teil der ägyptischen Baumwollernte, weiter Rohöl, Reis, Gemüse, Obst, Möbel, Eisengeräte, Schuhe, Zigaretten und Wein. 1974 und 1975 waren es jeweils 100 Millionen Pfund pro Jahr, und 1976 ist diese Summe auf 195 Millionen Pfund gestiegen, mit denen die UdSSR über die Hälfte (mit den anderen RGW-Staaten zusammen fast drei Viertel) der gesamten ägyptischen Baumwollernte aufkauft. Nach Abzug aller solcher Lieferverpflichtungen bleibt Ägypten praktisch kein nennenswerter Export mehr, von dem her es Devisen erlösen könnte. („Wie Moskau in Ägypten Schulden eintreibt". In: Peking Rundschau Nr. 14/1976) Umgekehrt ermöglicht dieser Deal den Sozialimperialisten, auf dem Baumwollmarkt in der Welt weitgehend als Monopolist aufzutreten (sie sind selbst großer Baumwollproduzent) und darüber die früher stark gesunkenen Preise wieder hochzutreiben. Ohne Devisen ist Ägypten nicht in der Lage, die immer größeren Lebensmitteleinfuhren zu bezahlen, die es von Jahr zu Jahr tätigen muß, besonders aus den USA. Die Landwirtschaft ist aufs äußerste zersplittert, und es fehlt völlig an Kapital. Das Wachstum der Agrarproduktion hält nicht einmal mit dem Wachstum der Bevölkerung Schritt. Um seine klaffenden Löcher in der Handelsbilanz zu flicken und insbesondere Getreide einzukaufen, hat Ägypten bei den westlichen Kapitalisten große Kredite aufnehmen müssen. Weil nicht „kreditwürdig", ist ein sehr großer Teil dieser Kredite nur von kurzer Laufzeit. Die Zinsen liegen bei 18 bis 22 Prozent, sind also nackter Wucher. Es ist klar, daß die Löcher, die sie aufreißen, größer sind als die, die gestopft werden. Im Jahr 1976 dienen von 1,22 Milliarden Pfund (gleich 7,7 Milliarden DM) neu aufgenommenen Krediten 77 Prozent der Begleichung fällig gewordener Zins- und Tilgungsraten. Nur die Unterstützungszahlungen der arabischen Ölstaaten bewahren das Land vor dem Staatsbankrott. (Ägypten, wirtschaftliche Entwicklung 1975, Bundesstelle für Außenhandelsinformationen)

In dieser Lage also hat die ägyptische Regierung vom Internationalen Währungsfonds die Bedingung gestellt bekommen, „zur Sanierung seiner Staatsfinanzen" die Nahrungsmittelsubventionen zu streichen, die allein die Massen der Arbeiter und Bauern vor dem nackten Hunger und dem Verhungern bewahrt haben. Die Arbeiter und die Volksmassen in den großen Städten haben sich gegen dieses imperialistische Diktat erhoben.

Die imperialistische Presse spielt sich in dieser Lage als Sozialkritiker auf und versucht die Stoßrichtung dieser Kämpfe gegen den Imperialismus zu vertuschen. Sie wollen solche Klassenkämpfe sogar direkt nutzen, um die jeweilige Regierung, hier Sadat, noch fester an die Kandare zu nehmen. Originalton Zweites Deutsches Fernsehen:

„Schon seit vielen Jahren tragen die meisten Ägypter den Gürtel so eng, daß man sich wundern muß über die Geduld dieses Volkes. Den einfachen Leuten geht es unglaublich schlecht. Dabei war Ägypten einmal ein wohlhabendes Land. Die Baumwolle brachte Geld. Dann kamen die Kunstfasern und verdarben die Preise. Und dann kam Nasser. Er verstaatlichte die Wirtschaft und nahm den meisten die Lust an der Arbeit. (...) Nur durch Entwicklung, nicht durch Prügel, kann das bis vorgestern so geduldige Volk der Ägypter wieder zur Ruhe gebracht werden."

Manche Linke, Marke „Arbeiterkampf" bis „Sozialistisches Büro", hauen gern in dieselbe Kerbe, und man wird es jetzt wieder zu hören bekommen.

Der Kampf richtet sich aber deshalb gegen die Sadat-Regierung – trotz der Unterstützung, die sie bei allen früheren Schlägen gegen den Imperialismus, Sozialimperialismus und Zionismus gehabt hat – weil sie als nationale, aber *bürgerliche* Regierung nicht in der Lage ist, zu verhindern, daß das ägyptische Volk der Früchte seiner Arbeit durch neokolonialistische Ausplünderung beraubt wird. Nur die Arbeiterklasse, die ein Interesse an der Aufhebung jeder Ausbeutung und der umfassenden Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte in der sozialistischen Revolution hat, ist auch in der Lage, durch entschlossene revolutionäre Maßregeln die Imperialisten und ihre Lakaien endgültig aus dem Land zu jagen, die Einheit der Nation wieder zu erkämpfen und die Massen der Arbeiter, Landarbeiter, Bauern und anderen Volksmassen für einen nationalen Wirtschaftsaufbau aus eigener Kraft zu mobilisieren, der ihnen erlaubt, die Früchte ihrer Arbeit zu ernten. In den jetzigen Kämpfen in Kairo und Alexandria ist die ägyptische Arbeiterklasse als führende Klasse der Nation selbstbewußt auf den Plan getreten. – (gk)



Großmanöver der sowjetischen „Eskadra" im Mittelmeer. Auf der Kommandobrücke der (ehemalige) Verteidigungsminister Gretschko und der Oberkommandierende der sowjetischen Flotten, Gorschkow. Die „Eskadra", deren Stärke mittlerweile die der 6. Flotte der USA übersteigt, ist das Hauptinstrument der sozialimperialistischen Einmischung im Mittelmeer.

Regierungsabsichten im öffentlichen Dienst

Eine Zusammenstellung aus der Regierungserklärung

Das Finanzkapital will den direkten Zugriff auf die eingetriebenen Steuergelder ...

„Wirtschaftswachstum und Strukturwandel erfordern in den nächsten Jahren besondere Anstrengungen zur Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur und zur Verbesserung der Umweltbedingungen schlechthin. Wir werden deshalb 1977 *ein mehrjähriges öffentliches Investitionsprogramm zur wachstumspolitischen Vorsorge bereitstellen, das, wenn nötig, in den nächsten Jahren zu einer ausreichenden Entwicklung der investiven Binnennachfrage und damit zu einem nachhaltigen Abbau von Arbeitslosigkeit beitragen wird.*"

... auch aus Zinszahlung für Staatskredit:

„Allerdings, wer die Finanzpolitik in den Dienst ökonomischer und sozialer Stabilität stellen will, *der muß die öffentlichen Haushalte als Instrument wirkungsvoller öffentlicher Leistung erhalten und fortentwickeln.* Moderne Finanz- und Haushaltspolitik beschränkt den Staat am Kapitalmarkt nicht nur auf die Lücken, die andere Nachfrager übriglassen, d.h.: *Für eine gewisse Neuverschuldung, die allerdings deutlich niedriger liegen muß als bisher, muß und wird auch bei hohem Beschäftigungsstand wiederum Platz sein.*"

Verschärfung der Auspressung von Mehrarbeit:

„Meine Damen und Herren, ein Wort zum öffentlichen Dienst. Unbeschadet der Unterscheidung zwischen Hoheits- und Leistungsverwaltung – der öffentliche Dienst ist für den Bürger da!

Die Reform des öffentlichen Dienstes verfolgen Bund, Länder und Gemeinden als gemeinsame Aufgabe. Sie haben im Mai dieses Jahres diesbezüglich ein Aktionsprogramm verabschiedet.

Neben den eingeleiteten mittelfristigen Schritten zur stärkeren Leistungsorientierung soll kurzfristig besonders die Teilzeitbeschäftigung erweitert werden. Im übrigen sollen in dieser Legislaturperiode das Laufbahnsystem durchlässiger und der Personalaustausch erleichtert werden."

– durch Teilzeitarbeit

„Zum Beispiel würden mehr Teilzeitarbeitsplätze nicht nur einem vielfach geäußerten Bedürfnis vieler Arbeitnehmer – vor allem Frauen – entsprechen; sie würden zugleich fühlbar zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen. Die Bundesregierung wird zusammen mit den Ländern prüfen, welche Möglichkeiten sich hierfür im Rahmen des Arbeitsplatzangebots im öffentlichen Dienst ergeben, und wir bitten die Tarifpartner, von sich aus das gleiche zu tun."

– durch Rationalisierung, wie bei Bahn ...

„Eine besondere Aufgabe liegt immer wieder darin, die Deutsche Bundesbahn so zu gestalten, daß sie langfristig einen gesicherten Platz in unserem Verkehrssystem behält.

Nach Abschluß der laufenden Vorbereitungsmaßnahmen wird die Bundesregierung einen Leistungsauftrag an die Bundesbahn formulieren, der der veränderten Nachfrage, der Anpassungsfähigkeit der Bahn und der Belastbarkeit sowohl des Bundeshaushalts als auch des Steuerzahlers Rechnung trägt.

Dabei müssen betriebswirtschaftliche, regionalpolitische, raumordnerische und gesellschaftspolitische Erfordernisse in ein vernünftiges Verhältnis zueinander gebracht werden. Unsere Eisenbahner wissen am besten, daß ihre Zukunft nur in einem gesunden Unternehmen gesichert werden kann. Gegenwärtig wird der Bundeshaushalt durch Zahlungen an die Bundesbahn mit gut 10 Milliarden DM jährlich belastet. *Diese Belastung muß durch energische Rationalisierung und stärkere Anpassung des Angebots an die Nachfrage verringert werden.*

Sicher ist: Die Bundesbahn darf den Steuerzahler nicht überfordern. Sicher ist aber auch: Auf unsere Bahn, die eine der besten in der Welt ist, können wir nicht verzichten."

... und Post

„*Die Deutsche Bundespost wird durch konsequente Weiterführung der eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen und durch Modernisierung des Dienstleistungsangebots den mit großem Erfolg beschrittenen Weg fortsetzen.* Sie soll in ihrer bisherigen Rechtsform weitergeführt werden. Die Regelungen des Postverwaltungsgesetzes zum Haushalts- und Finanzwesen der Post sollen überarbeitet werden."

– durch weniger Krankenhausbeschäftigte

„Es ist richtig: der Gesundheitsschutz ist heute besser als je zuvor. Es gibt – für die ganze Bundesrepublik gesehen – ausreichend Krankenhausbetten; kein Kranker muß mehr auf dem Korridor liegen. *Aber insgesamt ist der Anstieg der Kosten für Krankheit und Gesundheitsvorsorge zu steil gewesen.* Unser modernes Gesundheitswesen kann nur leistungsfähig gehalten werden, *wenn sparsamer gewirtschaftet wird.* Deshalb müssen alle Beteiligten zur Dämpfung dieses Kostenanstieges beitragen. Das wird auch diesen Bundestag vor schwierige Aufgaben stellen."

Lohnsenkung

„Allerdings sollten wir uns, mehr noch als in der Vergangenheit, bewußt machen, daß Wachstum nicht unendlich ist und daß Reformen nicht notwendig bedeuten, daß der Staat fortwährend neue, zusätzliche Leistungen erbringen kann."

Möglichst nur 3,7 Prozent

„Mit 3,7 Prozent haben wir gegenwärtig zugleich – wie schon seit einiger Zeit – die niedrigste Preissteigerungsrate unter den Ländern der Europäischen Gemeinschaft."

Mit Hilfe von Kluncker, Loderer und Vetter

„In diesem Zusammenhang gilt ein besonderer Dank den Gewerkschaften, die realitätsbewußt einen nicht wegzudenkenden Beitrag dazu geleistet haben, daß die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik in Grenzen gehalten werden konnten.

Das Augenmaß in den Tarifverhandlungen der letzten Jahre hat es bei uns ermöglicht, eine günstigere Kombination von Preisstabilität, Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsstand und internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu verwirklichen als anderswo in der Welt – eine Kombination, auf die manch anderes Land mit Achtung blickt."

Die „Vermögensbildung" soll den Lohnkampf lähmen

„In der Vermögenspolitik möchten wir die Tarifvertragspartner auffordern, den noch nicht voll ausgeschöpften Rahmen des 624-DM-Gesetzes voll zu nutzen. Sobald es tarifpolitisch notwendig erscheint, wird die Bundesregierung eine Ausweitung des Begünstigungsrahmens des Dritten Vermögensbildungsgesetzes auf 936 DM vorschlagen, ohne dabei die staatlichen Gesamtaufwendungen für die Sparförderung zu erhöhen."

Ein großer Betrug ist geplant

„Der Staat schafft Voraussetzungen dafür, daß sich der einzelne in wichtigen Lebensfragen auf die Solidarität der staatlichen Gemeinschaft verlassen kann.

Für viele, viele Menschen haben wir erst durch diese Voraussetzungen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Das wollen wir auch weiterhin tun."

„Als unseren Beitrag zur Förderung der Familien werden wir – ich habe dies schon kurz berührt – dem Gesetzgeber vorschlagen, das Kindergeld für das zweite Kind auf 80 DM und für jedes weitere Kind – jedes dritte, vierte Kind usw. – von 120 auf 150 DM zu erhöhen. *Voraussetzung für diese große zusätzliche Haushaltsbelastung ist allerdings die Mehrwertsteueranhebung, von der ich sprach.*"

„Entscheidend für die Einkommenslage der privaten Haushalte ist heute vielfach, *welche staatlichen Geldleistungen sie insgesamt erhalten,* also Wohngeld, BAFöG usw., Transferleistungen, wie die Fachleute das nennen, und welche Steuern und Abgaben sie bezahlen. *Die Bundesregierung wird deshalb eine Transfer-Enquête-Kommission berufen, die den Einfluß staatlicher Transfereinkommen – auch durch unkoordinierte Einkommensgrenzen in verschiedenen Gesetzen – auf die insgesamt verfügbaren Einkommen verschiedener Haushalte ermitteln und Vorschläge zu einer besseren Abstimmung machen soll.*"

Schmidts Absichten sind deutlich. Sein öliges und verquollenes Gerede soll sie verdunkeln. Inzwischen fallen immer weniger darauf herein. Jeder Fortschritt im Klassenkampf lehrt Hunderttausende, aus dem Gerede die Absicht zu erkennen und sich entsprechend vorzubereiten.

Hervorhebungen im Text durch uns. Red.

War in der BRD die Tendenz der absoluten Verelendung je außer Kraft?

Thesen gegen die bürgerlichen Behauptungen von „mehr Lebensqualität" und „höherem Lebensstandard" für die Arbeiter

Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß die Arbeiterklasse in der kapitalistischen Gesellschaft den wirtschaftlichen Kampf führen muß oder infolge des Wirkens der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten ins Elend absinkt. Der Marxismus-Leninismus lehrt ferner, daß die Arbeiterklasse diesen Kampf nur insoweit führen kann, als sie sich eint.

Ist die Arbeiterklasse durch Reformismus und Revisionismus gespalten und an der Entfaltung ihrer Kampfkraft behindert, so muß eine Senkung des Lohnstandards, ein Preisverfall der Ware Arbeitskraft eintreten, der bis über jenen Punkt hinausreicht, wo die Reproduktionsbasis der Arbeiterklasse zusammenbricht. Das Erscheinungsbild einer solchen Gesellschaft ist dann nicht nur durch die Ausbeutung der Arbeitskraft durch die Kapitalisten bestimmt, sondern offenkundig durch Verbrauch, raschen Verschleiß und frühe Vernichtung der Arbeitskraft in der Ausbeutung durch die Kapitalisten. Das lehrt der Marxismus-Leninismus. Das ist eine schwer errungene praktische Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung. In Westdeutschland wird diese schwer erkämpfte und teuer bezahlte Lehre bestritten. Sie wird bestritten, weil der Augenschein der Entwicklungsgeschichte der BRD und Westberlins das Gegenteil zu beweisen scheint.

Der Lohn stellt den Preis der als Ware verkauften Arbeitskraft dar. Der Arbeitslohn wird von der Arbeiterklasse in Lebensmittel umgesetzt. Der Umfang des Lohnes muß also gemessen werden an der Ausdehnung des Umkreises der Konsumtionsmittel, der Lebensmittel, die in den Verbrauch der Arbeiterklasse Eingang finden. Der schiere Geldausdruck nützt für die Betrachtung nichts. Der Geldname von 1 000 DM stellt eine ganz andere Warenwelt dar im Jahre 1950 als im Jahre 1970. Auch bei dieser Betrachtungsweise bleibt jedoch der Anschein erhalten: Das Salär aus Lohn, die Geldsumme, die von der Arbeiterbevölkerung für den Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Kapitalisten erlöst wurde, ihr sodann über Steuern, Versicherungen usw. abgezogen und davon wiederum ein Teil als Renten, Versicherungsgelder, Sozialhilfen zum Verbrauch zukam, dieses Salär aus Lohn ist in den Jahren von 1950 bis 1970 nicht nur seinem DM-Namen nach gewachsen, sondern auch die Tonnen Brot, die Tonnen Fleisch, die Stückzahl Hemden, Hosen, Röcke, Mäntel sowie die Stückzahl Bettwäsche, Kochtöpfe, kurzum die Masse jedes einzelnen der Repräsentanten der Warenwelt, die in den Konsum der Arbeiterbevölkerung einging, in die dieses Salär aus Lohn hätte umgesetzt werden können, ist angewachsen, und zwar erheblich.

In dieser ganzen langen Zeit, in der die westdeutsche Arbeiterklasse ohne revolutionäre Führung und infolgedessen gespalten sich darstellt – insbesondere seit dem Verbot der KPD im Jahre 1956 – ist also so gesehen weder der Lohn des einzelnen Arbeiters gefallen noch etwa der Erlös, den die gesamte Arbeiterklasse aus dem Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Kapitalisten gezogen hat. Beide Summen sind viel- gezogen hat. Beide Summen sind viel- mehr gestiegen. Der Umkreis der Waren, die in die Konsumtion der Arbeiterbevölkerung eingeflossen sind, ist angewachsen, hat sich ausgeweitet. Hat also der Marxismus-Leninismus unrecht und haben also die bürgerlichen Theoretiker, die der Arbeiterklasse zur Vermeidung von Kampf raten und ihr gerade dafür Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage versprechen, recht?

Diese Frage bildet einen nach unserer Auffassung wichtigen Streitpunkt in der heutigen Arbeiterbewegung. Kann der geschichtliche Vorgang nicht erklärt werden, so bildet dieser unerklärte Tatsachenberg einen beständigen Ausgangspunkt der Hoffnung auf Klassenversöhnung, einen dauernden Sumpfboden der Propaganda für Klassenversöhnung, ein schweres Hindernis für die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse im Kampf und ein Spaltmittel in der Hand der Bourgeoisie. Das Problem ist auch nicht bewältigt, wenn nachgewiesen wird, daß die Entwicklung der letzten Jahre den Lehren des Marxismus-Leninismus entspricht. Denn: Waren diese Lehren für ein, zwei, drei Jahrzehnte außer Kraft und Wirkung, warum sollten sie nicht wiederum außer Kraft und Wirkung setzbar sein? Die tägliche Versprechung der Bourgeoispolitiker ist das und diese tägliche Versprechung, dieser tägliche Schwindel beruft sich auf den historischen Tatsachenboden.

Vom Wert der Ware Arbeitskraft ausgegangen, bedeutet absolute Verelendung, daß der Preis der Ware Arbeitskraft unter deren Wert sinkt. Der Wert der Ware Arbeitskraft ist – wie der Wert jeder Ware – durch die Produktionskosten bestimmt, die ihre Wiederherstellung macht. Die Produktionskosten der Ware Arbeitskraft sind die Lebenskosten der Arbeiterbevölkerung. Absolute Verelendung kann auf zwei Wegen eintreten. Sowohl durch Senkung des Preises der Arbeitskraft als auch durch Teuerung der Lebenskosten der Arbeiterbevölkerung selbst bei steigendem Preis für die Arbeitskraft. Beide Fälle sind leicht vorstellbar. Beide Fälle sind in dem von uns aufzuklärenden Zeitraum *nicht* nachzuweisen. Der Versuch, die absolute Verelendung über die Inflation auch für diesen Zeitraum nachzuweisen, scheitert empirisch. Da kann bloß eine Klarstellung des Ausmaßes der augenscheinlichen Hebung des Lohnstandards erreicht werden.

Haben also die bürgerlichen Wissenschaftler und Ideologen recht und befand sich der Marxismus-Leninismus außer Kraft oder war zumindest „schöpferischer" Erweiterung sehr bedürftig?

Wir behaupten: Nein, denn es gibt noch einen dritten Weg, auf dem sich die absolute Verelendung durchsetzen, zumindest jedoch unter der Hand vorbereiten kann. Diese dritte Möglichkeit lautet: Steigerung des Lohns, Steigerung auch der Warenmasse, die von diesem Lohn gekauft werden kann, aber Veränderung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft, notwendige, unausweichliche, qualitative Ausweitung der Waren, die von der Arbeiterklasse zur Vollführung ihrer Reproduktion gekauft werden müssen. Diese dritte Verlaufsform nahm die Tendenz zur absoluten Verelendung in den von uns zu betrachtenden Jahren an.

1. *Ein wachsender Teil der Lebenszeit der Arbeiterbevölkerung wurde in Arbeitszeit für die Kapitalisten verwandelt. Diese Zeit, hauptsächlich der Frauen, wurde vordem von der Arbeiterfamilie zur Ökonomisierung ihrer Reproduktion, also ihrer Haushaltsführung, verwandt. Soll das Manko an Zeit ausgeglichen werden, so muß die Pro-* *ausgeglichen werden, so muß die Pro-* *duktivkraft der Hausarbeit gesteigert werden. Wird sie nicht gesteigert, treten die Erscheinungen der absoluten Verelendung sogleich hervor, Ruin der Gesundheit zuerst der Frau, sodann der Familie, Verwahrlosung usw. Will die Arbeiterfamilie dieser Erscheinung ausweichen, so muß sie Warenkategorien zu ihrer Reproduktion erstehen, die sie vorher nicht erstehen mußte.*

Dies beträfe Waren wie:

Kühlschrank, Wäscheschleuder, Waschmaschine, Waschautomat, Elektroherd, Kochgeschirr für diesen Herd, Staubsauger usw. usf.

Gewisse Arbeiten widersetzen sich, zumindest auf dem kleinen Maßstab der Hausarbeit, der Steigerung der Produktivkraft durch Anwendung von Maschinerie. Infolgedessen kommen zu den vorhin angeführten Warenkategorien noch hinzu Waren, die vorher durch Hausarbeit entweder hergestellt oder repariert wurden, jetzt aber nicht mehr hergestellt oder repariert werden können mangels Zeit, gleichwohl aber gebraucht werden und infolgedessen gekauft werden müssen. Dies beträfe Warenkategorien wie: die Socken, die nicht nur nicht mehr gestrickt, sondern auch nicht mehr gestopft werden, die Hemden, die nicht ausgebessert werden, die Kleider, die nicht geändert werden, die Marmelade, die nicht eingekocht wird, Plätzchen, die nicht gebacken werden usw. usf.

Da dies alles enorme Kosten macht, entstehen noch weitere, durch den Versuch, diesen Kosten zu entrinnen. Das beträfe dann: Nähmaschinen, auf denen nicht genäht wird, Strickmaschinen, auf denen nicht gestrickt wird, Einweckmaschinen, mit denen nicht eingeweckt wird usw.

Ganze Speicher und Keller stehen voller solcher Gerümpel. Wie überhaupt die Auslastung der Haushaltsmaschinerie ganz fatal und unrentabel ist, für die Kapitalisten freilich bloß ein Grund, ungeheuren Ramsch zu produzieren und zu verkaufen, da diese Dinge eben gebraucht werden und infolgedessen auch bezahlt werden.

2. *Zu diesen Kosten, die im Arbeiterhaushalt durch die Verwandlung von Lebenszeit der Arbeiterbevölkerung in Arbeitszeit durch die Kapitalisten entstehen, entstehen aber noch weitere Kosten, weitere unausweichliche Bedürfnisse. Wir rechnen darunter:*

Der Arbeiter, der Arbeit hat, hat ein gesteigertes Bedürfnis an Lebensmitteln aller Art dem Nichtarbeiter voraus. Das ist die unausweichliche Kehrseite der gnadenlosen Auspressung von Arbeitskraft, in der die Kapitalisten unerreicht sind. Der Arbeiter, der Arbeit hat, muß:

anders essen, er muß sich anders kleiden, er muß sich anders zerstreuen, er muß anders leben, und davon hat er umfassend höhere Kosten. Bestreitet der Arbeiter diese höheren Kosten nicht, so wird er gesundheitlich verfallen. Infolgedessen strebt er diese Kosten zu bestreiten, soweit er eben kann.

Sowieso wird durch die Vereinseitigung des Arbeitsprozesses in der kapitalistischen Profitproduktion ein höheres Maß an Anfälligkeit gegenüber Krankheiten aller Art erzielt. Selbst *wenn* der Lohn ausreichte, die gesteigerten Reproduktionskosten zu dekken, bleiben Kosten, die der Arbeiterbevölkerung durch die Verkrüppelung entstehen, die ihr der kapitalistische Produktionsprozess zugefügt hat. Diese wären:

Kosten im Zusammenhang mit Krankheit oder Verkrüppelung im weiteren Sinn, also für Diäten, für Krankenbehandlungen, für Ausgleich in Gestalt von Sport oder Ausflügen usw., letztlich auch für Urlaub.

Sodann ergeben sich Kosten, die sich sowohl aus der zeitlichen Ausdehnung der an die Kapitalisten insgesamt verkauften Zeit ergeben als auch aus der gesteigerten Verausgabung von Lebenskraft für die Zwecke der Kapitalisten. Solche Kosten sind:

Kosten für Kindergarten (Kindernahrung, Kinderkleidung usw. ist oben schon enthalten) wie auch Kosten für Kinderspielzeug, das oftmals die persönliche Beschäftigung mit dem eigenen Nachwuchs ablösen muß.

Im Effekt muß die Arbeiterbevölkerung auch hier *kaufen*, was sie vordem *nicht gebraucht* hat.

braucht hat.

3. *Eine zuschüssige Last auf dem Lohnsalär bilden ferner Kosten, die durch Umwälzungen der kapitalistischen Produktion entstehen. Wir sehen an dieser Stelle ab von der Verwandlung von Facharbeitern in Hilfsarbeiter, dies betrifft die Lohnseite, wir untersuchen hier aber nur die Produktionskosten der Arbeitskraft. Die kapitalistische Produktion, selbst und gerade wenn sie wächst, wächst nicht gleichmäßig und stetig. Sie stößt die Arbeiter aus der einen Branche in die andere ab, sie zieht enorme Arbeiterheere in bestimmten Regionen zusammen und verödet andere. Es entsteht eine ständige Bewegung und diese Bewegung kostet Geld, das Geld eben der bewegten Arbeiterbevölkerung.*

Kosten entstehen, und diese sind dem Charakter nach:

– Kosten für den Antransport der Arbeiterkraft zum Arbeitsplatz, dies gleich ob in öffentlichen oder eigenen Verkehrsmitteln. Diese Kosten wirken doppelt, da sie nicht nur eine Geldausgabe bedeuten, sondern auch eine Zeitausgabe, die wiederum Kosten des weiter vorne angeführten Typs aufwirft.

– Kosten durch Umzüge wie zusätzliches Mobiliar nach diesen Umzügen sowie Kosten zwecks Pflege der räumlich zerrissenen Familienbeziehungen, sei es durch Reise oder per Telefon.

– Endlich steigende Kosten für Miete, da sich die haus- und grundbesitzenden Kapitalisten den Versuch der Arbeiterbevölkerung, der Entfernung zum Arbeitsplatz durch Verlegung des Wohnsitzes auszuweichen, als Anlaß zur Hebung der Miete nehmen.

– Ferner kommen noch Kosten hinzu, welche die Zerreißung der Familie aufwirft, seien es nun Kosten für die erforderliche selbständige Haushaltsführung der älteren Generation, sei es durch Kindergartenkosten usw., die dies wiederum hervorruft und steigert.

4. *Als ob alle diese Kosten nicht genug wären, kommen noch hinzu Änderungen der Lebensbedingungen der Arbeiterbevölkerung, verursacht durch Änderung von Naturbedingungen, die vorher kostenlos in die Reproduktion der Arbeiterbevölkerung einflossen, jetzt aber durch die Anarchie der kapitalistischen Produktion verwüstet sind, produziert werden müssen, von den Kapitalisten produziert werden und als Ware an die Arbeiterbevölkerung verkauft werden.*

Dies betrifft Waren wie:

– die Luft, zu deren unbeeinträchtigten Genuß der Arbeiter einen Wechsel seines gewöhnlichen Standorts wahrnehmen muß, der für sich genommen bereits Kosten verursacht und der nicht selten noch durch „Eintritt" erhöht wird;

– das Wasser, das im großen und ganzen nur noch durch Aufbringung sowohl von Fahrtkosten als auch von Eintrittskosten zum Baden genossen werden kann;

– das Licht, das durch den Dreck in der Luft herausgedunkelt wird, so daß in der Bevölkerung der großen Städte ein „Sonnenhunger" entsteht, dessen Stillung den einfachen Leuten zu dem Geldschaden, den er macht, auch noch den Spott der Bourgeois einbringt.

5. *Alle diese vier Kostenpunkte sind bloß angedeutet, nicht erschöpft. Uns geht es jedoch um den Beweis, daß der Hauptinhalt der „Steigerung des Lebensstandards" nicht oder weniger in einer „Steigerung" bestand, sondern seinem Wesen nach in einer Änderung der Reproduktionsbedingungen der Arbeiterbevölkerung. Ferner wollten wir beweisen, daß diese Änderung eine ganze unabsehbare Schar von Kosten für die Arbeiterbevölkerung aufgeworfen hat. Der platte Standpunkt, eine Hebung des Standards habe stattgefunden, bloß weil der Kreis der Waren, die unvermeidlich in den Konsum der Ar-* *den, bloß weil der Kreis der Waren, die unvermeidlich in den Konsum der Ar-* *beiterbevölkerung einfließen, sich ausgedehnt hat, wäre damit im wesentlichen widerlegt. Und es ist klar, wie es geschehen kann, daß trotz steigender Löhne der Einzelarbeiter wie auch steigender Einkünfte der ganzen Arbeiterbevölkerung absolute Verelendung eintreten kann. Nicht geklärt ist, ob diese Verelendung tatsächlich eingetreten ist. Wir behaupten, sie hat dahingeschwelt, ist für einen Teil der Arbeiterbevölkerung auch bereits direkt wirksam geworden, vor allem aber hat sich langfristig eine Lage ausgebreitet, welche die wirtschaftliche Elastizität des Arbeiterhaushaltes vollends erstarren macht und wo ganz kleine Beträge bereits zu unausweichbaren Problemen führen müssen.*

Dies, weil:

– in das physische Existenzminimum Waren einfließen, die man dort nicht eingeordnet sich denkt. Zum Beispiel: Für einen Arbeiter, der Arbeit hat, ergibt sich das physische Existenzminimum, der Betrag, den er für Nahrung, Kleidung auszugeben hat, keineswegs unmittelbar aus seinem Lohn. Es ergibt sich nach Abzug anderer Kosten. Zum Beispiel nach Abzug der Kosten, die der Arbeiter hat, um sein Auto zu erhalten. Denn hat er es nicht, so kommt er vielleicht gar nicht in die Fabrik, oder er muß vielleicht zwei Stunden seiner freien Zeit auf öffentlichen Verkehrsmitteln vergeuden, wovon er rascher verschleißt, weniger schläft, es ist gerade so gut als ob er weniger äße, was der Arbeiter infolgedessen auch zuerst vorzieht.

– Der Arbeiter muß, bevor er essen kann, seine Stromrechnung zahlen. Zahlt er sie nicht, so kann er, der modern wohnt, nicht kochen, kalt essen mag ihn die Gesundheit kosten, auswärts essen kostet ihn Geld, das er nicht hat.

– Richtet der Staatsapparat die Schwerpunktschule ein, so hat der Arbeiter nicht nur gesteigerte Unterdrückung seiner selbst wie seiner Kinder, er hat auch gesteigerte Anfahrtskosten zu tragen. Trägt er diese Kosten nicht, schickt er seine Kinder nicht zur Schule, so hat er stattdessen die Verwahrlosung seines Nachwuchses ebenso zu befürchten wie das Zahlen einer saftigen Strafe. Sind die Kinder lange unterwegs, so wird er sie mit gewissen Barbeträgen versorgen müssen, da sie sonst entweder gesundheitlich verfallen oder zu stehlen anfangen.

6. *Diese und ähnlich mehr Änderungen des historischen Lebensniveaus der Arbeiterbevölkerung einmal durchgesetzt, zur unwiderruflichen gesellschaftlichen Tatsache gemacht, kann die herrschende Kapitalistenklasse diese neu geschaffenen, aber unausweichlichen Bedürfnisse als Preßmittel der absoluten Verelendung einsetzen. Diese Bedürfnisse bedeuten Ansatzpunkte zur planmäßigen Ausplünderung der Volksmassen. Treibender Faktor hierfür sind die staatlich garantierten Dienstleistungen.*

Im Beispiel:

– Werden die Kosten für die öffentlichen Verkehrsmittel gesteigert, so können sowohl die Versicherungsprämien für Autos gesteigert werden als auch die Steuerlast auf den Autos, sowieso auch auf Benzin. Befindet sich beides im rechten Verhältnis, so kann der Mietzins gesteigert werden, da die Notdurft umzuziehen und die Fahrwege zu verkürzen zunimmt. Alles unausweichliche Kosten in Geld, hinzukommen Kosten in Zeit, die durch Verkürzung der öffentlichen Verkehrsmittel und Überbelastung der öffentlichen Verkehrswege entstehen und welche die anderen Zuschußkosten heben helfen.

– Hat man den Arbeiter einmal in moderne Wohnungen gebracht und ihn genötigt, einen mechanischen Haushalt sich anzuschaffen, so steigt ins Unermeßliche ihr Strompreis, denn wer will euch ausweichen! Heben sich die Kosten für gekochte Mahlzeit, so folgen die Kosten für auswärts gekochte auf dem Fuße!

kochte auf dem Fuße!

Vor gehobenen Preisen dieses Typs ist gar kein Ausweichen. Es findet notgedrungen statt eine Verlagerung der Ausgaben und Prioritäten innerhalb des Arbeiterhaushalts. 20 DM oder auch nur 5 DM Mehrkosten für Straßenbahn sind die eine Sache, der sichere Instinkt, daß sich diese Mehrkosten kraft Wirken der Gesetze des Warenmarktes binnen Jahresfrist gewiß vervierfachen werden, eine weitere, dies alles dann abgezogen nicht etwa von der Nettolohnsumme, wie man es platterweise zu tun neigt, sondern abgezogen vom *Nahrungsmitteletat der Arbeiterfamilie*, aus dem diese Mehrkosten bestritten werden müssen, das liefert eine Erklärung für den Umfang und die Hartnäckigkeit der Kämpfe gegen die Verteuerung von Strom, Gas, Wasser und Straßenbahnen – wie es auch ein klares Argument gegen die unverfrorene Behauptung der Bourgeoispolitiker darstellt, es handele sich ja nur „um ein paar Pfennige".

7. *Wir behaupten also, die absolute Verelendung habe die ganze Zeit über stattgefunden, allerdings mehr dahinschwelend, nur an einzelnen gesellschaftlichen Erscheinungen hervortretend, aber die Reserven der Arbeiterbevölkerung erschöpfend. So erklären wir uns die Wucht, mit der bereits gegenwärtig große Teile der Arbeiterbevölkerung von dieser gesetzmäßigen Erscheinung des Kapitalismus getroffen werden, obzwar die Geldseite dieser absoluten Verelendung sich durchaus nicht weiter dramatisch ausnimmt und unsere Rechnungen, daß ein Verlust von einem, zwei oder auch drei Prozent gemacht worden sei, oft belächelt wurden – allerdings bloß von solchen, die sowieso gut lachen haben, weil sie Geld haben, wenigstens vorläufig. – (mf, hj, cs)*

Nordverbund:

Die zweiten Verhandlungen waren reine Zeitverschwendung

Das ist richtig. Aber keine umwerfend neue Erkenntnis, die IGM-Bezirksleiter Otto vom Steeg im Nordverbund verbreiten läßt. Daß die Kapitalisten im Lohnkampf aufs Ganze gehen, weiß man aus ihrer Lage. Die Konkurrenz ist hart. Das Geschäft läuft noch nicht so, wie sie es sich wünschen. Die Rendite liegt schlecht. Rund herum kann von Aufschwung nicht die Rede sein.

Da liegt nichts drin mit ein paar Pfennig mehr, um die Arbeiter zu beruhigen. Jeder Pfennig wird gebraucht als Kapital im Konkurrenzkampf. Eine solche Lage ist schwierig, aber nicht unlösbar für die Klassenversöhnler. Otto vom Steeg gilt noch bei vielen Arbeitern als einer, der auf die Pauke haut, wenn das Maß voll ist. Er hat wieder getrommelt.

„In Nordwürttemberg/Nordbaden versuchten sie das gleiche Theater mit einem Diktat von 5 % und provozierten damit bereits in den ersten Verhandlungen das Scheitern. In Norddeutschland wurden sie noch dreister. Und die Anhebung der unteren Lohngruppen lehnten sie glatt ab. (. . .) Abbruch der Verhandlungen nach 35 Minuten."

Daß die Kapitalisten gegen die Einheit der Metaller sind, ist auch keine neue Erkenntnis. Sie fürchten sie. Deswegen sind sie gegen Festgeldforderungen. Die Arbeiter sind für Festgeldforderungen, weil sie tatsächlich einen „Nachholbedarf" haben, entgegen allen Behauptungen der Bourgeoisie.

In den zweiten Verhandlungen müssen die Kapitalisten Otto vom Steeg vorgehalten haben: „Die Gewinne müssen noch mehr steigen, damit die Unternehmer Lust am Investieren haben." Otto vom Steeg tritt dagegen auf: „Von der Lust der Arbeitnehmer, ihren Lebensstandard zu halten und zu verbessern, damit sie Vertrauen in dieses Wirtschaftssystem behalten, reden sie nicht. Wir müssen aber davon reden." Die Krise hat die Widersprü-

damit die Unternehmer Lust am Investieren haben." Otto vom Steeg tritt dagegen auf: „Von der Lust der Arbeitnehmer, ihren Lebensstandard zu halten und zu verbessern, damit sie Vertrauen in dieses Wirtschaftssystem behalten, reden sie nicht. Wir müssen aber davon reden." Die Krise hat die Widersprü-

che zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse auf die Spitze getrieben. Sie können nicht mehr entschärft werden. Sie drängen auf Austragung. Otto vom Steeg will sie aussöhnen. Die Arbeiter sollen „Vertrauen in dieses Wirtschaftssystem behalten", in Ausbeutung und Unterdrückung, damit sie Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigen.

„Die zweite Verhandlung war reine Zeitverschwendung." Die verschwendete Zeit aufzuholen und die Metallarbeiter zusammenzuschließen, den Streik vorzubereiten, davon redet Otto nicht. Er verbreitet Hoffnung, durch Trommeln. Die Arbeiter sollen Hoffnung in die Hände der Reformisten vom Schlage Otto vom Steeg legen, daß die „soziale Komponente" von 125 DM nicht fallen gelassen wird. Sie ist es bereits. In den Verhandlungen spielen sie keine Rolle. Warum muß Otto vom Steeg davon reden? Weil die Arbeiter wieder stärker davon reden. Nicht von sozialen Komponenten, sondern ausreichenden Geldbeträgen, die sie brauchen. Diese liegen in Höhe von 1 DM pro Stunde.

„Es wird Zeit, daß sich die Arbeitgeber besinnen und aufhören, Tarifverhandlungen zu Scheinverhandlungen herabzuwürdigen. Sie gefährden den sozialen Frieden in der Bundesrepublik." Der Mann sorgt sich um die Eintracht. Er sieht den sozialen Friedens gefährdet. Die Arbeiter könnten streiken.

Der Schein ist dahin. Herausgeschält hat sich ein Trommler, der der Herrschaft der Kapitalistenklasse völlig verhaftet ist und den Frieden zwischen den Klassen beschwört. Daß unter solcher Führung für die Arbeiterklasse nichts erreicht werden kann, braucht nicht betont zu werden. Das lehrt der nackte Augenschein. Die Kapitalisten werden ihn dagegen schätzen.

„Nur radikal geht's"

Debatte auf dem Bremer Vulkan um Durchsetzung von 1 DM Festgeld

Bremen. Am letzten Mittwoch hat der Vertrauenskörper der Bremer Vulkan Werft ein Telegramm an die Verhandlungskommission der IGM (Nordverbund) geschickt. Tenor: Bleibt hart Jungs, setzt die Forderung nach 9,6 %, mindestens 125 DM voll durch. Die Begründung entspricht der Forderung: Anteil am Produktivitätswachstum und mehr Kaufkraft. Mit der Lage und den Interessen der Arbeiter hat das Telegramm nichts zu tun. Es ist ein sozialdemokratisches Machwerk, verabschiedet von den Vertrauensleuten, weil die Aufstellung der Forderung in der Tarifkommission zu einer Lähmung der starken Bewegung für Streik und für Festgeld geführt hat. Da hat die SPD-Fraktion nachgesetzt, und flugs ist in den IG Metallnachrichten das Telegramm und die akute Schwäche der Bewegung unter den Vulkan-Arbeitern als Siegestrophäe zwecks Demoralisierung aller Metallarbeiter geschwenkt worden.

Indes ist niemand der aufgestellten Forderung und der Politik der Sozialdemokraten auf den Leim gegangen. Auf die Frage, was das Telegramm denn nun soll, antworten die Vertrauensleute, man hätte sich's auch schenken können. „In der Schlichtung nimmt der Steeg doch alles an, um nicht in der Öffentlichkeit den ‚schwarzen Peter' in der Hand zu haben, wie es dann immer heißt". Wir besprachen, ob denn wohl in der Öffentlichkeit eine Ablehnung eines Schlichtungsspruches von 6,5 % seitens der IGM eine Unverschämtheit sei, die uns isolieren würde und ob die Forderung nach 1 DM mehr die Stunde, wie wir sie doch durchsetzen wollen, überhöht wäre. Naja, meinte einer, eigentlich nicht. Aber das wär ja wohl verschieden. Das säh man ja wohl auf den Parkplätzen, was da einige Arbeiter doch noch große Schlitten fahren würden. Und viele haben ja auch eigene Häuser.

Darauf erzählte ich von einem Arbeiter aus meiner Kolonne, der im Eigenheim wohnt und zahlt. 580 DM im Monat. Ohne Heizung und andere Nebenkosten. 30Jahre lang insgesamt und nach zehn Jahren wird die Rate etwas weniger. Jede Überstunde nimmt der mit und zum Branchenfest kommt er trotzdem nicht mit. Denn da kostete die Flasche Korn schon vor zwei Jahren 24 DM. „Das stimmt", meinte gleich einer, „ich hab mich auch mal erkundigt. Da bezahlst du dich dumm und dämlich." Tauschen wollte keiner von uns mit ihm, denn nach 30 Jahren zahlt der ja noch weiter – für die Reparaturen.

„Aber in der Schlichtung stimmt der Steeg doch zu. Und auch in der Tarifkommission kommt man nicht durch", meinte ein Vertrauensmann. „Willst du etwa mit ein paar Mann jetzt losziehen und den Streik anfangen?" „Ja, wie denn sonst?", entgegnete ihm einer. „Soll das noch mal wie im letzten Jahr mit dem Abschluß laufen? Schau dir doch allein die Kartoffelpreise an. Das muß so laufen wie im letzten Jahr: Getroffen wird sich am Magazin und dann geht's auf die Straße, und zwar für eine anständige Forderung und nicht nur für ein Stündlein. Das haste doch bei den Drehern gesehen. Man muß hart sein und bleiben, dann zahlen die auch." Darauf der Vertrauensmann: „Das stimmt, gehen tut das nur ganz radikal." – (p, Bremer Vulkan)

Der Streik wird vorbereitet

Es geht um 180 DM

VW-Wolfsburg. „Wir meinen deshalb, daß ein Festbetrag von mindestens 180 DM unabhängig von den Prozenten auch ausdrücklich als Forderung erhoben werden muß. Davon darf nicht abgerückt werden. Wir fordern Euch auf, dies auf Eurer nächsten Sitzung zu beschließen." Das sind die letzten Sätze eines Briefes, den Akkordarbeiter aus der Halle 12 des VW-Werkes Wolfsburg an die Große Tarifkommission der IGM für die Volkswagenwerke schicken wollen. 33 haben ihn bisher unterzeichnet.

Unter den Akkordarbeitern der Halle 12 (Golfendmontage) ist die Forderung, die die Große Tarifkommission aufgestellt hat, nirgendwo auf Zustimmung gestoßen. Fast alle waren für die Aufstellung einer Festgeldforderung von 180 DM. Das hatten schon die Vertrauensleute des Produktionsbereichs Nord von der Großen Tarifkommission verlangt. Die Koppelung des Mindestbetrags an die Prozente läßt den Sozialdemokraten allen Verhandlungsspielraum; sie läßt Schmücker allen Spielraum, den Lohn zu drücken.

„Wir müssen erreichen, daß die ganze Halle steht, wenn der Schmücker mit 4 oder 5 % kommt." Wie das zu machen ist, das ist die Frage, die unter den Arbeitern am brennendsten ist.

Die Einigkeit wäre mit der Forderung hergestellt, behaupten die Sozialdemokraten. Was ist das für eine Einigkeit? Bestenfalls eine Vermengung von Richtigem und Falschem, aber mit der Absicht, dem Falschen zum Durchbruch zu verhelfen. „Bei Ehlers und Co. braucht der Schmücker doch nur offene Türen einzurennen. Und wir kriegen einen übergeholfen, wenn wir nichts unternehmen."

Einigkeit muß also hergestellt werden, aber Einigkeit auf der richtigen Grundlage. Die Forderung *Keiner unter 180 DM* ist diese Grundlage. Der Vorschlag der KBW-Betriebszelle, jetzt in einem Brief an die Große Tarifkommission die Abkoppelung des Mindestbetrags von den Prozenten und die ausdrückliche Erhebung der 180 DM-Forderung zu verlangen, fand deshalb dort, wo er bisher diskutiert werden konnte, große Zustimmung. Allerdings meinen viele, daß die Große Tarifkommission deswegen noch lange nicht die Forderung ändert. Was der Brief aber bewirkt, drückten Arbeiter so aus: „Es kommt doch darauf an, daß wir hier uns einig werden, und wir müssen das denen da oben schon bekanntgeben. Die erzählen sonst wieder, es hätte an uns gelegen. Aber jetzt müssen die Vertrauensleute da auch mit ran, damit das wirklich in der Halle rundgeht. Ohne die Vertrauensleute ist es sowieso schwer, einen Streik hinzukriegen. Den brauchen wir aber, um dem Schmücker Dampf zu geben. Und wenns eben ein wilder ist." – (b, Betriebszelle VW-Wolfsburg)

Halle 12 (Golfendmontage) ist die Forderung, die die Große Tarifkommission aufgestellt hat, nirgendwo auf Zustimmung gestoßen. Fast alle waren für die Aufstellung einer Festgeldforderung von 180 DM. Das hatten schon die Vertrauensleute des Produktionsbereichs Nord von der Großen Tarifkommission verlangt. Die Koppelung des Mindestbetrags an die Prozente

Durchbruch zu verhelfen. „Bei Ehlers und Co. braucht der Schmücker doch nur offene Türen einzurennen. Und wir kriegen einen übergeholfen, wenn wir nichts unternehmen."

Einigkeit muß also hergestellt werden, aber Einigkeit auf der richtigen Grundlage. Die Forderung *Keiner unter 180 DM* ist diese Grundlage. Der Vorschlag der KBW-Betriebszelle,

sonst wieder, es hätte an uns gelegen. Aber jetzt müssen die Vertrauensleute da auch mit ran, damit das wirklich in der Halle rundgeht. Ohne die Vertrauensleute ist es sowieso schwer, einen Streik hinzukriegen. Den brauchen wir aber, um dem Schmücker Dampf zu geben. Und wenns eben ein wilder ist." – (b, Betriebszelle VW-Wolfsburg)

Expansionspropaganda und Berlin-Lügen verfangen nicht

Maschinenfabrik Fritz Werner/DIAG-Konzern

Die Deutsche Industrie-Anlagen Gesellschaft (Diag) ist ein Instrument des westdeutschen Imperialismus. Mit dem sogenannten industriellen Anlagegeschäft, das der Diag-Konzern betreibt und das Lieferung kompletter Fabriken in andere Länder bedeutet, versucht der westdeutsche Imperialismus die Ausbeutung und Ausplünderung dieser Völker voranzutreiben. Diag-Vorstandsmitglied Ladewig hat das folgendermaßen umrissen: „Diese Länder müssen mit Naturschätzen gesegnet sein, damit sie die Investitionen für ihre Industrialisierung auch bezahlen können. Die klimatischen Bedingungen müssen die Industrialisierung erlauben, wie auch die Zahl der Bevölkerung von Bedeutung ist. Wichtig ist natürlich auch, daß ein Land politisch stabil bleibt." (Handelsblatt, 16./17.1.76)

Dieselben imperialistischen Absichten werden verfolgt in dem Plan des Diag-Konzerns, seine Werkzeugmaschinenproduktion in Westberlin zu konzentrieren und Fritz Werner zum Leitbetrieb für Werkzeugmaschinen auszubauen. Es dient der Vorbereitung des Waren- und Kapitalexportes in die osteuropäischen Länder und es dient zum Ausbau Westberlins zum Brückenkopf gegen die sozialimperialistische Sowjetunion. Die Maßnahmen des bundeseigenen Diag-Betriebes sollen ein Zeichen setzen für die westdeutschen Konzerne. Sie werden begleitet von Kommentaren bürgerlicher Schreiberlinge, die fordern, Berlin wieder als „nationale Aufgabe" zu betrachten.

Die SPD-Fraktion in der westberliner IG Metall bezeichnet dieses Programm als „berlinfreundliche Politik der Unternehmen" und versucht die Arbeiter dafür einzuspannen. Sie will damit die Belegschaften spalten und die verschiedenen Belegschaften des Konzerns gegeneinander ausspielen. Als auf einer Betriebsversammlung Arbeiter die Entlassungen in anderen Diag-Konzernbetrieben anprangerten und forderten, daß die gesamte Diag-Belegschaft dagegen vorgehen müsse, antwortete Betriebsratsvorsitzender Grabowski von Fritz Werner, er sei von der Fritz Werner-Belegschaft gewählt und werde die Interessen dieser Belegschaft vertreten. Dabei tritt er eine wichtige Erfahrung der Arbeiterklasse mit Füßen, daß die Arbeiter gemeinsame Interessen haben und sie nur im Zusammenschluß durchgesetzt werden können. Auf Betriebsversammlungen haben die sozialdemokratischen Betriebsräte auf „vergangene Größe des Betriebs" hingewiesen. Dafür müsse der Betrieb „auf Expansion gehen". „Und wir müssen akkern, daß wir nicht mehr wissen, wo hinten und vorne ist," sagte Grabowski. Das allein könne die Arbeitsplätze sichern. Diese Argumentation ruft Auseinandersetzungen in der Belegschaft hervor. Als im Frühjahr 1976 130 Arbeiter, hauptsächlich ältere, entlassen wurden, gab es ein böses Erwachen: „Erst vierzig Jahre geschuftet und geschuftet und dann einen Tritt." Ein älterer Arbeiter erklärte in einer Diskussion in der Abteilung: „Früher habe ich ja manchen Vorschlag für die Fertigung gemacht, ich bin immer auf die Schnauze gefallen, einer von da oben hat mir mal gesagt, du sollst hier arbeiten und nicht nachdenken. Seither kümmere ich mich nur noch um meine Sachen."

Im vergangenen Herbst haben die Arbeiter mehrerer Abteilungen den Kampf aufgenommen. 150 Arbeiter der mechanischen Fertigung legten für zehn Minuten die Arbeit nieder, als zwei Betriebsräte der Akkordkommission durch ein Manöver der Geschäftsleitung von der Belegschaft isoliert werden sollten. In der Gußputzerei wurde eine halbe Stunde gestreikt gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen durch Verrottung von Produktionsanlagen. Die Schleifer beschwerten sich gemeinsam bei der Betriebsleitung, weil eine numerisch gesteuerte Drehmaschine auf Hochtouren durch verdampfendes Kühlwasser einen beißenden Qualm in der ganzen Abteilung verbreitete. Die derzeitigen Lehrlinge von Fritz Werner haben bereits kurz nach Beginn ihrer Lehre den Kampf um Werksunterricht, mehr Ausbilder und höhere Prämie für Produktionsarbeit aufgenommen. Dabei haben sie Erfolge erzielt.

Kürzlich haben sie einen gemeinsamen Protestmarsch zur Geschäftsleitung organisiert, um ihre Forderung nach höherer Prämie durchzusetzen. Sie haben ihre Kampferfahrung in einem Theaterstück zusammengefaßt, das bereits in mehreren Bildungsseminaren der IGM aufgeführt wurde. Im Kampf gegen den Fertigungsleitstand hat die Belegschaft Erfolge erzielt. Er konnte nicht eingeführt werden.

Dieser Kampf hat große Ausstrahlung. Die streikenden Kybernetikstudenten der Technischen Universität Berlin, wo der Leitstand mitentwickelt wurde, haben an den Betriebsrat, den Vertrauensleutekörper und die Jugendvertretung von Fritz Werner einen Brief geschrieben, in dem sie diese im Rahmen einer Streikaktion zu einer gemeinsamen Veranstaltung einladen. Sie wird diese Woche stattfinden. Der Versuch der Reformisten, die Arbeiterklasse offen an die imperialistischen Interessen der Bourgeoisie zu binden, verliert immer mehr an Boden. – (a, Zelle Fritz Werner, Westberlin)

Warnstreiks in Baden-Württemberg. Gegen das Kapitalistenangebot wurden in der letzten Woche in verschiedenen Werken in Göppingen Warnstreiks durchgeführt. Am 19.1. streikten alle 1 200 Mann der Belegschaft der Maschinenfabrik Gebr. Böhringer eine halbe Stunde lang. Am 21.1. streikten 400 Arbeiter und Angestellte der Firma Märklin eine halbe Stunde lang. Ebenfalls bei der Firma Bellino 130 Arbeiter und Angestellte.

VW Hannover. Streik am Freitag in der Spätschicht. Ein Arbeiter der Abteilung 2261 mußte während der Arbeitszeit auf Toilette. Als er nochmals kurz nach draußen, nach dem Wetter schaute, wurde er von einem Werkschutzmann notiert! Der Arbeiter hatte keinen Urlaubsschein. Für jede Entfernung vom Arbeitsplatz muß ein Urlaubsschein ausgestellt werden, außer in obigen Fällen. Der Arbeiter sollte an die Personalabteilung weitergemeldet werden. Als er zurück zum Arbeitsplatz kam und den anderen davon erzählte, legten 150 Arbeiter die Klamotten hin und zogen zur Meisterbude und verhinderten die Meldung an die Personalabteilung. (VW-Betriebszelle Hannover)

VW-Emden. Die Arbeiter bekämpfen auch nach der Zustimmung durch den Betriebsrat die Sonderschichten. Die Bekanntmachung der Sonderschichten durch den Betriebsrat an der Tafel wurde von den Arbeitern abgewischt. Die heuchlerische Mitteilung des Betriebsrats: „Dem Betriebsrat ist es in harten Verhandlungen gelungen, 316 Einstellungen durchzusetzen", wurde abgerissen oder das Feuerzeug darunter gehalten.

Wolfsburg. Von Ostfriesland bis Göttingen werden derzeit von den Arbeitsämtern Transporte zusammengestellt zur Vorstellung und Prüfung durch VW zwecks Arbeitsaufnahmen im VW-Werk Wolfsburg. Seit den Massenentlassungen im Jahre 1975 ist die Arbeitslosigkeit in Wolfsburg selbst sprunghaft gestiegen. Entlassungen bei Krankheit während der Probezeit, oder weil viele von der Maloche an den Bändern genug hatten, haben eine ständige Fluktuation hervorgerufen.

All diese Arbeiter, die schon einmal bei VW gearbeitet haben oder die den Ansprüchen der Profitproduktion nicht gerecht wurden, nimmt VW nicht mehr.

Während also aus allen Teilen des Landes Arbeiter zu VW rangekarrt werden, ruft das Arbeitsamt in Wolfsburg dazu auf, vom Arbeitsbeschaffungsprogramm Gebrauch zu machen und sich eine geringer bezahlte Stelle außerhalb Wolfsburgs zu suchen. Abfindungen und materielle Anreize werden großzügig gegeben.

Hamburg. In der Zentralwerkstatt von Thyssen-Aufzüge wird an der Verbesserung halbautomatischer Schweißmaschinen gearbeitet, mit denen lange Schweißnähte, z.B. an Brücken und Schiffen, gezogen werden. Der Schweißer überwacht dabei den Arbeitsvorgang und spannt neue Elektroden ein oder richtet die Maschine neu ein. Dadurch kann das lange gebückte Sitzen in den Gaswolken vermieden werden, außerdem ist eine bessere Qualität der Schweißnähte zu erzielen.

Hamburg. In der Zentralwerkstatt von Thyssen-Aufzüge wird an der Verbesserung halbautomatischer Schweißmaschinen gearbeitet, mit denen lange Schweißnähte, z.B. an Brücken und Schiffen, gezogen werden. Der Schweißer überwacht dabei den Arbeitsvorgang und spannt neue Elektroden ein oder richtet die Maschine neu ein. Dadurch kann das lange gebückte Sitzen in den Gaswolken vermieden werden, außerdem ist eine bessere Qualität der Schweißnähte zu erzielen.

Darum geht es den Kapitalisten aber nicht. In der Anwendungsanleitung für diese Maschinen heißt es: „Heute sind vier Stative (Schweißmaschinen) pro Mann das Normale und sie wurden deshalb den obigen Beispielen zugrunde gelegt, doch auch sechs – man denkt sogar an acht – Stative pro Mann können angewandt werden. (. . .) 350 m Schweißnaht bei einem Achtstundentag sind leicht erreichbar!"

Die Arbeiter im Stahlbau bei Thyssen-Aufzüge haben bisher nicht mit den Stativen gearbeitet, sie stehen seit längerer Zeit in der Ecke herum. Jetzt soll mit den verbesserten Maschinen ein erneuter Vorstoß unternommen werden.

Klöckner-Georgsmarienhütte. Am letzten Montag ereignete sich im Stahlwerk Klöckner in Georgsmarienhütte ein schwerer Arbeitsunfall. Beim Anschließen eines Kühlmittelschlauches für die Stoppvorrichtung einer Pfanne schwappte flüssiges Roheisen mit einer Temperatur von ca. 1600 Grad Celsius heraus. Die Pfanne war bis an den Rand mit flüssigem Roheisen gefüllt. Ein Arbeiter wurde damit übergossen und erlitt schwere Verbrennungen, die Schutzkleidung half da nichts mehr. Die Ärzte gaben ihm noch drei Stunden zu leben. Wegen angeblicher Transportunfähigkeit wurde er nicht mehr in die Spezialklinik Ludwigshafen gebracht, sondern in das Marienhospital Osnabrück, was über keinerlei Spezialeinrichtungen verfügt. Dort lebte er noch bis Mittwochmorgen. Die angebliche Transportunfähigkeit war nur ein Argument, um möglichst billig davonzukommen.

Für die Kapitalisten zählt ein Arbeiter nur, wenn seine Arbeitskraft voll ausgepreßt werden kann. Für die Klöckner-Kapitalisten war es ein „tragischer Unfall", so stand es in der Todesanzeige. Bei Klöckner-Georgsmarienhütte ereigneten sich im letzten Jahr drei tödliche Unfälle, in der Jagd nach Höchstprofit gehen die Kapitalisten über Leichen.

Um die Pfannen profitabler ausnutzen zu können, mußten sie bis an den Rand mit flüssigem Rohstahl gefüllt werden, so daß leicht mal was überschwappt, wenn die Pfanne oder das Schmelzbad sich bewegt. Bei dem Unfall soll der flüssige Rohstahl durch eine Explosion in der Pfanne übergelaufen sein. Bei dieser Explosion wird es sich um eine Wasserdampfbildung handeln, der sich bilden kann, wenn die Pfanne für den Abstich genommen wird, obwohl die Ausmauerung noch nicht vollständig trocken ist.

Continental Hannover. Anfang letzter Woche fanden in den drei hannoverschen Continental-Werken und im Conti-Verwaltungshochhaus Betriebsversammlungen statt. Vorstandsvorsitzender Hahn brüstete sich mit den „Erfolgen" des Unternehmens im Jahre 1976: bei durchschnittlich 3,5 % weniger Belegschaft sei der Umsatz um 8 % gestiegen. Gegenüber 1975 habe der Pro-Kopf-Umsatz von 65 000 auf 75 000 DM gesteigert werden können; die 100 000 müßten aber bald erreicht werden. Jeder weiß, was das heißt: weitere Entlassungen, weitere Steigerung der jetzt schon unerträglichen Akkordhetze. Die „Schuldigen" hatte Hahn auch schon bei der Hand: einerseits die Ölscheichs, die die Erdölpreise immer weiter hochtrieben, und jetzt auch noch die Kautschuk produzierenden Länder, die die Kautschukpreise gemeinsam erhöhen wollen. Und andererseits die zu hohen Löhne der Conti-Arbeiter, die so ungefähr die höchsten in der ganzen Welt seien. Als Hahn dann auch in aller Unverfrorenheit behauptete, im Durchschnitt verdienten die Conti-Kollegen 1890 DM netto, stieß er vor allem im Werk Vahrenwald auf höhnische Ablehnung. Klar war, worauf er damit hinauswollte: daß die nächste Tarifrunde für die Kautschukindustrie, wo die Tarife zum 30.Juni gekündigt werden, wieder einen Lohnraubabschluß bringen müsse. Aber schon gegen den Lohnraubabschluß im Sommer 76 (5,6 %) zeigte sich starker Widerstand in der Belegschaft. – (Conti-Zelle)

Kiel. Die tiefgreifende Krise in der Bauindustrie treibt die Konkurrenz aufs schärfste voran. Um Konkurrenzvorteile zu erreichen, werden in allen Betrieben Entlassungen vorgenommen, um aus den restlichen Arbeitern mehr herauszuholen. Da bei vielen Bauvorhaben die Kapitalisten ihr Kapital für längere Zeit festlegen müssen und nicht sofort wieder für die Profitproduktion anlegen können, wird an allen Kosten für Geräte und Sicherheitsvorkehrungen gespart. Neue Werkzeuge gibt es nur, wenn sie einem schon tatsächlich unter der Hand verfaulen, Maschinen werden notdürftig zusammengeflickt. Bei der Firma Fasthuber sollten die Arbeiter für ein paar Pfennig mehr die Stunde die Sicherheits- und Schutzbekleidung selber kaufen. Diesen offensichtlichen Verstoß gegen die tariflichen Bestimmungen hat der Betriebsrat abgelehnt. Jahrelang hat Fasthuber tariflich festgelegte Erschwerniszulagen nicht bezahlt, z.B. für Arbeiten an Rohrbrüchen. Das sind 30 Pfennig in der Stunde und pro Monat 8 000 bis 15 000 DM. So hat er den Arbeitern im Jahr schätzungsweise zwischen 70 000 und 100 000 DM vom Lohn geraubt. Die Arbeiter bei Fasthuber kämpfen für die Durchsetzung der Bezahlung der tariflichen Erschwernis- und Schmutzzulage.

Wiesbadener Graphische Betriebe: Vertrauensleutekörper faßt Beschluß zum 7-Stundentag. Am 19.1.77 verabschiedete der Vertrauensleutekörper der Wiesbadener Graphischen Betriebe einstimmig den Beschluß: „Die Jahreshauptversammlung möge beschließen – zur Weiterleitung an den Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier – im Kampf um die Anhänge zum Manteltarifvertrag die alle Drucker vereinheitlichende Forderung von 35 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich."

Hannover. „Wird die Passerelle oder gar die City zum Modell für einen Versuch zur Einführung flexibler Ladenöffnungszeiten?" (Hannoversche Allgemeine vom 6.1.77) Diese Frage wird unter den Einzelhandelskapitalisten diskutiert. Die Kapitalisten wollen den Arbeitstag verlängern und den Arbeitern noch mehr Mehrarbeit abpressen.

„Alle Ausdehnung des zur Zeit geltenden Ladenschlußgesetzes haben Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten im Einzelhandel. (. . . .) Wir, die Beschäftigten und auch die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen im DGB lehnen dies entschieden ab." Dies schreibt ein Betriebsrat vom Warenhaus Horten in der „Hannoverschen Allgemeinen" gegen die Kapitalisten.

Der Kreisvorsitzende des DGB Hannover, Theilmann, wurde von der HBV-Gewerkschaft scharf angegrifffen, als er (gleichzeitig Vorsitzender der Verbraucherzentrale) die gesetzlichen Bestimmungen zum Ladenschlußgesetz als diskutierbar bezeichnete.

Osnabrück. Die Lohntarife für Landarbeiter sind zum 31.12. 1976 gekündigt worden, für die Beschäftigten im Gartenbau werden sie zum 31.3. 1977 gekündigt. Aufgrund der Bemühung verschiedener Mitglieder der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten kam jetzt die erste Mitgliederversammlung im Raume Osnabrück zustande. Von 50 eingeladenen Arbeitern erschienen 10 und der Vorsitzende Bruns aus Oldenburg, der 12 bis 13 % als Forderung vorschlug. Begründet hat er die Forderung mit „Angleichung der Löhne an andere Wirtschaftsbereiche". Welche er meint, hat er nicht herausgelassen. Die Mitgliederversammlung hat demgegenüber eine Resolution an die Große Tarifkommission beschlossen, in der sie aufgefordert wird, künftig Lohnforderungen in Mark und Pfennig aufzustellen. Für die Landarbeiter wurden 180 DM gefordert. Die Resolution wurde mit 5 Stimmen bei 3 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen (zum Teil Jusos) angenommen.

Sichere Arbeitsplätze durch Kernkraftwerke?

Kernkraftwerke würden Arbeitsplätze sichern, behauptet die Kapitalistenklasse. Die Arbeiterklasse soll unter dem Druck der Arbeitslosigkeit dazu gebracht werden, dem imperialistischen Energieprogramm zuzustimmen.

Folge des Energieprogramms sind Rationalisierung und Entlassungen wie bei MAN Hamburg, wo der Kesselbau eingestellt und 300 Arbeiter von 1600 auf die Straße gesetzt werden sollen. Die Geschäftsleitung hat dies am 8.11. endgültig beschlossen, wegen „schlechter Auftragslage im Kesselbaubereich". Die Kessel von MAN Hamburg werden hauptsächlich für Kraftwerke gebaut. „Auf dem Inlandsmarkt für Energieerzeugungsanlagen leidet MAN derzeit unter dem dortigen tiefgreifenden Strukturwandel. So sei der Markt für mit fossilen Brennstoffen (das ist Kohle und Öl, Red.) beheizten Kraftwerken im Inland praktisch zum Erliegen gekommen." (Handelsblatt, 15.10.) MAN ist rechtzeitig auf das Geschäft mit Kernkraftwerken umgestiegen und war bereits beim Bau des Kernkraftwerkes in Biblis beteiligt.

Die Zahl der Beschäftigten des Konzerns ist seit 1971 ungefähr konstant geblieben. Der Umsatz ist jedoch im gleichen Zeitraum im MAN-Konzern von 2 105 Mio. DM auf 3 611 Mio. DM gestiegen.

Der SPD-Betriebsrat von MAN Hamburg hat der Geschäftsleitung „mangelnde Bemühungen" vorgeworfen, weil sie nicht bereit sei, über die Rettung von Arbeitsplätzen zu verhandeln. Als ob es den Kapitalisten jemals um die Erhaltung von Arbeitsplätzen ginge. Den Kapitalisten geht es um Profit und Höchstprofit. Rationalisierung zur Verschärfung der Schweißauspressung, um weniger Arbeiter stärker ausbeuten zu können, die überflüssigen Teile der Arbeiterklasse auf die Straße setzen, das sind ihre Bemühungen. Senkung des konstanten Kapitals durch billigere Energie der Kernkraftwerke, ist die andere Seite, wie die Kapitalisten günstiger produzieren können.

Gegen die kapitalistische Rationalisierung und Entlassungen haben die Arbeiter von MAN den Kampf aufgenommen von dem Tag an, wo Gerüchte über die Absichten der Kapitalisten bekannt wurden. Sie haben in Streiks und Demonstrationen zum Ausdruck gebracht, daß nur im Kampf gegen die Kapitalisten überhaupt etwas erreicht werden kann. Herbert Wehner, zuständiger Hamburger Bundestagsabgeordneter, mußte sich unauffällig, ohne große Publicity . . . „vor Ort informieren", berichtet die IGM-Ortsverwaltung Hamburg.

MAN-Chef Dr. Moll erläuterte Wehner die Pläne des Konzerns, mit der Umstellung auf die Produktion von Kernkraftanlagen. Im Rahmen seiner parlamentarischen Möglichkeiten will Wehner das Projekt unbedingt unterstützen. Kernenergie muß sein, wollen sich die Kapitalisten ihre Zukunft sichern. „Tief beeindruckt" mußte sich Wehner über den Kampf der MAN-Arbeiter aussprechen, sie hätten seine Solidarität. Es fragt sich nur welche, die des Knüppels, denn Wehner ist ein Arbeiterverräter. Das weiß jeder, denn das stinkt zum Himmel.

Die ganze Arbeiterklasse und große Teile des Volkes führen den Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung und Arbeitslosigkeit. Schließt sich die Arbeiterklasse zusammen und bekämpft die Spaltung durch die Arbeitslosigkeit, wird sie die Kraft sammeln, um die Ausbeutung und damit auch das Übel der Arbeitslosigkeit durch den Sturz der Ausbeuterherrschaft zu beseitigen.

Anschlag auf die Arbeiterklasse

Stallingkapitalisten erpressen Lohngelder zur Kapitalaufstockung

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie Euch bekannt ist, kann das für die Existenz der Firma unbedingt notwendige Investitionsprogramm 1977/78 von rund 4,3 Mio. DM mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und Sicherheiten nur zum Teil finanziert werden. Ohne diese Investitionen kann die Gerhard Stalling AG aber am Markt nicht mit Erfolg arbeiten.

Im Verlauf der Aufsichtsratssitzung am 18.1.1977 konnten wir die Bereitschaft von bisher 255 Mitarbeitern melden, sich mit einer Zeichnungssumme von rund 884.500 DM an dem Investitionsprogramm zu beteiligen. Das ist von den Hausbanken und Aktionären anerkannt worden. Sie haben ihrerseits unverzüglich alle Voraussetzungen geschaffen, um eine Investitionssumme von 2,8 Mio DM sicherzustellen. Zu diesem Zweck haben alle Aktionäre einem erheblichen Kapitalschnitt zugestimmt, und zusätzlich sind von den Altaktionären (Stiftung und Familie) Grundstücke im Verkehrswert von 2,0 Mio DM in die Firma eingebracht worden. Die Banken werden durch Beleihung und weitere Kreditierung die restlichen 0,8 Mio. DM aufbringen.

Um den gesamten Investitionsplan 1977/78 durchführen zu können, sollen von der Belegschaft 1,5 Mio. DM aufgebracht werden, die für die Anschaffung einer Roland 804-7 dienen und durch diese Maschine abgesichert werden. Die entsprechenden Vertragsentwürfe liegen zur Prüfung beim Vorstand der IG Druck und Papier, Stuttgart, und der Bank für Gemeinwirtschaft.

Die überprüften und gegebenenfalls geänderten Vertragsentwürfe sind uns kurzfristig von der Bank für Gemeinwirtschaft und der Gewerkschaft Druck und Papier versprochen worden. Wir geben Euch dann sofort wieder Nachricht. Im übrigen werden wir die bis jetzt so erfolgreich angelaufene Zeichnungsaktion fortsetzen.

Oldenburg, den 19. Januar 1977

Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat — Der Betriebsrat

PS. Sobald alle rechtlichen Voraussetzungen geklärt sind, werden wir zu einer Betriebsversammlung einladen.

Stalling-Druckerei-Oldenburg. In den meisten Abteilungen des Betriebes besteht Auftragsmangel, so in der Setzerei, Maschinensatz, Filmsatz, Montage, Korrektorat, Buchdruck, teilweise im Offsetdruck (an der Rotaspeed) und in einigen Bereichen der Binderei. Der Umsatz ist in den letzten Monaten um die Hälfte gesunken. Die Gerhard-Stalling-AG hat 530 Beschäftigte und ein Grundkapital von 3,25 Millionen DM. Beteiligt an der Aktiengesellschaft ist die Paul-Stalling-Stiftung mit 36 %, Familie Stalling mit 28 %, Oldenburgische Landesbank und Bremer Landesbank mit je 15 %, Nordwest-Zeitung mit 6 %. Mit diesem Grundkapital lassen sich keine großen Sprünge machen. Angewiesen sind sie auf Kredite der Banken. Genau darauf haben diese spekuliert. Der Bankenvertreter im Aufsichtsrat, Gerhard Wachsmann, gleichzeitig im Vorstand der Bremer Landesbank, Staatliche Keditanstalt Oldenburg-Bremen und stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der Oldenburgischen Landesbank, setzt hier die beschlossenen Maßnahmen der Banken durch.

Den konkurrierenden Kapitalisten ist es in den letzten Jahren gelungen, Stalling zu überflügeln, weil sie billiger produzieren. Dies konnten sie nur, indem sie mehr Kapital für neue Maschinen einsetzten, an denen mit weniger Arbeitern mehr und billiger produziert wurde. Diese Entwicklung der Zentralisation des Kapitals haben die Banken vorausgesehen, daher haben sie 1971 bei ihrem Eintritt in die Aktiengesellschaft auch nicht auf hohe Dividenden gesetzt, sondern auf die Zinsgelder der Kredite. Der Gewinn wurde deshalb sofort wieder in Maschinen angelegt. Die Paul-Stalling-Stiftung und die Familie Stalling hätten den größten Dividendenanteil bekommen, was die Banken verhindern wollten. Seit den letzten Umsatzrückgängen, die die Banken mit eingeplant haben, bewilligten sie keine Kredite mehr.

Darum konnte eine neue Offsetmaschine nicht gekauft werden. Die letzten Maschinen mußten schon auf Leasingbasis gemietet werden. Die Banken fürchten um den Verlust ihres eingesetzten Kapitals.

Der Betriebsrat hat sich mit nebenstehendem Brief für die Kapitalisten stark gemacht. Eingetrieben wurde das Geld, indem die Arbeiter einzeln angesprochen wurden und offen mit Entlassung gedroht wurde. Mit diesem Kapital soll eine eigene Gesellschaft gegründet werden, die sich die neue Offsetmaschine kauft. Stalling will dann diese Maschine mieten.

Die Sozialdemokraten im Betriebsrat haben dabei den Arbeitern folgende Rechunung aufgemacht: Der Geldverlust bei einem Jahr Arbeitslosigkeit wäre noch größer, als wenn sie jetzt 2 000 Dm einzahlen, und dies eventuell verlieren würden. Außerdem würde die Umlage den Arbeitsplatz sichern.

Scharfe Auseinandersetzungen gibt es im Betrieb darüber, was mit dem Geld gemacht wird. Von Sicherung der Arbeitsplätze kann keine Rede sein, ist eine immer öfter vertretene Meinug. Ein Arbeiter sagte in einer solchen Auseinandersetzung: „Ich hab' nichts und von mir kriegen sie auch nichts." – (Stalling-Zelle Oldenburg/Red.)

„Beim nächsten Mal machen wir das anders"

Textilarbeiter bereiten Tarifkampf vor

Delmenhorst. „Vereinigte Kammgarn baut Verluste ab", hieß es im August 1976. Der Grund dafür wurde gleich mitgenannt, nämlich: Die Garnfertigung ist „nach Stillegung jetzt in Delmenhorst konzentriert." Die Stillegung in Mönchengladbach im Juli 1974 kostete 350 Arbeitern den Arbeitsplatz. Die noch verwendbare, zum Teil hochmoderne Maschinerie wurde nach Delmenhorst geschafft, an einen „Standort, der auch aus unternehmerischer Sicht für die Zukunft das Beste verspricht, um die Kosten für Energie, Löhne und Gehälter, Transport und anderes niedrig zu halten." Wie dieser Abbau der Verluste aus der Sicht der Arbeiter aussieht und was sie davon halten, zeigt der Kampf in der Abteilung Spulerei. Im August 1976 wollten die Kapitalisten die Arbeiter dieser Abteilung zwingen, statt einer in Zukunft zwei Maschinen zu bedienen. Begründung: Für eine Nebenarbeit wurde eine neue Maschine angeschafft, die angeblich die Arbeit entsprechend erleichtert. Die Arbeiter waren anderer Meinung. Für sie wurde die Arbeitshetze erhöht. Die Frühschicht stellte für 45 Minuten die Maschinen ab. Und am nächsten Tag gleich nochmal für viereinhalb Stunden, weil die Kapitalisten ihre Pläne noch nicht aufgegeben hatten. Durch den gemeinsamen Druck der Kapitalisten und des Betriebsrats wurden die Arbeiter dazu gebracht, probeweise an zwei Maschinen zu produzieren. Zwei Wochen später stellten alle drei Schichten die Maschinen wieder ab. Die Reformisten im Betriebsrat und die Kapitalisten vereinbarten daraufhin zwei Wochen Probezeit, danach neue Zeitaufnahmen. Die Kapitalisten triumphierten in der Presse: „Die Mißverständnisse sind vollkommen ausgeräumt." Irrtum. Die Verschärfung der Arbeitshetze hat die Kapitalisten frech werden lassen, willkürlich wurde die Schichtenfolge für die Arbeiter festgelegt. Sie mußten zum Beispiel über mehrere Wochen nur Früh-, bzw. nur Spät- oder Nachtschicht machen. Die von der Maschinerie ganz oder teilweise freigesetzten Arbeiter wurden ständig von einer Arbeit zur anderen geschoben, auch in andere Abteilungen. Als sie Ende Dezember eine Arbeit machen sollten, die sie körperlich nicht bewältigen konnten, lief das Faß über. Zehn türkische Arbeiter stellten die Maschinen ab. Die Reformisten kamen diesmal nicht durch. Die Kapitalisten schwangen den großen Knüppel und sprachen zehn fristlose Entlassungen aus. Dann kam das Spaltungsmanöver. Sieben Arbeiter sollten wieder eingestellt werden, allerdings mit neuen Verträgen. Weihnachts- und Urlaubsgeld sollte zurückgezahlt werden. Die Arbeiter lehnten ab, erst als die Kapitalisten sich bereit erklärten, sie zu den alten Bedingungen wieder einzustellen, nahmen sechs Arbeiter an. Die Kapitalisten mögen hoffen, den Kampf begraben zu haben. Sie irren schon wieder. „Wir hätten in die anderen Abteilungen gehen müssen, beim nächsten Mal machen wir das anders", sagten die Arbeiter. „Die ganze Spinnerei hätte stehen müssen." Nicht Resignation ist das Ergebnis, sondern die wachsende Erkenntnis darüber, daß gekämpft werden muß. Das kann auch nicht anders sein. Mit Tariflöhnen zwischen 6,22 DM und 7,76 DM liegen die Textilarbeiter in der sogenannten Lohnskala weit unten. Der durchschnittliche Reallohn liegt bei 8,70 DM einschließlich aller Zulagen. Der Lohnraubabschluß im letzten Jahr mit 5,6 % hat für die meisten Arbeiter netto keine drei Prozent gebracht. Auf der Grundlage eines solchen Lohnes konnten die Vereinigte-Kammgarn-Kapitalisten fast das ganze Jahr hindurch „freiwillige" Sonderschichten fahren lassen, allerdings nicht ohne Schwierigkeiten. Viele erschienen nicht zu diesen Schichten. Eine Zulage für die Schicht am Samstagnachmittag, die sie erst nicht zahlen wollten, mußten sie schließlich doch herausrücken. Einige Arbeiter arbeiten dauernd Nachtschicht, um den Lohn etwas höher zu kriegen. Die Nachtschicht läuft über sechs Nächte, von Sonntagabend 23 Uhr bis Samstagmorgen sechs Uhr, weil mit den Pausen die Früh-und Spätschichten achteinhalb Stunden dauern, pro Nacht also nur sechseinhalb Stunden bleiben. Ende Mai laufen die Lohntarifverträge in Niedersachsen/Bremen aus, fast im gesamten Bundesgebiet bei Textil und Bekleidung zum 31.4. Bundesweit läuft jetzt die Aufstellung der Forderungen. Schon im Februar will der Hauptvorstand beschließen.

Die Reformisten im Betrieb wissen, mit einer Prozentforderung können sie sich nicht sehen lassen. Die Bewegung für Festgeld wirkt auch in der Textilindustrie. Auf einer Versammlung der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, die durch Mundpropaganda bekannt gemacht wurde, wurde von zwanzig Teilnehmern beschlossen: 60 Pfennig für alle. 103 DM brutto auf den Normalarbeitstag sind im günstigsten Fall, bei heutigen Sozialabgaben, 70 DM netto. Das langt hinten und vorne nicht. Mieterhöhung in einem Delmenhorster Arbeiterviertel zwischen 25 DM und 35 DM, Erhöhung der Erdgaspreise und der städtischen Gebühren, allein fressen mehr als die Hälfte dieser 70 DM. Bei einer Forderung von 9 % liegen die oberen drei von sieben Lohngruppen höher als 60 Pfennig. So hoffen die Reformisten von der Festgeldforderung runterzukommen. Die Textilarbeiter brauchen: 1 DM pro Stunde bzw. 170 DM im Monat.

(h, Delmenhorst)

Ist die Spaltung unüberwindlich?

Die Belegschaften in den öffentlichen Diensten sind durch die Aufstellung der Forderung von 8 Prozent plus Nebenforderungen durch die Große Tarifkommission gespalten. Das ist objektiv so und liegt an dem Charakter der Forderung.

Die besser verdienenden Lohngruppen werden sich ausrechnen, daß sie den Beschluß akzeptieren können. Das spaltet sie ab von den mittleren und unteren Lohngruppen. Die unteren Lohngruppen sehen gleich, ohne viel zu rechnen, daß sie mit dem Beschluß, unabhängig, ob dabei ein „hoher" oder „niedriger" Abschluß zustandekommt, nicht zurechtkommen können. Ihre Haushaltskasse wird die Folgen nicht verkraften.

Die mittleren Lohngruppen werden bei ihren Berechnungen dahin kommen, daß ein Abschluß, wenn er auf der Grundlage der Forderung der Großen Tarifkommission zustandekommen soll, „hoch" sein muß, um von ihnen noch akzeptiert zu werden. Soll er „hoch" sein, muß aber sehr viel passieren. Wie aber soll mit dem Beschluß der Großen Tarifkommission die Einheit der mittleren Lohngruppen mit den höheren und unteren Lohngruppen zustandekommen? Schon jetzt wirkt die objektive Spaltung lähmend auf die Lohnbewegung in öffentlichen Diensten. Die Antreiber und Unterdrücker reiben sich die Hände.

Insgesamt äußert sich die Bourgeoisie zufrieden mit der aufgestellten Forderung und weist die Regierung an, an die Durchsetzung des Lohnraubs zu gehen:

„Berücksichtigt man bei der Wirkung des gesamten Forderungsvolumens den Erfahrungssatz, daß gewerkschaftliche Ausgangsforderungen zu nur zwei Dritteln realisiert werden, dann dürfte sich ein solcher Abschluß im Rahmen der allgemeinen Einkommensentwicklung halten."

Der Beschluß der Großen Tarifkommission ist von der Bourgeoisie als Grundlage, einen Zweidrittel-Abschluß zu erreichen, „akzeptiert" worden. Dem können sich die Belegschaften nicht anschließen.

Es steht die Frage: Können die Gewerkschaftsmitglieder die Forderung stürzen und wie?

Die klassenkämpferische Bewegung in den öffentlichen Diensten hat große Anstrengungen unternommen, die einheitliche Festgeldforderung in einer Höhe, die che Festgeldforderung in einer Höhe, die die Masse der Beschäftigten zusammenschließt, durchzusetzen. Das ist die Forderung nach 170 DM für alle. Die Front für die Festgeldforderung gegen den Dienstherrn ist in dieser Auseinandersetzung verbreitert und gestärkt worden. Aber die Große Tarifkommission hat völlig unverändert den „Vorschlag" beschlossen, die Spaltung der Belegschaften soll der klassenkämpferischen Bewegung den Bewegungsraum wegnehmen.

Was kann also getan werden?

Nicht ausreichen wird es, einfach gegen die Forderung zu sein und das auch zu sagen. Es wird notwendig sein, auf die Ursachen der Spaltung zurückzugehen, und das in jeder einzelnen Belegschaft, um die Spaltung da zu überwinden. Die einzelne Belegschaft kann sich auch nach der Aufstellung der Forderung erneut zusammenschließen, auf der richtigen Forderung die Einheit wieder herstellen.

Das ist möglich dadurch, daß die klassenkämpferische Bewegung in jeder einzelnen Belegschaft erneut darangeht, die Schädlichkeit der aufgestellten Forderung nachzuweisen und daß es notwendig ist, die richtige Forderung nach 170 DM zu erheben. Dann kann die Belegschaft erneut Beschluß fassen und sich auf der Forderung von 170 DM zusammenschließen. Das werden viele Belegschaften so machen können.

Das Ergebnis des erneuten Zusammenschlusses wird man der Großen Tarifkommission mitteilen und ihr dabei die drastischen Folgen, die die von ihr aufgestellte Forderung haben wird, vor Augen führen. Man wird die Große Tarifkommission auffordern, ihre Forderung zurückzunehmen.

Das wird natürlich nicht direkt dazu führen, daß das auch geschieht, und viele werden sagen, daß die Chancen dafür sowieso aussichtslos sind. Aber für jede Belegschaft, die so vorgeht, wird das zweierlei Wirkung haben. Es wird nicht lediglich die Wirkung haben, daß sich die Große Tarifkommission zumindest zum Nachdenken gezwungen sieht. Das wesentliche daran ist vielmehr: Diese Belegschaft kann gegenüber ihrem Dienstherren ganz anders auftreten, ihre Bewegungsfreiheit hat sich vergrößert. Diese Belegschaft muß nicht untätig zusehen, wie die Sozialdemokraten den Lohnkampf mehr und mehr demontieren. Sie kann den unvermeidlichen Kampf gegen die Regierung vorbereiten und als Belegschaft auch führen.

Gibt es eine Reihe von Belegschaften, die so vorgehen, ist die Ausgangslage für den unvermeidlichen Lohnkampf schon anders. Diese Belegschaften, die sich in der Vorbereitung des Kampfes schon gestählt haben, werden die bewußtesten Kräfte im Streik stellen und eine führende Rolle übernehmen können.

Es wird sich zeigen, ob dann noch die von der Großen Tarifkommission aufgestellte Forderung die Grundlage für den Streik bleiben wird. Eine andere Möglichkeit, an dem Sturz der aufgestellten Forderung, zu arbeiten, wird es nicht geben, diese Möglichkeit aber gibt es und muß ergriffen werden. – (hr)

Klinikpersonal fordert Streik für 175 DM

An diesem Standpunkt hat der Beschluß der Tarifkommission nichts geändert

Göttingen. Als am Mittwoch nachmittag das mit Spannung erwartete Ergebnis der Sitzung der Großen Tarifkommission der ÖTV durchkam, war die Wut groß: „Im letzten Jahr haben die gesagt: ‚Prozentabschluß weger der DAG – leider!', und heute wird klar, was dahinter steckte: Die selber hatten nichts anderes vor, als den Streik zu verhindern", sagte eine Putzfrau in der Kinderklinik. Noch am Nachmittag hatten 39 Beschäftigte der Kinderklinik ein Telegramm an die Große Tarifkommission geschickt und diese aufgefordert nicht nur die 175 DM Festgeld und das Urlaubsgeld zu beschließen und die Prozentforderung abzulehnen, sondern auch jedes Schlichtungsabkommen zu verhindern und „Protestmaßnahmen für die erste Verhandlung vorzubereiten, um unserer Entschlossenheit gegenüber der Regierung Ausdruck zu verleihen, die Forderung auch durchzusetzen."

An diesem Standpunkt hat sich nichts geändert, und obwohl die Wut groß ist, denkt niemand an Gewerkschaftsaustritt. Allenfalls sagen die Arbeiter und Angestellten, wie ein Krankenpfleger der Nervenklinik: „Die Zeit ist reif für eine neue Gewerkschaftsführung."

Schon vor der Beschlußfassung der Großen Tarifkommission haben 20 Beschäftigte der Universitätskliniken auf einer Veranstaltung, einberufen vom ÖTV-Vertrauensleutekörper und sechs Personalräten der Chirurgie, gemeinsam beraten, welche Hindernisse auf dem Weg zum Streik beiseitegeräumt werden müssen. Begrüßt wurde der Standpunkt der Vertreter der Stadtreinigung im Dezember, daß Kampfmaßnahmen nicht als Nadelstichtaktik, sondern nur als Flächenbrand entfaltet werden können, und Einheit bestand darin, daß die Klinikbelegschaft sich darauf vorbereiten muß.

Gefährden wir durch einen Streik nicht die Gesundheitsversorgung? Das war eine zentrale Frage, die geklärt wurde. Mit zahlreichen Enthüllungen über den Charakter der „Gesundheitsversorgung" an den Universitätskliniken wurde nachgewiesen, daß die Lohnabhängigen an den Universitätskliniken keinen Grund haben, sich die Verrottung der Gesundheitsversorgung in die Schuhe schieben zu lassen. „Wenn wir erst einmal auspacken würden was bei uns alles aus Personalmangel, Rationalisierung und Überarbeit verbockt wird, wenn wir erst einmal auspacken würden, wie die Patienten zu Forschungszwecken mißbraucht werden, da wäre was los", sagte eine Angestellte nach der Veranstaltung. Genau das aber muß man tun. Nach dem Beschluß der Großen Tarifkommission hält die Belegschaft an den Universitätskliniken an ihren Erfahrungen fest. 13 Krankenschwestern, Pfleger und Ärzte der Stationen 14-3 und 14-4 der Nervenklinik schrieben in einer Resolution, in der sie den Beschluß ablehnen und die Vorbereitung von Kampfmaßnahmen fordern:

„Mit der Forderung der Großen Tarifkommission kann sich zum Beispiel der Vorsitzende des Bundesverfassungsgerichts gütlich tun. Für ihn bedeute die Forderung eine Erhöhung seines Gehalts um ca. 1 000 DM. Wir sind nicht bereit, ihm so seinen Urteilsspruch zum § 218 zu honorieren. Für uns Pfleger und Krankenschwestern der urologischen Intensivstation bedeuten die 8 % maximal ca. 100 DM Bruttolohnerhöhung. Und dies angesichts der Tatsache, daß zum 1.1.77 der Preis für das Kantinenessen erhöht worden ist, ebenso der Mietzins für die Klinikwohnheime und der Preis für die Kindergartenplätze. Der Stadtrat hat die Gebühren für die Stadtreinigung und die Schwimmbäder erhöht, für April plant er die Erhöhung der Busfahrpreise. Die Steuern für Zigaretten und Branntwein sind erhöht worden. Noch ein Prozent mehr vom Lohn will die Regierung, indem sie die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung auf 4 % anheben will. (...) Die 8 %-Forderung bringt die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen an den Rand des Existenzminimums, während sie die ‚Leistungen' der hohen Staatsbeamten und Dienstaufsicht honoriert. Für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen wird der Lohn auf den Normalarbeitstag nicht mehr ausreichen und der niedrige Lohn wird zum Instrument für die Abpressung von Überstunden und Mehrarbeit. Deshalb halten wir an unserer richtigen Forderung fest."

Gleichzeitig mit dem Antrag an die ÖTV-Kreisdelegiertenversammlung am 22.1. und die ÖTV-Vertrauensleute hat die Belegschaft der Stationen 14-3 und 14-4 den Personalrat der Nervenklinik aufgefordert, den Beschluß der Großen Tarifkommission abzulehnen und eine Personalversammlung zum ersten Verhandlungstag einzuberufen.

Mit der Argumentation, der Personalrat könne sich nicht in gewerkschaftliche Fragen einmischen und das Personalvertretungsrecht verbiete eine Stellungnahme, hatte die Mehrheit des Personalrats einen entsprechenden Antrag klassenbewußter Personalräte bisher abgelehnt. Jetzt gibt es Druck von der gesamten Belegschaft: „Wozu, denkt er, ist er sonst da, als unsere Interessen zu vertreten." Die Ruhe, die sich die Bourgeoisie durch die Sozialdemokraten hat herstellen lassen wollen, kann nicht eintreten. Im Gegenteil, der Streik wird vorbereitet. – (mb, Zelle Universitätskliniken Göttingen)

Kiel. Am 19.1. nachmittags fand die Sitzung der ÖTV-Mitglieder am Arbeitsamt Kiel statt. Kurz zuvor war der Beschluß der Großen Tarifkommission vom Vormittag in den Nachrichten zu hören gewesen. Gegen den Widerstand der Sozialdemokraten vom Abteilungsvorstand und von der Kreisverwaltung beschloß die Mehrheit der 30 Versammelten einen Antrag, in dem hervorgehoben wird, daß sie eine Festgeldforderung von 170 DM plus Urlaubsgeldvorschläge des Hauptvorstands für notwendig hielten. Weiterhin sprachen sie sich gegen ein neues Schlichtungsabkommen aus und forderten, daß die Große Tarifkommission so schnell wie möglich in die Verhandlungen gehen und Protestmaßnahmen am ersten Verhandlungstag beschließen soll. Viele sind sich darin einig, daß dieser Beschluß jetzt am Arbeitsamt als Plakat an gut sichtbarer Stelle aufgehängt wird.

Hamburg. „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" für Lehrer. In Hamburg werden zum Februar 1977 jetzt 70 Teilzeitstellen für Lehrer als „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" angeboten – 33 neugeschaffene und 37 seit Juli 1976 bestehende Stellen, die verlängert werden. Diese Stellen bedeuten Beschäftigung außerhalb von Tarifrecht und -lohn auf ein halbes Jahr befristet, Unterrichtstätigkeit mit Kindern ausländischer Arbeiter ohne jegliche besondere Ausbildung.

Die Gelder für diese „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" stammen aus der Arbeitslosenversicherung, das heißt aus den Beiträgen der Arbeiter und Angestellten: der Staat zahlt keinen Pfennig. Der bürgerliche Staatsapparat verfügt über die Gelder, die die Arbeiterklasse eingezahlt hat, damit sie durch die Arbeitslosigkeit nicht gezwungen ist, zu den miesesten Bedingungen anzunehmen und so den Kampf gegen Rationalisierung, Verlängerung und Verdichtung des Arbeitstages zu schwächen. Die „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" sind daher gerade ein solches Spaltungsinstrument. Durch die „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" wird in den Kampf der Lehrer gegen Mehrarbeit, Besoldungsrückstufungen etc. ein Spaltkeil hineingetrieben. Da arbeitslose Lehrer kein Arbeitslosengeld erhalten, bleibt ihnen oft nichts anderes, als auch solche Bedingungen wie bei den „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" anzunehmen.

Gegen die „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" hatte es im August 1976 großen Widerstand unter den betroffenen Arbeitslosen gegeben. Ca. 20 von ihnen stellten Forderungen auf nach Eingliederung der „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" in BAT IIa (was dem Lehrergehalt entspricht) und Bezahlung aus Staatsmitteln statt aus der Arbeitslosenversicherung.

Überstunden „im Interesse der Wissenschaft" abgelehnt

Hamburg. Im Max-Planck-Institut für Metereologie sind zur Zeit etwa 35 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Da sich das Institut im Aufbau befindet – die endgültige Belegschaftsgröße von knapp 50 Beschäftigten soll im nächsten Jahr erreicht werden – ist es bisher noch nicht von der Personaleinsparungswelle erfaßt worden.

Aufgabe des Instituts ist die Untersuchung großräumiger Wetterveränderungen. Dazu werden regelmäßig Expeditionen mit Forschungsschiffen durchgeführt, um Messungen über dem Ozean zu machen.

Der Kern der Belegschaft ist bei Institutsgründung von einem Institut der Fraunhofer-Gesellschaft, einer vom Verteidigungsministerium getragenen Forschungsgesellschaft, übernommen worden. Diese Kollegen haben schon eine mehrjährige gemeinsame Erfahrung im Kampf um ihre Arbeitsbedingungen. Regelung der Arbeitszeit, der Arbeitsorganisation, der Überstunden: Das alles sind für sie „vertraute Themen". Durch den Ausbau des Instituts bildet dieser Kern jetzt aber zunehmend die Minderheit. Der Zusammenhalt der Belegschaft muß in gemeinsamer Erfahrung erst neu aufgebaut werden. Offensichtlich will die Institutsleitung diese Situation dazu nutzen, die Belegschaft an die Interessen der Dienstaufsicht zu binden. Deshalb veranstaltete sie am Mittwoch der vergangenen Woche eine große Institutsversammlung, auf der über die nächsten geplanten Arbeiten berichtet werden sollte.

Wohin die Sache laufen sollte, wurde schon aus den einleitenden Worten von Dr. Augstein deutlich. Statt über die geplanten Arbeiten und ihre praktische Durchführung – Arbeitsaufwand, erwartete Überstunden usw. – zu reden, philosophierte er über die entfremdung der Arbeit. Er erzählte von einem Schuster des Mittelalters, der für einen Kunden ein Paar Schuhe herstellt, um dann zu erklären, daß mit der Einführung der Arbeitsteilung und der Kooperation verschiedener Arbeiter miteinander zwar alles schneller geht, aber eben auch „entfremdet" ist. Das sei leider nicht zu ändern und leider auch die Wurzel des Marxismus.

Diese durchsichtige Philosophie, die weder Hand noch Fuß hat, ließen die Beschäftigten schweigend vorüberziehen. Es ist auch absolut lächerlich zu behaupten, Arbeitsteilung an sich sei gleichbedeutend mit Entfremdung (Augstein: „Der Mangel an Information an sich über den Sinn der eigenen Tätigkeit ist der natürliche Ablauf zwischen Menschen in so einer Institution."). Arbeitsteilung hat es schon gegeben, bevor der Arbeiter seine Arbeitskraft verkaufen mußte, um leben zu können, und auch im Sozialismus werden die Menschen nicht dazu übergehen, Schuhe nur gegen Einzelbestellung im Handwerksverfahren herzustellen, um damit die Entfremdung der Arbeit aufzuheben. Im Gegenteil, die Vorteile der industriellen Produktion werden im Sozialismus erst wirklich zur Geltung kommen; denn dann wird der Mensch die Maschine anwenden und nicht mehr die Maschine den Menschen.

Das war jedoch nur die Einleitung Nr.1. Einleitung Nr.2 ging nach der Melodie: Wir haben ja alle dasselbe Ziel. „In einem wissenschaftlichen Institut wird nicht für den Profit gearbeitet" – warum also sollte es zu Meinungsverschiedenheiten kommen? Institutsdirektor Hasselmann: „Ziel ist es, jedem eine Identität mit der Forschung hier zu vermitteln." Auch diese Einleitung wurde noch schweigend hingenommen. Dann drängte die Versammlung darauf, die Planung für die Arbeiten zu erfahren. Augstein nannte die geplanten Expeditionen der nächsten Jahre. Er wurde nach der Anzahl der Teilnehmer für die Expedition JASIN 78 gefragt. Antwort: Sieben, davon einer für die Bedienung des Elektronenrechners. Auf den Einwand, auf einem Schiff sei 3-Wachen-Betrieb nötig, und einer allein könne nicht 24 Stunden vor dem Rechner sitzen, sagte Augstein, der Rechner solle nur 8 Stunden am Tag in Betrieb sein. Darauf der Einwurf: „Das kennen wir, acht Stunden Wachdienst, und wenn dann mal was nicht läuft, 16 Stunden Reparatur dazu." Woraufhin Augstein sich veranlaßt sah, etwas „klarzustellen": Bei der Personalplanung für JASIN 78, so sagte er, wird selbstverständlich davon ausgegangen, daß die gesetzlich erlaubte Höchstzahl an Überstunden überschritten wird; wem das nicht paßt, der „gehört nicht an das Institut."

Nun war es mit der Ruhe vorbei. Einer sagte, das sei nicht das erste Mal, daß er zu hören bekommen habe, man solle sich „im Interesse der Wissenschaft verschleißen." Ein anderer erinnerte Augstein daran, daß nach seinem Bericht auf der Expedition der Verlust wissenschaftlicher Instrumente im Wert von 200 000 DM bewußt mit eingeplant sei, um auch bei Sturmwetterlagen Messungen zu erhalten. Wenn es aber darum gehe, einen Techniker mehr für den Rechner vorzusehen, werden stattdessen Überstunden angesetzt. Sind die Instrumente wichtiger als die Menschen? Der Betriebsrat fragte, wieso die Institutsleitung eigentlich erwarte, daß er so einer Expeditionsplanung zustimmen könne.

Diese Debatte war allerdings nicht der Zweck der Versammlung, jedenfalls nicht der von der Institutsleitung beabsichtigte. Direktor Hasselmann erklärte deshalb schleunigst, das Problem sei ohnehin nicht lösbar, da bei der Abfassung der Überstundenbestimmungen das „Interesse der Wissenschaft" nicht berücksichtigt worden sei. Augstein rechtfertigte die Expeditionsplanung damit, daß der Gesetzgeber, hätte er ein spezielles Gesetz für ozeanographische Expeditionen gemacht, „das Gesetz schon richtig gemacht hätte." Gegen den erklärten Wunsch der Kollegen wurde die Versammlung vorzeitig beendet.

Der Plan, die „Identität mit der Forschung zu vermitteln", ist nicht aufgegangen. In der anschließenden Diskussion meinte einer: „Es muß ein erhebendes Gefühl sein, auf dem Flaggschiff der westdeutschen Forschung Überstunden machen zu dürfen."

Die Institutsleitung hat weitere derartige Versammlungen angekündigt. Man darf gespannt sein, welche weiteren Übertretungen von Gesetzes- und Tarifvorschriften „im Interesse der Wissenschaft" noch nötig sein werden. – (mt)

Westberlin. In einem einstimmig angenommenen Antrag des Vertrauensleutekörpers Schöneberg an den Bildungsausschuß des ÖTV-Landesverbandes Westberlin wird die Durchführung einer Filmveranstaltung für den Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika gefordert. In dem Antrag heißt es unter anderem: „Der Befreiungskampf der Völker im Südlichen Afrika macht große Fortschritte, bedarf aber auch politischer und materieller Unterstützung. Die Gewerkschaften, als elementare Organisation der Lohnabhängigen, haben die Aufgabe, diese Unterstützung voranzubringen." „Diese Solidarität hat ihre Grundlage im gemeinsamen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung rund um den Erdball."

Bundesbahnausbesserungswerk Neumünster „Verluste der Bundesbahn kleiner als erwartet", schrieb die bürgerliche Presse kürzlich zum vorläufigen Rechnungsabschluß für das Jahr 1976, den der Vorstand der Bundesbahn dem Verwaltungsrat vorgetragen hatte. Möglich sei dies geworden durch Verringerung der Beschäftigtenzahl um 18 600 von Ende 1975 bis Ende 1976, innerhalb von zwei Jahren um 41 000 auf jetzt 390 000 (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.1.77).

Auf der letzen Personalversammlung des Bundesbahnausbesserungswerks Neumünster erklärte Direktor Notzold, die zentrale Werkstättenkommission habe für das BAW Neumünster statt 1 000 Beschäftigter jetzt nur 925 vorgesehen. Der natürliche Personalabbau betrage 1977 aber nur 6 Mann (für die, welche in Rente gehen, kommen welche von der Bundeswehr zurück). „Man" müsse überlegen, wie „man" das ändern könne; denn vergiften könne „man" ja keinen. Das bedeutet natürlich Entlassungen. Gleichzeitig soll das Gedinge (Akkord) jährlich um 1 % gesenkt werden. Die Schieber sollen „freiwillig" 1 % weniger abgeben. Dagegen setzen sich einige Kolonnen zur Wehr. Die BAW-Leitung schickte die Stopper. Die Arbeiter haben die gestoppten Zeiten nicht überall anerkannt.

Bis 1979 soll die Beschäftigtenzahl um weitere 19 000 verringert werden. Die Bundesbahn bleibt jedoch weiterhin eine Quelle der Bereicherung für das Finanzkapital durch Zinszahlungen. Im letzten Jahr sind sie weiter gestiegen auf 2 Mrd. DM. Eine neue Bundesbahnanleihe mit einem Gesamtvolumen von 900 Mio. DM wird jetzt mit 7 % Verzinsung herausgegeben.

Arbeitsdienst für arbeitslose Jugendliche geplant. Im Passauer Bistumsblatt wird der Arbeitsdienst als „nicht ganz abwegig zur Verhinderung der Gefährdung der Jugend" bezeichnet. Der Direktor des Arbeitsamtes Hannover versicherte im NDR, daß „man" sich „in den Spitzen der Regierung und der Bundesanstalt für Arbeit ernsthafte Gedanken" über einen solchen Arbeitsdienst macht.

Arbeitsdienst, mit dem man die Jugend der Arbeiterklasse politisch ganz entrechten kann, statt Lohn nur noch „Unterhaltsgeld" zahlt, mit offener Gewalt Jugendliche in die schrankenlose Ausbeutung zwingen kann, das ist so recht im Interesse der Kapitalisten.

Braunschweig. Bei Siemens haben sich in diesem Jahr 800 Jugendliche für die Ausbildung in elekro- und metallverarbeitenden Berufen beworben. Eingestellt wurden 70. Diese 70 wurden ermittelt mit einem sogenannten psychologischen Test. Besonders wurde geprüft, wie lange der Jugendliche stumpfsinnige Dauerbelastung ertragen kann (endlose Zahlenketten mußten dazu addiert werden), wie es mit der Fingerfertigkeit aussieht und wie schnell er Sortierarbeiten ausführen kann (Zuordnen von Körperausschnitten).

Als Mittel, um die Arbeiterjugendlichen abzurichten zum willenlosen Lohnsklaven, werden alle Tätigkeiten, das Verhalten und die „Ordnung" zensiert: Kommt man morgens zu spät, gibt es eine Vier, passiert das häufiger, folgt eine Eintragung in die Personalakte. Alle Arbeiten werden nach „Arbeitsgüte" und „Zeitaufwand" bewertet. Klausuren müssen im betrieblichen Zusatzunterricht geschrieben werden. Die Eltern müssen die Beurteilungen gegenzeichnen und sollen Druck auf ihre Kinder ausüben. Als jetzt noch ein einheitliches Beurteilungssystem für alle Siemenswerke eingeführt werden sollte, in dem „das Verhalten im persönlichen Kontakt" (z.B. „ist meist unzugänglich für Anweisungen") benotet werden sollte, haben die Auszubildenden des 2. und 3. Lehrjahres die Jugendvertretung aufgefordert, das Beurteilungssystem abzulehnen.

Hamburg. Mitte Januar fanden die Gesellenprüfungen für das Stahlbetonbauhandwerk statt. In einer Klasse sind von 18 9, in der anderen von 9 5 durchgefallen. Die Kapitalisten haben die Auszubildenden als billige Arbeitskraft eingesetzt. Sie haben Interesse an Arbeitern, die ausgebildet sind, aber für die sie nicht Fach-

Hamburg. Mitte Januar fanden die Gesellenprüfungen für das Stahlbetonbauhandwerk statt. In einer Klasse sind von 18 9, in der anderen von 9 5 durchgefallen. Die Kapitalisten haben die Auszubildenden als billige Arbeitskraft eingesetzt. Sie haben Interesse an Arbeitern, die ausgebildet sind, aber für die sie nicht Fach-
arbeiterlohn zu zahlen brauchen. Deshalb lassen sie die Hälfte der Auszubildenden in der Prüfung durchfallen und bieten ihnen dann großzügig einen Arbeitsplatz an, bei dem sie nicht Facharbeiterlohn bekommen, aber als Facharbeiter eingesetzt sind.

Die Ausbeutung der Auszubildenden im Bauhandwerk hat ein großes Ausmaß erreicht: Akkordarbeit ist an der Tagesordnung: „Wir waren zu zweit auf einer Baustelle und mußten für die Kolonne einen Satz von 160 % erbringen, jeder 80 %. Diese 160 % wurden der Kolonne abgezogen. Der Chef hat sie eingesteckt. Wir haben nichts bekommen. Die Arbeiter mußten uns immer antreiben, damit sie das Geld, was sie vorher hatten, auch weiterhin erhalten." – (hl, KJB Hamburg)

20-Millionen-DM-Lüge

Bei fast jedem vierten Hamburger Schüler wurden 1975 körperliche Schäden festgestellt: Haltungsfehler, Rückgratverkrümmungen, Fußfehler, Verkrüppelungen. Von allen anderen Krankheiten abgesehen, waren zum Zeitpunkt der Untersuchung 12 000 Schüler akut erkrankt, die Gesundheit von 155 Kindern dauerhaft zerstört. Keine andere Krankheit wirkt derart nachhaltig auf die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen. 1973 ist fast jedes vierte Kind unter 15 Jahren, das über seine Eltern in der AOK krankenversichert ist, zeitweise aufgrund körperlicher Gebrechen krankgeschrieben. 1970 war es noch jedes zwölfte Kind. In den Allgemeinen Ortskrankenkassen sind ausschließlich Lohnabhängige versichert. Im gleichen Zeitraum steigt ebenfalls die Zahl der Säuglinge, die verkrüppelt zur Welt kommen und das erste Lebensjahr nicht überleben. 1970 starben 42 von 1 000 Lebendgeborenen an „angeborenen Mißbildungen", 1973 bereits 46. Die Krankheits- und Sterbeziffern der Arbeiterbevölkerung steigen, weil es der Bourgeoisie gelungen ist, den Lohn zu senken, durch dessen Höhe der Zugang des Arbeiters zu menschlichen Lebensbedingungen bestimmt ist, weil die Zahl der Sozialhilfeempfänger rapide gestiegen ist, weil noch mehr Arbeiterfamilien in noch kleinere und engere Wohnungen ziehen mußten, weil die Qualität der Ernährung weiter abnahm, weil die kapitalistische Produktionsweise die natürlichen Lebensbedingungen, Luft und Wasser, noch weiter zerstörte. Das ist so sonnenklar, daß die Bourgeoisie 20 Millionen DM als Preis für eine wissenschaftlich verbrämte Lüge ausgesetzt hat. Das Ergebnis kam neulich im Fernsehen: „Männer, die mehr als 10 Zigaretten am Tag rauchen, gefährden ihre Nachkommen. Eine Untersuchung der Deutschen Forschungsgemeinschaft ... hat ergeben, daß nicht nur werdende Mütter durch Rauchen ein gesundheitliches Risiko für ihre Kinder schaffen, sondern auch die Väter." (ARD-Tagesschau, 19. Januar)

Zeugniskonferenzen und Zeugnisverbrennungen

Bäckerlehrlinge fordern Anerkennung der Einheitsnote / Zeugniskonferenz: „Zwei Drittel der Klasse stören"

Seit 10 Wochen verweigert die Schulleitung der Gewerbeschule 11 in Hamburg einer Abschlußklasse von Bäckerlehrlingen ihre Zeugnisse (vgl. Bericht in der KVZ 51/76), weil der Politiklehrer Diel allen Schülern eine „2" in Politik gegeben hatte.

Die Schulleitung und die Behörde haben durch Hinauszögern der Zeugnisse vergeblich versucht, diese gewonnene Einheit wieder zu zerstören. Das Gegenteil ist inzwischen eingetreten. Der Politiklehrer hat sich mit einem Brief an die Eltern der Bäckerlehrlinge gewandt und sie über die Begründung für die Einheitsnote informiert. In Telephongesprächen mit der Mehrzahl der Eltern kam heraus, daß sie alle einverstanden waren mit der Einheitsnote.

Schulleitung, Klassenlehrer Kühn und die Behörde sind jetzt arg durcheinander. Kühn hat in einem Schreiben an die Behörde die Entlassung des Politiklehrers aus dem Hamburger Schuldienst gefordert. Die Behörde hat darauf noch nicht reagiert. Während der erneuten Klassenkonferenz am 11.1.77 soll Kühn sogar Schulleiter Krebs angeschrien haben, ihm und der Behörde mangele es an „Führungskraft"! Krebs setzte durch, daß die ursprünglichen und dann vom Lehrer Diel zurückgezogenen Notenvorschläge als gültige Noten beschlossen wurden. Das war voreilig. Obwohl sich Krebs auf „Kapazitäten" wie die Oberschulräte Immelmann und Willrodt berufen hat, hob die Rechtsabteilung der Behörde wenige Tage später bereits den Beschluß wieder auf, weil nicht über einzelne Schüler, sondern über alle auf einmal abgestimmt worden ist. Die Behörde hält also hartnäkkig am Notensystem fest, kommt dabei aber immer mehr ins Schleudern.

Die Eltern und Schüler haben inzwischen das ewige Hin und Her zwischen den Lehrern satt. Vier Eltern und drei

über alle auf einmal abgestimmt worden ist. Die Behörde hält also hartnäkkig am Notensystem fest, kommt dabei aber immer mehr ins Schleudern.

Die Eltern und Schüler haben inzwischen das ewige Hin und Her zwischen den Lehrern satt. Vier Eltern und drei

Schüler haben am 18.1.77 einen Elternabend mit dem Thema „Einheitsnote in Politik" für Mittwoch den 26.1.77 einberufen. In dem Brief an die Eltern der Klasse heißt es: „Wir sind der Meinung, daß die von dem zuständigen Politiklehrer erteilte Einheitsnote akzeptiert werden muß. Wir sehen überhaupt gar keine Gründe, die dagegen sprechen ... Die Abschlußzeugnisse unserer Söhne und Töchter sind inzwischen seit über 10 Wochen überfällig! Angesichts dieser Zustände halten wir es für dringend erforderlich, daß auf einem Elternabend (mit Anwesenheit der Schüler) die Lehrer und die Schulleitung uns Rechenschaft ablegen über das, was sich bisher mit den für unsere Kinder wichtigen Abschlußzeugnissen hinter unserm Rücken ereignet hat."

Am 19.1.77 fand die dritte Klassenkonferenz gegen die Einheitsnote statt. Dieses Mal sollte der Politiklehrer für jeden einzelnen Schüler aufgrund seiner „Unterlagen" die Noten begründen. Das Angebot, die Begründung für die Einheitsnote eben 17 mal vorzulesen, wurde von Klassenlehrer Kühn und Schulleiter Krebs abgelehnt. So hatten sie das nicht gemeint. Große Hektik soll entstanden sein, als der Politiklehrer die Chemie-Noten von Kühn anzweifelte, weil herausgekommen war, daß er innerhalb von vier Wochen nur 1 oder 2 Stunden Unterricht gegeben hatte, trotzdem in der üblichen Differenzierung gegeben hatte, manche Schüler sich sogar verschlechtert hatten gegenüber dem letzten Blockunterricht. Die Konferenz wurde sehr schell abgebrochen. – (v, Hamburg)



Mit diesem Plakat sah sich die bei den Schülern verhaßte Lehrerin Engelmann an der Hamburger Gewerbeschule 11 konfrontiert.

In Bremen haben Schüler der 8. Klasse des Schulzentrums Ellener Feld auf dem Schulhof ihre Hefte und die Klassenbücher verbrannt. Die Feuerwehr mußte anrücken.

Am Ratsgymnasium in Osnabrück wurden sämtliche Klassen- und Kursbücher sowie Zeugnislisten von den Schülern in einer organisierten Aktion geklaut.

Am selben Tag hat der Kommunistische Jugendbund auf dem Schulhof eine Kundgebung gegen das Notensystem durchgeführt.

Mit diesem Plakat sah sich die bei den Schülern verhaßte Lehrerin Engelmann an der Hamburger Gewerbeschule 11 konfrontiert.

In Bremen haben Schüler der 8. Klasse des Schulzentrums Ellener Feld auf dem Schulhof ihre Hefte und die Klassenbücher verbrannt. Die Feuerwehr mußte anrücken.

Am Ratsgymnasium in Osnabrück wurden sämtliche Klassen- und Kursbücher sowie Zeugnislisten von den Schülern in einer organisierten Aktion geklaut.

Am selben Tag hat der Kommunistische Jugendbund auf dem Schulhof eine Kundgebung gegen das Notensystem durchgeführt.

Zeugniskonferenz einer 8. Hauptschulklasse:

Im Mittelpunkt stand das „Arbeits- und Sozialverhalten" der Schüler. Der Klassenlehrer legte seiner Beurteilung folgende Kriterien zugrunde: Der Schüler stört unerträglich/stört häufig/wenig/nicht, Fleiß, Befolgung von Anweisungen, Vergeßlichkeit, Arbeitshaltung. Da der Unterricht in der Regel nicht im Interesse der Schüler und langweilig ist, kam heraus, daß zwei Drittel der Klasse in irgendeiner Form nach Meinung des Lehrers stören. Zwei Schüler, die besonders häufig den Unterricht störten, wurden für eine Woche vom Unterricht ausgeschlossen. Begründung des Rektors: Die Klasse müsse vor solchen Schülern geschützt werden. Als einige Lehrer den Klassenlehrer wegen seiner Eintragungen ins Zeugnis kritisierten, meinte er: Das Abschlußzeugnis der H 8 müssen die Schüler den Kapitalisten vorlegen, um eine Lehrstelle zu bekommen. Er wolle ihnen rechtzeitig zeigen, worauf es den Kapitalisten ankäme. Aus dem gleichen Grund bekamen sechs Mädchen in Physik eine fünf. Ihre ungenügende Leistung bestand darin, daß sie kein Interesse am Unterricht zeigten und Arbeiten zum Teil verweigerten. Solche Jugendliche kann natürlich kein Kapitalist gebrauchen. Damit Schüler, die den Hauptschulabschluß nicht bekommen werden, besser für die Kapitalisten einsetzbar sind, wurde besprochen, ob sie nicht in Werkklasse 8 oder 9 umgeschult werden. Dort lernen Sie einige Grundfertigkeiten der Produktion und können als jugendliche Hilfsarbeiter sofort voll in die Produktion gesteckt werden.

setzbar sind, wurde besprochen, ob sie nicht in Werkklasse 8 oder 9 umgeschult werden. Dort lernen Sie einige Grundfertigkeiten der Produktion und können als jugendliche Hilfsarbeiter sofort voll in die Produktion gesteckt werden.

„Umlenken der Reserven"

... weg von den Hochschulen, hin zur Berufsbildung

Der Leiter der bildungspolitischen Abteilung im Deutschen Industrie- und Handelstag, Erb, kritisierte auf der Vollversammlung der IHK die „falsche Bildungspolitik":

„Die Bildungspolitik war lediglich eine Bildungsexpansion nach dem Motto: Mehr Bildung durch längeren Schulbesuch an Gymnasien. (...) Diese Politik ging auf Kosten der Hauptschule, der Berufsschule, des beruflichen Schulwesens insgesamt." Er fordert deshalb im Auftrag der Kapitalistenklasse vom Staat: „Umlenkung der Reserven, weg von den Hochschulen und hin zur Berufsbildung im weitesten Sinne. (...) Eine ideell und institutionell an der Arbeits- und Berufswelt orientierte Bildungspolitik kann in Verbindung mit einer Neubewertung von Abschlüssen, Berechtigungen und faktischen statt offizieller Fähigkeiten eine Auflockerung der spannungsgeladenen Situation und Perspektive bewirken." (Wirtschaft, Osnabrück-Emsland, Mitteilungen der IHK, Nr. 10/76)

Zur Einleitung der imperialistischen Bildungsreform, um die Last der Ausbildung aus dem Betrieb herauszudrücken, war es zunächst erforderlich, daß die Jugendlichen länger die Schule besuchten. Gleichzeitig ist mit der Bildungsreform das Bildungssystem weit auseinandergespreizt worden, so daß die Möglichkeit geschaffen wurde, in einer raschen Folge Jugendliche als billige Arbeitskraft auf den Arbeitsmarkt zu werfen. Dies imperialistische Bildungsreform muß sich voll entfalten, will die imperialistische Bourgeoisie ihre Expansionspläne verwirklichen.

Dazu muß ein entscheidender Einschnitt im Lohnniveau stattfinden. Die Länge der Schulzeit und die Qualität der Ausbildung sind Bestandteile des Werts der Arbeitskraft.

Die Schulzeit soll verkürzt werden: Das 13. Schuljahr am Gymnasium soll wegfallen.

„In den europäischen Nachbarländern werden vergleichbare Schulen durchweg bis zur 12. Klasse besucht. Der Abbau der 13. Gymnasialklasse würde daher zur Vereinheitlichung auch auf diesem Sektor beitragen." (Schulentwicklungsplan Hannover, 1972)

Das 10. Schuljahr für Hauptschulen soll nicht eingeführt werden.

„Mit der Entscheidung, vordringlich das Vorschuljahr einzuführen, tritt zwangsläufig die ebenfalls diskutierte Einführung eines 10. Schuljahres in der Volksschule in den Hintergrund." (Schulentwicklungsplan Hannover, 1972)

Geplant ist, die Hauptmasse der Schüler in die Sonder-, Volks- und Realschulen zu zwängen und gleichzeitig die Schülerzahlen für das Gymnasium abzubauen.

Auf den Sonderschulen sind 1970 5,5 % (3 161) aller Schüler in Hannover, bis 1980 müssen es 8 % werden. (Schulentwicklungsplan)

In Schleswig-Holstein waren 1960 7 200 Schüler auf der Sonderschule, 1976/77 21 800, im Bundesgebiet 1960 141 888, 1976/77 406 330 (betrifft: Erziehung, Nr. 12/76).

Der Übergang von der Hauptschule aufs Gymnasium soll von 35 % auf 31 % gesenkt werden.

Mehr Schüler sollen ohne einen Abschluß die Schule verlassen. Erreicht werden soll, daß wieder mehr Schüler von der Realschule und dem Gymnasium zurückgehen auf die Hauptschule: In den Klassen 7 bis 9 sollen 13 % der Realschüler und 14 % der Gymnasialschüler ausgesiebt werden in die Volksschule (Schulentwicklungsplan Hannover).

Von anfangs 410 Gymnasiasten 1977 sollen nur noch 280 übrigbleiben (Schulentwicklungsplan Hannover).

Das Mittel, um die Masse der Schüler in die Volksschule zu drängen und gleichzeitig die Schulzeit zu verkürzen, ist das Notensystem. Vorprogrammiert wird mit diesen Zahlen, wieviele Schüler jeweils sitzenbleiben müssen und wie schlecht ihre Zensuren sein müssen, damit sie in die Sonder- bzw. Volksschule gedrückt werden können.

Der niedersächsische Kultusminister Remmers will der Forderung der Finanzbourgeoisie nach „Umlenken der Reserven" in Manier des Pädagogen des deutsch-kaiserlichen Imperialismus, Kerschensteiner, („Kopf, Herz und Hand müssen bei dem Volksschüler entwickelt werden") nachkommen.

„Neben die Vermittlung von Kulturtechniken müßten andere Anforderungen treten, die sich intensiv am praktischen Tun in den verschiedenen Sachgebieten zu orientieren hätten" (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 14.1.)

Die Forderung der Arbeiterklasse ist die Einheitsschule, um der Spaltung durch das Notensystem, der Unterdrückung und Verstümmelung der Fähigkeiten der Arbeiterklasse entgegenzutreten und den Klassenkampf um die Schule schwungvoll zu entwickeln. – (bl)

„Hilfen" – zum Beispiel „freiwillige Erziehungshilfe"

Die Akten des Jugendamtes dokumentieren den Gewaltakt des bürgerlichen Staates, die Arbeiterjugend der Ausbeutung und den die Ausbeutung stützenden Rechtsverhältnissen zu unterwerfen:

Das Mädchen A., Kind einer Arbeiterfamilie, ist aus dem Heim gelaufen. Begonnen hat seine Akte mit einem Polizeibericht, der angefertigt wurde, weil A. und ihre Geschwister aus einem Garten Blumen geklaut hatten.

Grundlage des Berichts ist das Ausspionieren der Familienverhältnisse:

„Ein Kleinkind, etwa 16 Monate alt, saß ohne Decke auf dem Fußboden. Ein anderes, etwa vier Jahre älteres Kind, lief draußen dreckverschmiert herum. Das ältere Kind – etwa sechs Jahre – hatte einen Topf in der Hand, in dem es dem jüngsten Kind etwas Brei gekocht hatte. Von dem älteren Mädchen (A.) erfuhr ich, daß die Eltern beide auf der Arbeit in Bochum seien. Der ältere Bruder – neun Jahre alt – sei seit acht Uhr in der Schule.

Am Tatort wollen die Kinder nicht gewesen sein. Feststehen dürfte auf jeden Fall, daß die Eltern der Sorgfalts- und Aufsichtspflicht nicht gerecht werden."

Die Eltern haben den Bruch der Kinder mit den bürgerlichen Eigentumsverhältnissen nicht verhindert – das wird ihnen angelastet. Erstmals werden schärfere Maßnahmen angedroht.

A. hilft der Mutter im Haushalt. Sie versorgt die kleineren Geschwister. Das Gesundheitsamt verwehrt den rechtzeitigen Schuleintritt. Als der Vater stirbt, wird A's Hilfe noch notwendiger gebraucht. Inzwischen in der Schule, muß sie dort häufig fehlen. Grund zur permanenten Überwachung durch Sozialarbeiter. Als die Mutter dann auch noch krank wird, muß A. sie ersetzen. Der Rektor schickt einen Bußgeldbescheid, läßt sie per Polizeigewalt in die Schule schleifen.

„Leider bleibt das Bußgeldverfahren erfolglos."

Es folgt der Versuch des Jugendamtes, die „freiwillige Erziehungshilfe" einzuleiten. Die Freiwilligkeit besteht darin, daß die Familien dazu gebracht werden, freiwillig dem Staat ihre Kinder auszuliefern. Das geschieht in der Regel unter Androhung von Fürsorgeerziehung. Die Mutter lehnt diese Unterdrückungsmaßnahme ab. Der Staat antwortet mit der Ausschulung von A., sie soll jetzt in die Fabrik. Der Staat hofft auf den ökonomischen Zwang der Familie, der den Verkauf von A's Arbeitskraft notwendig macht.

A. rebelliert weiter, indem sie den einzelnen Ausbeutern immer wieder das Ausbeutungsverhältnis aufkündigt. Zu keinem andern Zweck ist für die bürgerliche Klasse aber ihre Existenz notwendig. Er will sie gefügig haben:

„... Die Arbeitsbummelei der Minderjährigen ist sehr bedenklich, denn jede Arbeitsstelle hat sie durch ihr eigenes Verschulden verloren. M.E. kann dieser fortschreitende Verwahrlosungsprozeß durch Unterbringung in einem geeigneten Heim aufgehalten werden. Ein Verbleib im Haushalt der Mutter ist nicht mehr länger möglich, da die Gefährdung durch die Mutter für die Minderjährige ganz erheblich ist.

Aus diesem Grunde halte ich es für erforderlich, daß, um einer weiteren Fehlentwicklung und einer weiteren Gefährdung der Minderjährigen begegnen zu können, die Fürsorgeerziehung beschlossen wird. Da Gefahr im Verzuge ist, beantrage ich ferner gleichzeitig gemäß § 67 JWG auch die vorläufige Fürsorgeerziehung zu beschließen",

schreibt der zuständige Sozialarbeiter. A. wird mit dem Polizeiwagen ins Heim verschleppt.

Diese Akte geht über 11 Jahre. Sie wurde geführt von verschiedenen Sozialarbeitern, auch solchen, die die materielle Not der Familie als „Ursachen für bestimmte Defizite" betrachten. A. ist aus dem Heim weggelaufen, ihr Kampfwille ist nicht gebrochen. – (mr, Westberlin)

„Entweder die oder wir!“

Stellungnahme eines Bauern zum Kraftwerk Grohnde

Ich bewirtschafte zusammen mit meiner Mutter einen Hof von 35 ha. Jetzt im Winter arbeite ich 66 Stunden in der Woche, im Frühjahr, Sommer und Herbst sind es mindestens 91 Stunden. In der Erntezeit brauche ich noch zusätzlich eine Halbtagskraft. Im letzten Jahr hatten wir 35 000 DM Einnahmen aus Milch, 17 000 DM aus Getreide und 10 000 DM aus Viehverkauf. Aber die Ausgaben, vor allem für Düngemittel und Unterhalt und Reparaturen der Maschinen und für Schuldzinsen waren so groß, daß 24 000 DM Schulden bei der Genossenschaft stehen geblieben sind. Der Schuldzins bei der Genossenschaft beträgt 14 %. Insgesamt sind bei Banken und bei der Genossenschaft zusammen in den letzten acht Jahren 100 000 DM Schulden aufgelaufen. Das ist ein Viertel des Wertes unseres Hofes. Vor allem die Kosten für die Maschinen fressen den Hof auf. Für zwei Schlepper, einen Mähdrescher-Selbstfahrer und eine Presse mußten wir 130 000 DM bezahlen. Im vergangenen Jahr waren nur 2 800 DM übrig für Maschinenanschaffungen.

In den letzten Jahren haben hier ein Drittel bis die Hälfte der Höfe dicht gemacht. Und zwar die Höfe mit ca. 15 ha. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo es an unsere Hofgröße (35 ha) herangeht. Höfe von 125 ha sind die Peilgröße, um zu überleben. Wir bekommen für das Kilo Fleisch 3,60 DM bis 4,00 DM Erzeugerpreis, im Laden ist das Dreifache noch wenig. Die großen Höfe können die Kosten für die Maschinen aufbringen und sie bekommen als Großabnehmer von der Genossenschaft Sonderpreise. Da gehen unsere Zinsen hin. Die großen Höfe pachten sich das Land von den Bauern, die aufgeben mußten, dazu.

Wer seinen Hof nicht mehr halten kann, muß für Lohn in die Fabrik. Im letzten Sommer stand eine Halbtagskraft nicht zur Verfügung, weil sie bei Westinghouse in Elze Überstunden noch und noch machen mußten.

Über die Auswirkungen des KKW wissen wir noch nichts genaues. Aber die Schadstoffe, die entstehen und verbreitet werden, drücken auf jeden Fall auf die Qualität der Produkte. Die Molkerei hat gerade jetzt eine Einteilung der Milch in verschiedene Qualitätsklassen bekanntgegeben. Wir müssen damit rechnen, daß unsere Milch dann im Klasse III eingestuft wird und dafür gibt es 20 Pfennig weniger.

Ja, „technischer Fortschritt“, das kann man ja auch hier dokumentieren anhand der Kostenaufstellung für unseren Betrieb. Wir müssen den sogenannten technichen Fortschritt bitter bezahlen. So wird das auch mit dem KKW sein, daß uns der sogenannte technische Fortschritt die Möglichkeit nimmt, weiter zu produzieren oder überhaupt zu produzieren. Wir sind nicht gegen den technischen Fortschritt. Entweder die oder wir, da gibt es eigentlich keine Alternative mehr. Entweder machen die ihre Geschäft und wir können die Produktion einstellen oder wir verhindern es. Wenn die ihre Gewinne machen, können wir die Produktion einstellen.

Ich meine, man sollte den Bauplatz ruhig besetzen, denn ich finde, nur das kann noch helfen, sowas zu verhindern.



Hamburg. Am 22.1. 1977 demonstrierten in der Hamburger Innenstadt 8 000 Menschen gegen den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf. Die Demonstration diente der Vorbereitung der Demonstration am 19.2. in Brokdorf, zu der die Bürgerinitiativen aufrufen.

Die Fahrpreiserhöhungen verschärfen den Druck auf die Massen

Die Fahrpreiserhöhungen verschärfen den Druck auf die Massen

„Sie sind dem Häusermeer entflohen und haben ein preisgünstiges Grundstück gefunden. Ihr Häuschen steht in idyllischer Lage, weit ab vom Verkehr. Ein paar Nachbarn ringsum und sonst nur Natur. Alle beneiden Sie. Aus Ihrer anfänglichen Freude wird bald Enttäuschung. Um das Notwendigste einzukaufen, muß Ihre Frau kilometerweit zum nächsten Kaufmann fahren oder Sie bringen es abends aus der nächsten Stadt mit. Selbstverständlich haben Sie ein Auto, denn ohne dem wäre es für Sie schwierig, zum Arbeitsplatz zu kommen. Das nächste öffentliche Verkehrsmittel ist kilometerweit entfernt oder verkehrt nur zweimal am Tage. Anfangs geht es mit dem Auto auch ganz gut, aber dann kommen Sie in die Nähe der Großstadt und sind mitten drin im Verkehrsstau. Stop and go, so verrinnt kostbare Zeit und für Ihre Nerven ist es auch nicht gerade angenehm.“

So kann man in einer Broschüre des Großraumverbandes Hannover die Tatsache lesen, daß durch hohe Mieten und Sanierung immer mehr Menschen aus der Innenstadt Hannovers vertrieben worden sind.

„Wirtschaftsunternehmen, Handel und Verwaltung konzentrieren sich und zogen wie Magnete die Wohnbevölkerung an. Die Städte wuchsen und breiteten sich aus. So war das auch in unserem Raum. Die Stadt Hannover zeichnete zum Beispiel ein großes Wachstum von 1871 bis 1905 und dann wieder von 1950 bis 1961. (...) Durch diese größtenteils unplanmäßige Entwicklung entstanden Probleme: Täglich fahren ca. 220 000 Menschen aus dem Umland in den Kernraum. (...) Statistisch ist damit jeder fünfte Großraumbürger ‚auf der Achse‘.“

So blumig formuliert der Großraum in seiner Glanzbroschüre die Tatsache, daß durch die Zentralisation des Kapitals im Kapitalismus die Arbeiter von den Produktionsstätten getrennt sind. In Hameln gehen bei Telefunken Gerüchte über Entlassungen um, in den Stephan-Werken sollen 200 entlassen werden. Das sind die beiden größten Betriebe in Hameln. Die Arbeiter sind darauf angewiesen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Dazu müssen sie jetzt in den Großraum Hannover fahren.

Als Beispiel das Industriegebiet Stöcken (Conti-Werke und VW-Werke): Von 35 453 Beschäftigten in Stöcken wohnen 67,8 % außerhalb Hannovers. Von ihnen benutzten (Angaben von 1975) Eisenbahn 168, Straßenbahn 477, Linienbus 2 179, Werksbus 2 720, Pkw 13 411, Mitfahrer 3 951, Moped etc. 1 112. In diesem Gebiet gibt es ganze 138 Wohnungen.

Deutlich zeigt das: Die Arbeiterklasse und die Volksmassen sind auf Busse und Bahnen oder auf den Wagen angewiesen, um ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Die Kosten dafür sind fester Bestandteil der Reproduktionskosten der Arbeiterklasse und können nicht einfach eingeschränkt werden. Jeder Groschen Fahrpreiserhöhung wirkt sich direkt auf die Reproduktion aus, geht auf die Wurst, zwingt zum Kauf billigerer, schlechterer und weniger Lebensmittel, bedeutet für die Kinder Kürzung des Taschengeldes. Denn an der Miete, den Heizkosten usw. sind keine Abstriche möglich.

Die Fahrpreise der öffentlichen Verkehrsmittel sind staatliche Monopolpreise. Wie bei anderen staatlichen Monopolpreisen zieht eine Fahrpreiserhöhung durch den bürgerlichen Staat Erhöhungen der anderen Warenpreise nach sich. Der Arbeiter aus Hameln, der wegen Werksschließung inzwischen in Hannover seine Arbeitskraft ausbeuten lassen muß und für den die tägliche Fahrt bislang noch billiger war, wird jetzt verstärkt in Hannover eine Wohnung suchen. Der Wohnungsbaukapitalist in Hannover bereitet jetzt eine Mieterhöhung vor, für ihn steigt die Grundrente, denn er kann auf den Mietpreis jetzt die höheren Fahrpreise aufschlagen, die ansonsten für die tägliche Fahrt nach Hannover zu zahlen sind.

Dieser Gesetzmäßigkeit kann man nicht entgehen durch Kauf eines Autos, auch wenn die miserablen Verkehrsverbindungen und die Fülle in den öffentlichen Verkehrsmitteln viele dazu zwingen. Denn sobald die Fahrpreiserhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln sich allgemein durchsetzen, werden die Versicherungskapitalisten die Kfz-Prämien anheben, die Automobilkapitalisten die Autopreise erhöhen und die Mineralölkonzerne sowie der bürgerliche Staat das Benzin verteuern.

Ein hartnäckiger Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen ist also unbedingt nötig, um der Tendenz der absoluten Verelendung an einem entscheidenden Punkt Schranken zu setzen. Und nur wenn in den gegenwärtigen Tarifauseinandersetzungen 170 DM erstreikt werden, können derartige Erhöhungen aufgefangen werden. – (ms, Hannover)

„Hilfen: Die einmalige Unterstützung“

Die Familie C. gehört zu den 17 Prozent, die „nach der Beratung die Entscheidung“ gefällt haben, daß Frau C. das dritte Kind doch kriegen soll.

Sie sind zwar keine „Sozialhilfeempfänger“, aber ihnen ist gesagt worden, daß nach dem „Sozialhilfegesetz“ § 21 (2) „einmalige Leistungen auch zu gewähren sind, wenn der Hilfesuchende zwar keine laufenden Leistungen zum Lebensunterhalt benötigt, der Lebensunterhalt jedoch aus eigener Kraft nicht voll beschafft werden kann“.

Bisher haben C.s das nicht „in Anspruch genommen“. Jetzt im Winter braucht Frau C. jedoch unbedingt ein paar neue Winterstiefel. Da sind aber die Neuanschaffungen für das Kind. Auf dem Sozialamt erfährt sie:

daß nach § 16 des Sozialhilfegesetzes von einem „Hilfesuchenden, der in Hausgemeinschaft mit Verwandten und Verschwägerten lebt, vermutet wird, daß er von ihnen Leistungen zum Lebensunterhalt erhält, soweit dies nach ihrem Einkommen und Vermögen erwartet werden kann“.

Außerdem wird ihr klar gemacht, daß nach § 2 des Sozialhilfegesetzes „Sozialhilfe (nur) erhält, wer sich selbst nicht helfen kann und keine erforderliche Hilfe von anderen, besonders Angehörigen ... erhält“.

Bei C.s wohnen die Schwiegereltern im Haus. Sie gelten auch als „unterhaltspflichtig“. Nach sorgfältiger Prüfung der Lohnstreifen des Schwiegervaters, stellt Amtsleiter XY fest, daß hier auf die „Heranziehung der Unterhaltspflichtigen verzichtet werden *kann*“, da ein Härtefall vorliegt.

Schwiegervater C. bezieht nämlich auch „Leistungen eines Versicherungsträgers“. Kurzarbeitergeld. Er arbeitet nämlich bei Peine–Salzgitter.

Jetzt muß Amtsleiter XY nach § 3 des Sozialhilfegesetzes „Art, Form und Maß der Sozialhilfe (festlegen), (diese) richten sich nach der Besonderheit des Einzelfalles, vor allem nach der Person des Hilfeempfängers, der Art seines Bedarfs und den örtlichen Verhältnissen“.

Frau C. erhält eine „Belehrung“: Schuhe sind nicht gleich Schuhe. Preise für verschiedene Schuhe sind demnach unterschiedlich. Der Bedarf von Frau XY, ihres Zeichens Gattin des Amtsleiters XY, an Schuhen ist der Art nach natürlich anders als der von Frau C. zum Beispiel. Danach bekommt Frau C. einen Schuhschein ausgehändigt: einen Gutschein, mit dem sie in bestimmten, vom Sozialamt festgelegten Geschäften sich Schuhe kaufen kann. Die Stiefel, die Frau C. auf Gutschein kauft, kosten 80 DM. Der Schein wird von ihr bei Amtsleiter XY wieder abgegeben.

Da tritt erst einmal Funkstille ein. Bald darauf erhält Frau C. Amtsbesuch. Das Sozialamt will sich vor Ort über den tatsächlichen „Bedarf“ an Stiefeln von Frau C. informieren.

In den Tagen darauf bekommmt sie einen Brief.

Nach § 15 des Sozialhilfegesetzes „Hilfe zum Lebensunterhalt in Sonderfällen“ wird die Leistung eingeschränkt.

„Geldleistungen können als Beihilfe oder bei vorübergehender Notlage als Darlehen gewährt werden.“ Frau C. habe trotz Belehrung ein „unwirtschaftliches Verhalten“ gezeigt.

Beim Amtsbesuch in der Wohnung der C.s wurde nämlich festgestellt, daß sich dort noch ein Paar Winterstiefel von der verstorbenen Großmutter von Frau C. befanden. Sie waren zwar zwei Nummern zu groß, aber für Frau C. allemal noch zu nutzen gewesen.

Herr Amtsleiter XY hatte den Besuch in Frau C.s Wohnung veranlaßt, weil ihm bei der Aktendurchsicht der letzten zwei Jahre aufgefallen war, daß in derselben Familie schon einmal eine „einmalige Unterstützung“ „gewährt wurde“.

Jetzt wird Frau C. laut § 92 zu „Kostenersatz bei schuldhaftem Verhalten“ kostenpflichtig gemacht.

Handschellenlyrik

Ich glaube, wir sollten
unabhängig von allen
parteipolitischen Gegensätzen,
unabhängig auch
von der Beurteilung der Kernenergie,
des Pro und Contra,
unabhängig von der Beurteilung
von Einzelentscheidungen
des Bundeskabinetts
und der Landesregierung
uns darin einig sein, daß wir alle
mit äußerster Entschiedenheit
den Versuch,
Demonstrationen aufzubauen und
zu mißbrauchen,
in der durch geplante
Gewaltanwendung
bürgerkriegsähnliche
Verhältnisse in unserem Lande
geschaffen werden,
nachdrücklich verurteilen
und alles tun,
um ihnen entgegenzutreten.

Stoltenberg
(Aus der Bundestagsdebatte vom 19.1.1977)

Bremen. In der dritten Januarwoche wurden die Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen fortgesetzt:

Am Samstag blockierten 250 Menschen erneut die zentralen Straßenbahnknotenpunkt Domsheide, Bahnen und Busse wurden mit den Parolen des Kampfes bemalt. Bürgermeister Koschnicks Villa wurde am hellichten Tage mit der Parole „Koschnick – Räuber“ versehen. Zwei Versammlungen zur Beratung und Beschlußfassung des Kampfes fanden mit jeweils 400 Teilnehmern statt. Dort wurde beschlossen, am 11.2. eine Kundgebung vor dem Rathaus zu veranstalten. An diesem Tag wollen Bremer und westdeutsche Bougeois – unter ihnen auch Schleyer – das traditionelle große Fressen, das Schaffermahl, veranstalten.

Die Lebensbedingungen der Volksmassen gebieten es, den Kampf mit aller Kraft fortzuführen und die Aktionseinheit der Massen herzustellen. Neue Massen werden in die Auseinandersetzung einbezogen: Jetzt forderten die 700 Anwesenden auf der Personalversammlung des Amtes für Jugend die sofortige Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen.

gen: Jetzt forderten die 700 Anwesenden auf der Personalversammlung des Amtes für Jugend die sofortige Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen.

Salzgitter. Die Vertrauensleute der Elektrobetriebe im Stahlwerk Salzgitter haben sich am 12.1. gegen die vom Stadtrat beschlossenen Fahrpreis- und Gebührenerhöhungen ausgesprochen.

Ruinierung der Klein- und Mittelbauern. Obwohl die beiden letzten Wirtschaftsjahre relativ günstig für die Landwirtschaft verlaufen sind und obwohl andererseits viele Bauern gezwungen sind, unter erbärmlichsten Bedingungen weiterzuwirtschaften, da sie keinen anderen Arbeitsplatz finden, sind 1975/76 etwa 4 400 Höfe in Niedersachsen vernichtet worden. Erstmals waren darunter auch zahlreiche Betriebe zwischen 30 und 50 Hektar.

Die folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung in Niedersachsen (einschließlich Bremen) seit 1949 in den verschiedenen Größenklassen.

Veränderung der Zahl der Betriebe in %

Größenklasse	1949–1960	1960–1975	1975–1976
1– 5 ha	–2,7	–3,4	–4,5
5–15 ha	–1,5	–3,7	–4,0
15–30 ha	1,4	–1,1	–2,0
30–50 ha	1,3	3,4	–0,9
über 50 ha	2,1	4,8	3,9
über 100 ha	0	4,2	
Insgesamt	–1,3	–2,4	–3,3

Quellen: Agrarbericht 1976, Materialband; Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung 3/1977

Man erkennt an dieser Tabelle gut, daß zunächst und immer rascher die kleinsten Bauern betroffen waren (die meisten Höfe unter 5 Hektar werden heute von Arbeiterbauern bewirtschaftet). In den 60er Jahren wurden immer mehr Betriebe zwischen 5 und 15 Hektar ruiniert. Die Zahl der Höfe bis 30 Hektar nimmt bis Mitte der 60er Jahre noch zu, zunehmend sind sie aber nicht mehr konkurrenzfähig, die Bauern werden ins Proletariat geschleudert. Jetzt liegt die Grenze zwischen Ruin und weiterer Bewirtschaftung, d.h. weiterer Vergrößerung des Betriebs, bereits über 30 Hektar. (v, Hannover)

Hamburg. In der bürgerlichen Presse wird Propaganda für die Beratungsstellen gemacht: Es hätten jetzt, nach Inkrafttreten des § 218, weitaus mehr Beratungen stattgefunden als vorher. „Hilfesuchende“ sollen auf diese Weise in die Falle der Beratung gelockt werden. Tatsächlich haben die Beratungsstellen ihr Gesicht schon längst verloren:

Seit Januar dieses Jahres ist die „Pro-Familia“-Beratungsstelle in Hamburg-Langenhorn geschlossen. Die „Beratungstätigkeit“ mußte eingestellt werden, weil innerhalb eines halben Jahres nur etwa 10 Frauen eingefangen werden konnten.

Braunschweig Gegen die Stimmen von MSB und SHB, die den AStA stellen und gegen die Stimmen der Juso-Hochschulgruppe beschloß der Studentische Rat der Technischen Universität am Montag nach dem Bundesastentreffen folgende Resolution:

„Der SR der TU weist das ‚Angebot' der Regierung zum BAFöG als unverschämt zurück und fordert ausreichendes Ausbildungsentgelt! Der SR protestiert gegen die Haltung des VDS-Vorstandes, die erforderliche sofortige Einleitung bundesweiter Kampfmaßnahmen durch Einberufung einer außerordentlichen VDS-MV abzulehnen. Das kommt der Annahme des Angebots der Regierung gleich und fällt den Interessen der Masse der Studenten in den Rücken.

Der AStA wird beauftragt, diese Stellungnahme des SR umgehend der Regierung und dem VDS-Vorstand zu übermitteln."

Als Stellungnahme für die Vollversammlung beschloß der Studentische Rat gegenüber der vom AStA erhobenen Forderung: „Die Forderung nach 600 DM BAFöG und 1 200 DM Elternfreibetrag als erstem Schritt zu kostendeckendem BAFöG ist nicht geeignet."

Bonn. In Bonn befinden sich die Medizinstudenten seit Montag, dem 18.1. in einem unbefristeten Streik gegen die reaktionäre Reform der praktischen Ausbildung für die Forderungen der VDS-Fachkonferenz. Von den 1 100 Medizinstudenten beteiligten sich zirka 700 an der Urabstimmung, 490 stimmten für, 200 gegen Streik. Eine Vollversammlung hat stattgefunden, an der sich zirka 700 Studenten beteiligten. Anwesend waren ebenfalls von der nordrheinwestfälischen Landesregierung der Staatssekretär Mondry und Frau Schleicher, Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Jugend und Gesundheit, verantwortlich für das Praktische Jahr. Mit 600 Für- und 58 Gegenstimmen bei 40 Enthaltungen wurde in ihrer Anwesenheit die Fortführung des unbefristeten Streiks beschlossen.

58 Gegenstimmen bei 40 Enthaltungen wurde in ihrer Anwesenheit die Fortführung des unbefristeten Streiks beschlossen.

Hamburg. Auf der Grundlage des Behördenentwurfs für eine neue Lehrerprüfungsordnung wollen die Professoren jetzt den Geschichtsstudenten einen neuen Studienplan verordnen, der über die in der Lehrerprüfungsordnung vorgesehene sechs- bis achtsemestrige Regelstudienzeit hinaus eine weitere Erhöhung der Pflichtveranstaltungen um etwa ein Drittel vorsieht. Weil in den weiteren Fächern der Lehrerstudenten noch ähnliche Anforderungen hinzukommen, wird diese Belastung viele Studenten, wenn sie für ihren Lebensunterhalt arbeiten gehen müssen, zur Aufgabe ihres Studiums zwingen. Die Vollversammlung der Geschichtsstudenten hat am 19.1. beschlossen, gegen den Studienplan in den Streik zu treten. Nach der Vollversammlung zogen 150 Studenten in die Sitzung des Fachbereichsrates, die daraufhin von den Professoren sofort abgebrochen wurde.

TU Clausthal. Am physikalischen Institut der TU Clausthal wurde an einer Rheed-Apparatur zur Untersuchung von Oberflächen, welche Röntgenstrahlen erzeugt, aus Kostengründen die notwendige vorgeschriebene Abschirmung unterlassen – genau an der Stelle, wo ein Student bei den Versuchen und Messungen für seine Diplomarbeit vier Monate mehrere Stunden täglich seinen Kopf hinhalten mußte und so einer Strahlung von 30 - 80 mrem pro Stunde ausgesetzt war. (mrem ist eine Einheit für die Wirkung der Strahlung auf den Organismus. Gesetzlich sind maximal 500 mrem pro *Jahr* zulässig). Direkt über dem Gerät wurde sogar eine Strahlung von 1 000 mrem pro *Stunde* gemessen. Die Apparatur war nicht beim TÜV angemeldet, ebenso wurden die Meßplaketten für die Strahlenbelastung bei den Bedienungspersonen und deren regelmäßige Untersuchung weggelassen. Prof. Bauer, der Institutsleiter, behauptete, erst am Tag der Entdeckung dieser Tatsachen durch die Studenten „von der hohen Dosis" erfahren zu haben. In Prüfungen wo er Studenten auf's Kreuz legen will, weiß er sehr wohl, daß an den Apparaturen verwendeten Elektronenstrahlen gefährliche Röntgenstrahlung erzeugen. Bauer riskiert bei diesen Verstößen jedoch nichts. Nach dem Gesetz handelt es sich nur um eine Ordnungswidrigkeit. Eine Körperverletzung vor Gericht nachweisen wird wegen der Zeitdauer bis zum Auftreten der Schäden und dem erforderlichen Nachweis der ursächlichen Wirkung der fehlerhaften Apparatur sehr schwierig und teuer sein. Der „Gesetzgeber" und Bauer haben dies wohl einkalkuliert. Die Abhängigkeit der Diplomanden von den Professoren (diese setzen die Zeitdauer der Arbeiten fest, entscheiden, ob sie Geld bekommen oder nicht und führen schließlich die Prüfungen durch) ermöglicht, sie monate- bis jahrelang unbezahlt für den imperialistischen Staat arbeiten und teure Apparaturen bauen zu lassen und ihre Gesundheit bewußt zu ruinieren, wenn es Kosten spart. Auf mehreren Versammlungen haben sich die Diplomanden zusammengeschlossen und eine Abschirmung der Apparatur und Untersuchung aller Apparate auf Strahlung durchgesetzt.

VDS-Fachkonferenz Medizin: Urabstimmung über bundesweiten Streik im Sommersemester beschlossen

Vergangenes Wochenende war die VDS-Konferenz der Medizinfachschaften einberufen. Zur Entscheidung stand der Antrag, die Medizinstudenten zu bundesweiter Urabstimmung für Streik gegen die Bedingungen der praktischen Ausbildung aufzurufen: Im Praktischen Jahr, dem letzten Jahr der Medizinerausbildung, sollen die Mediziner in der Klinik vollkommen rechtlos und ohne Bezahlung als Arbeitskraft ausgenutzt werden. Dagegen kämpfen die Medizinstudenten für die Forderungen nach einem Tarif- und Ausbildungsvertrag. Die Erfahrungen mit dem Praktischen Jahr seit seiner Einführung am 1.10.1976 haben gezeigt, wie notwendig es ist, diese Forderungen durchzusetzen. Auf Mediziner-Vollversammlungen in Aachen, Westberlin, Bochum, Bonn, Essen, Frankfurt, Freiburg, Gießen, Göttingen, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Homburg/Universität des Saarlandes, Kiel, Mainz und Ulm wurde deshalb beschlossen und von der Konferenz gefordert, daß zu Beginn des Sommersemesters 1977 bundesweit eine Urabstimmung durchgeführt werden muß über einen Streik, mit dem die Bundesregierung noch im Sommersemester zur Anerkennung des Tarif- und Ausbildungsvertrages gezwungen werden muß.

Dies war die Grundlage für die Beratung der VDS-Fachkonferenz Medizin vom 22./23. Januar in Mainz. Revisionisten und Reformisten versuchten auf der Fachkonferenz verzweifelt, ein bundeseinheitliches Vorgehen der Durchsetzung der Forderungen zu verhindern. Zunächst traten sie mit dem Vorschlag auf, noch in diesem Wintersemester in den unbefristeten Streik zu treten mit dem Hinweis darauf, daß dies in Bonn schon gemacht wird. Dieser Vorschlag der Revisionisten und Reformisten zielte auf direkte Spaltung der Studentenbewegung an den Medizinfachbereichen, die gegenwärtig große Anstrengungen unternimmt und unternehmen muß, um ihre Kraft gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat zu konzentrieren. Durchlöcherung des einheitlichen Vorgehens war ihre Absicht.

Als die Revisionisten und Reformisten mit diesem Manöver nicht durchkamen, änderten die Opportunisten ihre Taktik um 180 Grad. Sie schlugen vor, das ganze auf die von ihnen vorgeschlagenen Aktionen gegen das Hochschulrahmengesetz im Wintersemester 1977/78 zu „orientieren". Damit traten die Opportunisten offen gegen den Kampf für die Durchsetzung der Forderungen auf, weil es „eine Illusion wäre, zu glauben, man könne den Ausbildungs- und Tarifvertrag durchsetzen". Aber auch dieser Versuch, den Kampf gegen den bürgerlichen Staat zu verhindern und im Sande verrinnen zu lassen, schlug fehl. Dagegen wurde beschlossen, bis zum 29.4.77 an allen medizinischen Fakultäten eine Urabstimmung über einen Streik zur Durchsetzung der Forderungen durchzuführen. Entscheiden sich mehr als die Hälfte der medizinischen Fakultäten dafür, wird der Streik ab 2. Mai 1977 bundesweit aufgenommen. Für die bayerischen und schleswig-holsteinischen Fakultäten wird eine Ausnahmeregelung beschlossen, weil dort das Semester später anfängt. – (ca, Kiel)



In Hannover wie an vielen anderen Hochschulorten gingen die Medizinstudenten in der vergangenen Woche mit ihren Forderungen auf Straßen und Plätzen an die Öffentlichkeit. Die völlige Abhängigkeit der Studenten im Praktischen Jahr vom Staatsapparat erfuhr in Hannover ein Medizinstudent: Weil er nicht nur ständig einfachste Hilfsdienste bei Operationen (Haken halten) leisten wollte, wurde ihm vom Chefarzt mit Rausschmiß gedroht und eine förmliche Entschuldigung für dieses unverschämte Ansinnen erzwungen.

„Krankheit ist eine Form abweichenden Verhaltens"

„Krankheit ist eine Form abweichenden Verhaltens"

Medizinische Psychologie und Soziologie sind mit der neuen Approbationsordnung für Mediziner 1970 als Prüfungsfächer eingeführt worden. Dies ist nicht grundlos geschehen. Hier werden den Medizinstudenten bereits in der vorklinischen Ausbildung die bürgerlichen Theorien über die Ursachen der Krankheiten eingebleut. Der zentrale Lernzielkatalog hält bis ins Detail fest, was der Student davon zu wissen hat.

In dem Kurs „Medizinische Psychologie" an der Medizinischen Hochschule Hannover will der Assistent Basler den Studenten beibringen, daß man die Ursachen der Krankheiten nicht in der gesellschaftlichen Wirklichkeit suchen darf. Nicht in der kapitalistischen Klassengesellschaft, in der Ausbeutung der Arbeiterklasse, in der Verelendung der Volksmassen sind die Ursachen zu finden, sondern in der Psyche, in der Seelenverfassung des Einzelnen. (Sei es nun eine „gestörte Mutter-Kind-Beziehung" oder eine „Fehlanpassung an Belastungssituationen".)

Krankheit als abweichendes Verhalten

Besonders deutlich ist der sogenannte „medizinisch-soziologische Ansatz". Von vornherein wird unter Gesundheit der „Zustand optimaler Leistungsfähigkeit eines Individuums für die Erfüllung der Rolle und Aufgaben, für die er sozialisiert worden ist", verstanden. (Kursskript, von Basler herausgegeben, S. 29) „Durch seinen Sozialisationsprozeß hat das Individuum der Gesellschaft erhebliche Kosten bereitet." Die müssen natürlich doppelt und dreifach wieder hereinkommen: „Ist dessen Leistungsfähigkeit durch Krankheit beeinträchtigt, kann es die von ihm erwarteten Rollen und Aufgaben nicht erfüllen". (S. 29)

Die „Rollen und Aufgaben" der Arbeiterklasse bestehen darin, sich ein Leben lang im kapitalistischen Produktionsprozeß vernutzen zu lassen. Dafür wird man in der Schule „sozialisiert". Kaum verhüllt spricht die Medizinsoziologie also aus, daß sie Krankheit und Gesundheit ausschließlich vom Gesichtspunkt der Ausbeutbarkeit der Arbeitskraft betrachtet. Solange sich dieser im Zustand „optimaler Leistungsfähigkeit" für den Kapitalisten befindet, ist der Arbeiter gesund.

Der Kern der medizinisch-soziologischen Theorie besteht in der Behauptung, Krankheit sei eine bestimmte Verhaltensweise, die von dem oben als Gesundheit bezeichneten Zustand abweicht. „Ist Krankheit als Reaktion auf sozialen Druck zu verstehen, kann sie ... als eine Form devianten (abweichenden, Red.) Verhaltens betrachtet werden." (S.30) Die Krankheit unterliege somit den bewußten und unbewußten Wünschen des „Individuums", seiner „Motivation". „Er (der bürgerliche Wissenschaftler Parsons, Red.) meint, daß bei jeder Krankheit in unterschiedlichem Ausmaß motivationale Faktoren beteiligt sind." (S.29) Eine solche Theorie läßt sich dann auf nahezu alle Krankheiten anwenden. So wird im Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung 1976 beispielsweise behauptet, die Arbeitsunfälle seien zu 80 % auf „menschliches Versagen" und auf „Fehlverhalten" zurückzuführen. Manche Arbeiter seien sowieso „psychisch determinierte Unfalltypen" („Unfäller").

Worin sollen die bewußten oder unbewußten „Motivationen" für „Fehlverhalten" der Arbeiter bestehen? Krankheit, so erklären die Herren Wissenschaftler, „dient dem Einzelnen dazu, sozialem Druck auszuweichen und sich sozialer Verantwortung zu entziehen". Die Leute werden also krank, weil sie sich drücken wollen! Diese Unverschämtheit ist nicht neu, sie wird immer hervorgeholt, wenn es darum geht, die Ausbeutung zu verschärfen und die Rechte der Lohnabhängigen zu beschneiden. Die Medizinsoziologie hat es übernommen, diese Behauptung mit dem Geruch der Wissenschaftlichkeit zu umgeben.

Die Ausbeuterordnung zerrüttet die Gesundheit der Massen.

Die Bourgeoisie braucht solche Theorien, denn die Wirklichkeit und die Erfahrungen der Massen sprechen eine deutlich andere Sprache: Es sind vor allem die Bedingungen der kapitalistischen Produktion, die die Gesundheit der Volksmassen unterhöhlen. Bei Westinghouse in Hannover wird seit einem Jahr zehn Stunden täglich gearbeitet, gleichzeitig wird die Arbeit verdichtet. Trotz der Drohung mit der Arbeitslosigkeit steigt der Krankenstand, der schon 1974 und 1975 bei 9,3 % lag. Alle dreizehn Sekunden ereignet sich in der BRD ein Arbeitsunfall, alle sieben Minuten einer mit schweren Folgen, alle zwei Stunden einer mit tödlichem Ausgang. (Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung 1971). Die Lebenserwartung sinkt. Hinzu kommen die Bedingungen, unter denen die Arbeiter ihre Arbeitskraft reproduzieren müssen: Durch Reallohnsenkungen wird das Essen schlechter. Erkrankungen durch die bakterielle Lebensmittelvergiftung z.B. stiegen innerhalb von zehn Jahren um 430 %. Salmonellen können sich vor allem in altem Fleisch ausbreiten. Schlechtere Ernährung erhöht die Anfälligkeit für Infektionskrankheiten, die sich dann auch explosionsartig in Hannover ausbreiten.

Die Medizinsoziologie stellt sich schützend vor die kapitalistische Ausbeuterordnung und macht die „Bereitschaft des Individuums, sich in die Krankenrolle zurückzuziehen" verantwortlich. Damit jedoch nicht genug. Ihre Aufgabe sieht sie ferner in der Erforschung der „Kontrollmechanismen, die die Gesellschaft einsetzt, um die Zahl der Kranken ein vertretbares Maß nicht übersteigen zu lassen." Es steige die „Bedeutung wirksamer Mechanismen, um mit denen fertig zu werden, die einen solchen Rückzug antreten." (alle Zitate nach dem Kursskript.) Bei Westinghouse in Hannover wird das z.B. dadurch versucht, daß die Arbeiter sich jetzt bereits am dritten Krankheitstag vom Vertrauensarzt kontollieren lassen müssen.

Diese Theorien nehmen die Studentenmassen nicht freiwillig auf. In den ersten Kursstunden wurde Basler, der sich als fortschrittlich zu geben versucht, mit so vielen Fragen, Kritiken und Hinweisen auf Widersprüche in seinen Ausführungen überhäuft, daß er in einer Stunde schließlich mit seinem Vortragskonzept überhaupt nicht mehr durchkam. Seitdem besteht er darauf, die erste dreiviertel Stunde eine Vorlesung zu halten, die allenfalls gelegentlich durch Verständnisfragen unterbrochen werden dürfte. Inzwischen hat er diese Vortragsform auf die ganze Stunde ausgedehnt, „um den Stoff zu schaffen".

Zur Unterdrückung des Widerstands hat der bürgerliche Staat die Festlegung der Unterrichts- und Prüfungsinhalte über ein besonderes Institut zentral in die Hand genommen und führt bundeseinheitliche schriftliche Prüfungen durch. Die Reform der Medizinerausbildung wird zunehmend in allen Punkten bekämpft. Zur Durchsetzung ihrer Forderung nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag bereiten die Medizinstudenten gegenwärtig einen bundesweiten Streik vor. – (w, KHG-Zelle Med. Hannover/Red.)

„... kann ich jetzt schon sagen, daß dies eine Fünf wird"

Braunschweig. Durch Vergabe der Zensur Fünf versucht die Professorenreaktion mit vereinten Kräften die Anwendung des dialektischen Materialismus in der Untersuchung der Wirklichkeit zu unterdrücken. In Pädagogik wurde eine Examensarbeit mit Fünf bewertet, da die Arbeit „einseitig" sei und „zu wenig bürgerliche Autoren" hinzugezogen seien. Eine weitere Fünf wurde gegeben für eine Untersuchung über die Verfälschung der Theorien von Marx und Engels in Geschichtsbüchern, die im Unterricht benutzt werden. Begründung des Politik-Dozenten: „Die eigene Position wird nicht problematisiert. Marx und Engels können verschieden ausgelegt werden. Die Aussagen der Arbeit jedoch erheben absolut den Anspruch, die einzig richtigen zu sein. Dogmatisch". Untersuchungsgegenstand und Methode zweier weiterer Examensarbeiten von Mitgliedern des Kommunistischen Studentenbundes wurden vom Politiklehrstuhl mit Bemerkungen zurückgewiesen wie diesen: „Wenn Sie von Ihren Vorstellungen nicht abrücken, kann ich jetzt schon sagen, daß dies eine Fünf wird." Und: „Da werden Sie ins offene Messer laufen." Sofort, als dies bekannt wurde, gingen fünfzehn Kommilitonen unter Hinzuziehung des Fachschaftsrates auf eine Besprechung des Politiklehrstuhls, um dagegen zu protestieren und eine Stellungnahme zu fordern. Aufgescheucht reagierte die Professorenreaktion. Ihr „Wissenschaftspluralismus" erweist sich als das, was er ist: freie Verbreitung aller Theorien, die die Herrschaft der bürgerlichen Klasse als naturgegeben voraussetzen und den Kapitalismus verteidigen. Unterdrückung aller wissenschaftlichen Wahrheiten, die die historische Überlebtheit des Kapitalismus und die Bedingungen seiner Beseitigung zum Inhalt haben. Die bürgerliche Klasse kann den Standpunkt von der „Unerkennbarkeit der Welt" den besitzlosen Klassen nur durch Unterdrückung aufzwingen, weil die Arbeiterklasse und die Volksmassen diese reaktionäre Philosophie ablehnen; denn sie dient dazu, ihnen den Blick dafür zu verstellen, wie sie sich von Ausbeutung und Unterdrückung befreien können. Dementsprechend wurde im KPD-Verbotsurteil nicht nur die Partei der Arbeiterklasse, sondern auch ihre Wissenschaft verboten, indem dort festgestellt wurde, daß der Marxismus-Leninismus „für alle noch so komplizierten ökonomischen und politischen Fragen klare Antworten bereit hält und damit gerade den anspricht, dem diese Sachverhalte sonst schwer durchschaubar sind." Entgegen der Absicht haben diese Unterdrükkermethoden zur Folge, daß sich die „Sachverhalte" erhellen, und die Studentenmassen sich dagegen zusammenschließen. Eine Versammlung von ca. 30 Politikstudenten hat am Montag bei einer Enthaltung die angedrohte politische Zensur der Examensarbeit abgelehnt, dem Fachschaftsrat empfohlen, ein Flugblatt zu erstellen, mit dem über die Vorgänge informiert, und die Studenten zum 31.1. zu Herrn Breit (dem betreffenden Dozenten) mobilisiert werden sollen, um von ihm eine Stellungnahme für die gegebene Note zu fordern. Gleichzeitig soll es beinhalten, daß bei einer Fünf die Studenten bereit sind, weitere Maßnahmen gegen die Zensur zu ergreifen, z.B. einen Warnstreik durchzuführen. In einem weiteren Beschluß hat der Fachschaftsrat Mathematik-Physik an der TU die Androhung einer Fünf verurteilt. – (hb, Braunschweig)

Auseinandersetzung in der Grundausbildung

Kampf gegen Schikane und Wehrsold

Fürstenau. Der Ton in der Grundausbildung in Delmenhorst-Adelheide war mehr „rauh" als „herzlich" (Zitat des Kompaniechefs: „Der Ton bei uns ist rauh, aber herzlich".) Ein Wehrpflichtiger, der betrunken ankam, mußte gleich Strafdienst verrichten: eine Woche Tischdienst, d.h. Reinigung des Mannschaftsspeiseraums. Ein anderer Kamerad kam gleich am zweiten Tag für 24 Stunden in den „Bau".

Er wollte seinen Gruppenführer verhauen. Die Stimmung vieler Kameraden war rebellisch, denn man wurde angeschrien und der Dienstplan fast immer verlängert. Gleich am Tag der Ankunft war Voraus-Einkleidung bis nach 23 Uhr. Bis wir ins Bett kamen, war Mitternacht vorbei – und am nächsten Morgen um 5 Uhr tönte einem ein greller Pfiff und lautes Geschrei durch Mark und Bein, so daß man fast aus den Betten herausfiel. Zum Frühstück, Mittag- und Abendessen mußten wir geschlossen antreten und in einer langen Reihe (wir waren 2 Züge mit je 60 Mann) vor der Kantine antreten. Bis der letzte an die Reihe kam, waren die Pausen schon zu Ende. Bier und andere alkoholische Getränke durfte man auch nicht nach Dienstschluß auf seiner Stube trinken.

Obwohl alle eine ziemlich große Wut im Bauch hatten, machte noch keiner im Unterricht den Mund auf. Man hörte sich das Geschwafel vom Spieß an (oder auch nicht, mehrfach schliefen Kameraden auf den Stühlen ein). Die Hauptsache war, daß man am ersten Wochenende auf alle Fälle aus diesem Scheißladen rauskam und nach Hause fahren konnte.

Am Montag darauf (10.1.) wurden wir vom stellvertretenden Bataillonskommandeur „begrüßt". Er versuchte uns in einer langen, ermüdenden Rede klarzumachen, daß unser Dienen bei der Bundeswehr zur „Verteidigung unseres Vaterlandes" nützlich und notwendig sei. Er hatte erzählt, es sei notwendig, daß die BRD der NATO angehöre, diese habe Kriege verhindert. Ich fragte, warum man dann Manöver durchführe mit Bezeichnungen wie „Donau-Safari", an deren Namen man erkennen kann, in welche Richtung es gerade heute, wo die Befreiungskämpfe der Völker des Südlichen Afrika für die Imperialisten sehr kritisch werden, gehen soll. Zu diesem Punkt äußerte er sich gar nicht mehr.

Als nächstes sprach er über das Recht der Kriegsdienstverweigerung. Wir hatten etwa ein Dutzend Kriegsdienstverweigerer unter uns. Bei einem lief das Verfahren noch, die anderen hatten aufgegeben. Ich griff ihn an, warum man die Kriegsdienstverweigerer mit so vielen Gerichtsverhandlungen und Anhörungen schikaniert. Als letztes meinte er, die meisten von uns würden wohl die Notwendigkeit des Bestehens der Bundeswehr einsehen, nur bedeute diese für uns auch eine gewisse Aufopferung, was nicht jeder gleich einsehen würde.

Schließlich griff ich den Zwang und die Unterdrückung durch den niedrigen Sold an. Alle Kameraden haben geklatscht, was den Stellvertretenden Kommandeur natürlich nicht erfreute. Nun fingen auch andere Kameraden an, ihm „lästige" Fragen zu stellen. Er macht einen Rückzieher mit dem Argument, die Unterrichtszeit sei vorbei. Der Kompaniechef versuchte zu spalten, indem er sagte, die Fragesteller würden den anderen Kameraden die Mittagszeit stehlen.

Abends wurde ich zum Kompaniechef gerufen, der mir mitteilte, er habe einen Marschbefehl für mich. Ich sollte meine Sachen packen und werde nach Fürstenau versetzt. Gründe wurden mir nicht mitgeteilt. (Am Freitag, dem 14.1., sollte in Adelheide die Vertrauensmannwahl sein.) Am nächsten Morgen um 10 Uhr wurde ich zum Bahnhof nach Delmenhorst gebracht. (pp, Fürstenau)

Wehrsold: Unerträgliche Belastung für die Arbeiterfamilien

Hamburg. Unter den Frauen am Band an der Endmontage bei Lumoprint wurde über die Forderung nach Lohnfortzahlung diskutiert, als in der KVZ der Artikel stand „Was die Generäle fürchten, machen wir" und enthüllt wurde, welche Unterdrückung und Schikane der Wehrsold für die Soldaten bedeutet.

Durch die Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse, vor allem durch Lohnsenkung und Jugendarbeitslosigkeit, bleibt kaum noch eine Möglichkeit, den Druck durch den niedrigen Wehrsold durch Zuschuß von der Familie auszugleichen. Die Arbeiterklasse und das Volk sind gezwungen, den Kampf für Lohnfortzahlung aufzunehmen. Das zeigen die folgenden Berichte von 3 Frauen:

Der 19-jährige Sohn einer Arbeiterin ist eben eingezogen worden. Er hat einen Antrag auf Mietzuschuß gestellt, damit er seine kleine Wohnung in Hamburg behalten kann. Bis jetzt hat er noch keinen Bescheid erhalten. Lange kann er nicht mehr warten. Er verfügt über keinerlei Ersparnisse, weil er vorher arbeitslos war und von Sozialhilfe leben mußte. Seine Mutter kann ihn nicht unterstützen. Wir verdienen um die 850 DM im Monat, und eine alleinstehende Frau kann sich gerade selber damit durchschlagen. Entweder stehen dann die Möbel auf der Straße oder die Kollegin ist gezwungen, sie in ihrer 2-Zimmerwohnung unterzubringen.

Eine andere Arbeiterin ist verlobt mit einem Rekruten. Sie spart sich das Brot vom Munde ab, damit sie was Ordentliches zu essen kochen kann, wenn er nach Hause kommt und für das Fahrgeld, damit er öfter kommen kann als nur einmal im Monat.

Eine weitere Arbeiterin hat einen 18jährigen Stiefsohn. Er beendet jetzt seine Lehre und ist letzte Woche gekündigt worden. Er wird keine Arbeit finden, weil er sowieso bald zum Bund muß. Jetzt will er sich verpflichten, damit er mehr Geld kriegt. Die Arbeiterin ist vollständig dagegen, aber was soll sie machen? Unterstützen kann sie ihn nicht. Sie muß mitarbeiten, weil ihr Mann bei Hertie zu wenig verdient und weil sie die Raten für die Elektroheizung abbezahlen müssen.

Die Militärzeitung und die KVZ haben die Frauen mitgenommen und drei weitere haben sie wieder mitgebracht, weil sie die in den Kasernen schon bekommen hatten. – (so, Hamburg)



An der Hamburger Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf beteiligten sich 12 Soldaten in Uniform. Ein Soldat hielt auf der Abschlußkundgebung eine Rede.

Kurpfalzkaserne Speyer

Die Unteroffiziere auf die Seite der Mannschaften ziehen!

Seit Monaten kämpfen die Mannschaften der San-Gruppe der 1./Pionierbataillon 12 für den Dienstausgleich für Zusatzdienste. Von den Un-

ein Nachlassen der Bereitschaft der Jugendlichen zum Engagement festzustellen sei, was sich an sinkenden Verpflichtungszahlen ablesen lasse.", „. . .

es Kampf. Z.B. hatte Hauptmann Schäfer 1./Pionierbataillon 12 den Unteroffizieren und Mannschaftssoldaten folgendes angekreidet: „Jeden Mittag

Eine große Rolle spielt in diesem Kampf der Zusammenschluß um die Forderung nach Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit und die Ein-

Kurpfalzkaserne Speyer

Die Unteroffiziere auf die Seite der Mannschaften ziehen!

Seit Monaten kämpfen die Mannschaften der San-Gruppe der 1./Pionierbataillon 12 für den Dienstausgleich für Zusatzdienste. Von den Unteroffizieren in der Kompanie wird dieser Kampf vollständig unterstützt. Zusatzdienste treffen sie im selben Maße wie die Mannschaften; verhaßt ist ihnen, von den Offizieren zur Dienstaufsicht gegenüber den Mannschaften gezwungen zu werden.

Kaum einer verpflichtet sich aus Überzeugung zum Unteroffizier. Vielmehr ist es so, daß die kapitalistische Produktion zu hunderttausenden Arbeiter und Angestellte auf die Straße schmeißt und den Jugendlichen keine ausreichende Berufsausbildung gewährleisten. Deshalb verpflichten sich Jugendliche. Anstatt 15 Monate als Wehrpflichtiger mit dem Hungersold von 165 bzw. 225 DM hinzukrebsen und erneut mit derselben Ausbildung auf den Arbeitsmarkt geschmissen zu werden, ziehen sie es vor, sich als Unteroffiziersanwärter zu verpflichten und diese Zeit zu nutzen, um sich im Beruf weiterzubilden oder um einen anderen Beruf zu ergreifen. Schon nach wenigen Monaten fallen diese Vorstellungen wie ein Kartenhaus zusammen, weil es elende Bedingungen sind, zu denen man seine Arbeitskraft verkaufen muß. Und es ist eine elende Tätigkeit, als Kettenhund der Offiziere die Mannschaften hinzuschikanieren auf den imperialistischen Krieg.

Konsequenzen aus dieser Erkenntnis versucht der Staat durch die Unkündbarkeit der „Verpflichtung" vorzubeugen. Diese Erkenntnis hat auch dazu geführt, daß die Bourgeoisie über sinkende Verpflichtungsraten klagt. Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat zusammen mit dem Bundeswehrverband im November 1976 ein Seminar abgehalten. Es heißt in einem Bericht darüber: „. . . daß trotz des festzustellenden Beliebtheitsgrades in der Bevölkerung ein Nachlassen der Bereitschaft der Jugendlichen zum Engagement festzustellen sei, was sich an sinkenden Verpflichtungszahlen ablesen lasse.", „. . . daß die Wehrdienstzeit demokratisches Bewußtsein im Sinne pluralistischer Demokratievorstellung fördere. Allerdings sei es der Bundeswehr nicht gelungen, während der Wehrdienstzeit in zureichendem Maße Sinn und Zweck des Wehrdienstes zu vermitteln." Und an die Zeitsoldaten gerichtet: „1973 hätten 90% dieser Zeitsoldaten eine zivilberufliche Qualifikation gehabt, aber nur 42 Prozent von ihnen hätten in ihren alten Beruf zurückkehren wollen," und ermahnt diese: „Zur technischen Qualifikation, müsse allerdings auch die menschliche, die Bereitschaft zur Verteidigung hinzutreten. Eine gute fachliche und allgemeine Ausbildung in der Bundeswehr, vor allem der Vorgesetzten, sei auch für die Wirtschaft interessant."

Die Zeitsoldaten waren Arbeiter und Angestellte. Sie werden es in ihrer Masse wieder werden. Als solche sind sie natürliche Klassenbrüder der Mannschaftssoldaten und Klassenfeinde des Offiziersgesindels und der Generalität. Das ist eine gute Grundlage dafür, daß es gelingen kann, in breitem Maße die Unteroffiziere als Kettenhunde der Bourgeoisie zu zersetzen und auf die Seite der Mannschaften zu ziehen. Ein Gegensatz zwischen Mannschaftssoldaten und Unteroffizieren existiert nur unter Zwang, er besteht in systematischer Absonderung der Unteroffizieren von den Mannschaften und in Verfolgung der Unteroffiziere, die dies nicht einhalten. Lassen sich die Unteroffiziere vom Offiziersgesindel zur Unterdrükkung der Mannschaften pressen, werden sie angegriffen, um sie für die Kämpfe der Soldaten zu gewinnen. Bekämpft werden falsche Vostellungen in den Köpfen dieser Unteroffiziere. Vor allem die, „es den Offizieren recht zu machen um dann seine Ruhe zu haben." Um diese Auffassung gibt es Kampf. Z.B. hatte Hauptmann Schäfer 1./Pionierbataillon 12 den Unteroffizieren und Mannschaftssoldaten folgendes angekreidet: „Jeden Mittag um 12 Uhr fährt ein rotes Auto vom Sanitätsbereich weg, darin sitzen Unteroffiziere und Mannschaften. Die Unteroffiziere müssen mehr Abstand zu den Mannschaften wahren."

Offen werden die Unteroffiziere kritisiert, daß sie sich zwecks Beförderung zum Stabsunteroffizier oder um nicht aufzufallen zur Schikanierung der Mannschaften verleiten lassen, daß man stattdessen für die gemeinsamen Interessen zusammenstehen müsse gegen den „Schleim", die Offiziere. Diese Auffasssung macht sich immer breiter, weil sie eine materielle Grundlage hat. Jüngst hat ein Unteroffizier eine Stube gemeldet, weil sie ihr Revier nicht sauber gemacht und sich somit der Befehlsgewalt der Offiziere entzogen hat. Dafür gab es Nachreinigen nach dem Dienst. Es gab zwei Linien bei den Mannschaftssoldaten, wie man diesen Unteroffizier behandelt: 1.Schnell das Revier putzen, um dann noch früh nach Hause zu kommen; 2. den Unteroffizier angreifen („der war ja sonst ganz in Ordnung"), ihn von der Falschheit der Meldung überzeugen: ihm „den Kopf waschen." Die zweite Linie hat sich durchgesetzt. Wie weit die Gewinnung der Unteroffiziere durch die Mannschaften fortgeschritten ist, kann man aus einem Plan der Bataillonsführung nach dem Ende des letzten Manövers ersehen – Die Unteroffiziere sollten dazu gezwungen werden, die Mannschaften zu bespitzeln und entsprechend mit Sonderurlaub belohnt werden.

Diese Maßnahmen der Armeeführung zeigen, daß die Soldatenbewegung unbedingt einen großen Schritt nach vorn machen und die Unteroffiziere politisch gewinnen muß für die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes.

Eine große Rolle spielt in diesem Kampf der Zusammenschluß um die Forderung nach Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit und die Einbeziehung der Soldaten in den Tarifkampf im Öffentlichen Dienst. Wir haben einmal ausgerechnet, was die einzelnen Dienstgrade entsprechend dem Vorschlag des ÖTV-Hauptvorstandes an Erhöhungen bekommen würden.

Soldat	91,86 DM
Obergefreiter	99,82 DM
Unteroffizier	111,82 DM
Stabsunteroffizier	116,15 DM
Feldwebel	125,02 DM
Oberfeldwebel	130,62 DM
Hauptfeldwebel	139,88 DM
Leutnant	138,53 DM
Oberleutnant	152,76 DM
Hauptmann	180,69 DM
Major	231,78 DM
Oberstleutnant	318,79 DM
Oberst	439,60 DM
Brigadegeneral	522,20 DM
Generalmajor	549,14 DM
Generalleutnant	612,10 DM

*Bruttoerhöhung
8 Prozent auf Grundgehalt und Ortszuschlag bei Annahme von verheiratet ohne Kind.

Dies zeigt, daß auch die Zeitsoldaten vorn und hinten nicht auskommen würden, während so ein Brigadegeneral an die 600 DM Tariferhöhung erhält. Als Unterdrücker wird er fürstlich geschmiert. Es bleibt für die Unteroffiziere ein Hochbuckeln zum Stabsunteroffizier und dann zum Feldwebel usw..

Wir haben jedoch kein Interesse daran, daß sich die Unteroffiziere auf unserem Rücken hochbuckeln, sondern daß sie unter der Festgeldforderung 180 DM am Tarifkampf teilnehmen, diese Fesseln von sich schütteln und die Forderung der Wehrpflichtigen nach Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit unterstützen. Die Erhebung der Wehrpflichtigen unter dieser Forderung wird die Unteroffiziere ein ganzes Stück von ihrer Kettenhundtätigkeit befreien und sie wird dafür sorgen, daß die Bourgeoisie immer weniger neue Kettenhunde für ihre Armee gewinnen wird. – (Soldat w, Kurpfalzkaserne Speyer)

Kasernierung in abgelegenen Standorten. Systematisch werden die Wehrpflichtigen in Standorte weit von ihren Heimatorten eingezogen. Soldaten aus Munster, Rheine und Koblenz haben sich aufgeschrieben, woher die Soldaten ihres Zuges jeweils kamen. In Rheine kommen die Wehrpflichtigen aus Städten mit durchschnittlicher Entfernung von 170 Kilometern. In Koblenz 131 Kilometer. In Munster 210 Kilometer. Hier kommen viele aus dem Ruhrgebiet. Die Imperialisten fürchten die enge Verbindung der wehrpflichtigen Soldaten mit ihrer Klasse, also ihren Kollegen und Familien. Die stärkt die Soldaten im Kampf gegen die Unterdrückung in der Armee. Die Soldaten müssen einen großen Teil vom Sold für Fahrtkosten zahlen, wollen sie so oft wie möglich nach Hause fahren. Es gibt nur einen Freifahrtschein pro Monat. Eine Fahrt von Munster in das Ruhrgebiet mit der Bahn kostet mindestens 80 Mark. Die Soldaten helfen sich gegenseitig. Autofahrer verkaufen ihre Freifahrtscheine für 3 bis 5 Mark das Stück. Fahrgemeinschaften mit dem Wagen werden organisiert. Von Mönchen-Gladbach nach Munster und zurück zahlt jeder dann 20 Mark. Viele können wegen dem niedrigen Sold nur sehr selten nach Hause fahren.

Dörverden-Barme. Für 10 Minuten Längerschlafen 1 Woche Ausgangssperre. 13 Soldaten der 3./11 bekamen innerhalb von 7 Tagen eine Woche Nacht- und Wochenendausgangsverbot, davon allein 9 Soldaten an einem Tag. Grund: Sie hatten morgens nach dem Wecken 10 bis 20 Minuten weitergeschlafen. Der UvD weckt die Kompanie um 5.30 Uhr und soll nach Vorschrift 10 Minuten später nachprüfen, ob auch alle aufgestanden sind. Bisher tun die meisten Unteroffiziere das nicht. Daß sich jetzt die Strafen häufen, liegt daran, daß sie vom Kompaniechef Druck bekommen haben, die Mannschaften in jeder Frage an Befehl und Gehorsam zu gewöhnen.

Militärische Kontrolle des gesamten Luftverkehrs angestrebt. Den Fluglotsenstreik vor zwei Jahren versuchte die Bourgeoisie vergeblich durch den Einsatz militärischer Fluglotsen zu brechen. Nach dem Ende des Streiks wurde ein neuer Anlauf unternommen:

Seit 18 Monaten sitzen in der Bremer Flugsicherungszentrale neben zivilen Fluglotsen auch Fluglotsen der Bundeswehr, angeblich zur besseren Koordination der Zivilluftfahrt und der Militärflüge und damit zu grösserer Flugsicherheit. Jetzt hat die inzwischen erweiterte Flugsicherungsstaffel der Bundeswehr auch die entsprechenden zivilen Einrichtungen verdrängt. Sie wurden bundesweit aufgelöst. Die Flugsicherungsstaffel hat die Aufgabe, die Übereinstimmung von Anflugwinkel, Landebahn und Radargerät zu überprüfen. Damit hat die Bourgeoisie die Luftfahrt ein weiteres Stück unter militärischen Befehl gestellt und die Voraussetzungen verbessert, für eine sofortige Verwandlung der zivilen in militärische Flugplätze. In der Frankfurter und Münchner Flugsicherungszentrale gelang es bislang nicht, die Bundeswehr einzuschleusen. Dort wird gesagt: „Hier kommt kein Soldat rein, nicht mal zum Kaffeetrinken."

zu überprüfen. Damit hat die Bourgeoisie die Luftfahrt ein weiteres Stück unter militärischen Befehl gestellt und die Voraussetzungen verbessert, für eine sofortige Verwandlung der zivilen in militärische Flugplätze. In der Frankfurter und Münchner Flugsicherungszentrale gelang es bislang nicht, die Bundeswehr einzuschleusen. Dort wird gesagt: „Hier kommt kein Soldat rein, nicht mal zum Kaffeetrinken."

Wildeshausen. Die „lebenskundlichen Unterrichte" der Standortpfarrer sind dazu da, daß die Soldaten mal Dampf ablassen dürfen. Verschiedentlich ist es schon vorgekommen, daß die Pfaffen den Offizieren diejenigen gemeldet haben, die am deutlichsten gegen die Bundeswehr aufgetreten sind. Darüber hinaus predigen sie Nächstenliebe und Duldsamkeit und geben den Volksmassen die Schuld für die wachsende Kriegsgefahr. Motto: „Du redest von Frieden und haderst mit deinem Bruder". Die Soldaten glauben nicht daran, daß bessere „zwischenmenschliche Beziehungen" den Krieg verhindern. In der 4./PzArtBtl 315 ist es deswegen schon wiederholt zu Angriffen auf den Standortpfaffen gekommen. Kürzlich brach er die Debatte mit den Worten ab: „Auch wenn vielleicht vieles dagegen spricht: Ich kann Ihnen nur versichern, daß für mich das Christentum nach wie vor große Bedeutung hat und ich unerschütterlich an Jesus Christus glaube". Worauf ein Soldat bemerkte: „Kein Wunder bei dem Gehalt". Er verdient nämlich soviel wie ein Oberstleutnant, ca. 3 500 DM im Monat. (XY, 4./PzArt Btl 315)

Zersetzung an der Bundeswehrhochschule. „Bei den 1 700 studierenden Offizieren an der Hamburger Bundeswehrhochschule . . . nimmt das Interesse an militärischer Weiterbildung ab und die Vernachlässigung des äußeren Erscheinungsbildes zu", klagt Oberst Genschel, Leiter des Studentenbereichs der Bundeswehrhochschule in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" (22.1.1977). 1976 sei es bereits erstmals zu einer regelrechten Störung akademischer Veranstaltungen gekommen, und er berichtet von „stärker auftretendem Meinungspluralismus". Gegen die Zersetzung und die sich entwickelnde politische Spaltung der Offiziere will er die – an der Bundeswehrhochschule eingeschränkte – Disziplinargewalt der Vorgesetzten wiederherstellen, das Tragen von Uniform auch in der vorlesungsfreien Zeit befehlen und die Kontrolle des Lehrpersonals durch die militärischen Vorgesetzten verstärken.

Großbritannien. Zähes Ringen um die Rentenregelung bei den Bergarbeitern. – Die Verhandlungskommission der Bergarbeitergewerkschaft hat mit 14 zu 11 Stimmen sich für Annahme eines Kompromisses der staatlichen Kohlebehörde im Kampf der Bergarbeiter um die Senkung des Rentenalters ausgesprochen. Danach sollen nur die Bergarbeiter, die 20 Jahre unter Tage gearbeitet haben und dies gegenwärtig noch tun, sich ab 1. August 1977 mit 62 Jahren und ab 1. Januar 1980 mit 60 Jahren verrenten lassen können, wenn sie den Rentenverlust in Kauf nehmen wollen. Sie erhalten dafür eine einmalige Zahlung von 500 Pfund. – Die Mehrheit in der überwiegend mit Sozialdemokraten besetzten Verhandlungskommission hat es nicht gewagt, diesen Verrat an den eigentlichen Forderungen der Bergarbeiter nach Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre ab 1977 und 55 Jahre bis 1980 selbst zu beschließen. Sondern der „Kompromiß" soll zur Urabstimmung gestellt werden, bei der die Sozialdemokraten mit allen Listen und Tükken parlamentarischen Betrugs eine Mehrheit für Streik zu verhindern hoffen. Leicht wird das nicht: die von der Regierung völlig ausgeschlossenen Übertagearbeiter haben angekündigt, wöchentlich 24 Stunden zu streiken, wie schon während der Verhandlungen (siehe Bild), um ihre Forderungen durchzusetzen. Die Gewerkschaft der Steiger und Sprengmeister, die sich den Forderungen der Bergarbeiter angeschlossen hatte, hat erklärt, den ausgehandelten „Kompromiß" nicht zu akzeptieren, sondern mindestens die Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre ab 1. August 1977 bei voller Rente zu verlangen. Dafür will sie ihrerseits eine Urabstimmung einleiten. – Währenddessen wurde ein hochgeheimes Papier der Regierung bekannt, das die Schließung von 13 Gruben und Entlassung von 13 500 Grubenarbeitern vorsieht. An eine Entspannung der Widersprüche ist nicht zu denken. (Nach: Guardian, 13., 14., 15.1.77)

Am 20.1. erschien: Nr. 1/77 von **Kommunismus und Klassenkampf** Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

– Erscheint ab 1/77 monatlich –

enthält u.a.:
Sieben Thesen der Metallkapitalisten gegen den Lohnkampf
Kluncker und der Abbau der Arbeitslosigkeit
Wie sich die Bourgeoisie eine „angemessene Steuerlastverteilung" gestaltet
Löhne der Arbeiter, Verbrauch und Preise von Nahrungsmitteln

Sir Eden, imperialistischer Unterdrükker, in die Grube gefahren. Robert Anthony Eden, Earl of Avon, ist gestorben, mit 80 im Bett. Die internationale Imperialistenbande betrauert das Ableben eines ihrer gewissenlosesten Mitglieder. Die Imperialisten trauern bei *Gelegenheit* seines Dahinscheidens. Denn Sir Anthony war nicht nur ein imperialistisches Vieh, sondern ein *tragisches* Vieh. Gegen alles, was je fortschrittlich war, ist Sir Anthony angetreten. Er hat krampfhaft versucht, ein Auskommen mit dem Hitler-Faschismus zu erreichen und diesen auf die revolutionäre Sowjetunion zu hetzen. Am
lutionäre Sowjetunion zu hetzen. Am
Ende dieses Krieges war jedoch die revolutionäre Sowjetunion erstarkt, der Hitler-Faschismus geschlagen, und der britische Imperialismus war geschwächt. Sir Anthonys Versuch, etwas gegen die proletarische Revolution zu unternehmen, endete „tragisch". Noch einmal 1956 versuchte Sir Anthony mit dem Starrsinn, der Vertretern untergehender Gesellschaftsklassen eigen ist, sich gegen die revolutionäre Strömung auf der Welt zu stemmen. Sir Anthony ließ den Suez-Kanal besetzen, in Gemeinschaft mit den französischen Imperialisten. Dabei bekamen diese Imperialisten gehörig den Arsch voll, Ägypten errang seine vollständige nationale Unabhängigkeit, Sir Anthony verlor seinen Sessel.

Seitdem befaßte er sich mit dem Verzehr einer Staatsrente, die gewiß zur Nährung *vieler* Arbeiter ausgereicht hätte, deren geschworener Feind er immer war. Sowohl die Imperialisten als auch die revolutionären Völker wie die Arbeiterklasse trauern anläßlich Sir Anthonys Tod.

Die Imperialisten, weil ein Mahnmal ihrer Abwärtsbewegung in die Grube fällt, die Revolutionäre, weil solche Leute noch im Bett sterben.

Ungarn. Ausverkauf des Landes durch die neue Bourgeoisie. „Über die Feiertage" 1976/77 ist in Budapest an einer beherrschenden Stelle der Stadt, inmitten der wertvollsten Denkmäler der ungarischen Geschichte, der Fischerbastei und dem Stephansdom, die sozusagen als Staffage dienen, das „Hilton Budapest" eröffnet worden. Die Baukosten (ganz von Ungarn aufgebracht) betrugen 1,22 Milliarden ungarische Forint (zirka 122 Millionen DM). Allein für Fahrstühle und Klimaanlagen sind 3,5 Millionen US-Dollar ausgegeben worden. Eine Übernachtung in einem Einbettzimmer kostet 690 Forint, in einem Zweibettzimmer 890 Forint. Der Durchschnittslohn eines ungarischen Arbeiters beträgt 1 800 bis 2 000 Forint, Rentner müssen sich durchschnittlich mit 500 bis 600 Forint durchhungern. Das würde nicht einmal für eine Nacht im Hilton-Hotel reichen.



Die Übertagearbeiter von 22 Kohlegruben in Yorkshire verließen für 24 Stunden ihre Arbeitsplätze und demonstrierten (siehe Bild) während der abschließenden Verhandlungen zwischen den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern und der staatlichen Grubenverwaltung gegen einen Verkauf ihrer Interessen. Während ihrer Demonstration blieben 57 000 Tonnen Kohle im Wert von 800 000 Pfund Sterling ungefördert. – Die Regierung will den Übertagearbeitern keinesfalls eine frühere Verrentung zugestehen, weil das „ein Signal wäre für eine größere Bewegung für Senkung des Rentenalters in der ganzen britischen Industrie". Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung will jetzt einen „Kompromiß" zur Urabstimmung stellen, um den Streik zu verhindern. (Siehe dazu nebenstehende Meldung).

Völlige Übereinstimmung – heftige Konkurrenz

Nach dem Andreotti-Besuch in Bonn

In der letzten Woche ist der italienische Ministerpräsident Andreotti in Bonn gewesen. Er mußte zum Rapport antreten, um die Unterstützung der westdeutschen Imperialisten für Kredite des Internationalen Währungsfonds und der EG in Höhe von 530 bzw. 487 Millionen US-Dollar zu sichern. Die anderen westlichen Imperialisten haben Bedingungen aufgestellt für diese Kredite, vor allem die Abschaffung oder wenigstens Kürzung der Lohnzulagen nach der „gleitenden Lohnskala", die einen Teil der Inflation ausgleichen. Dies durchzusetzen, ist Andreotti trotz der Unterstützung der italienischen Revisionisten, die die Gewerkschaftsführung beherrschen, bisher nicht gelungen. Auf einem gemeinsamen Vertrauensleutekongreß der drei Gewerkschaftsbünde vom 7. bis 9. Januar in Rom wurde jede weitere Lohnsenkung abgelehnt und ein Generalstreik für diesen Fall angekündigt. Die westdeutschen Imperialisten wollen die Schwäche ihrer italienischen Konkurrenten nutzen, um ihre eigene Hegemonie in der EG zu errichten.

In großem Umfang sind die anderen westlichen Imperialisten an der Ausbeutung der italienischen Arbeiterklasse beteiligt. Die westdeutschen Imperialisten hatten 1976 1,6 Milliarden DM direkt dort investiert, die US-Imperialisten 1975 6,5 Milliarden DM. Den Profit darauf wollen sie durch
Den Profit darauf wollen sie durch
Senkung des Lohns erhöhen, Rückzahlung und Verzinsung der bisher dem italienischen Staat gewährten Kredite durch verschärfte Plünderung der italienischen Volksmassen sicherstellen.

Im Rahmen des NATO-Bündnisses ist Italien ein entscheidender Stützpunkt für die Expansion der Imperialisten im Mittelmeerraum. Gemeinsam mit den italienischen Imperialisten betreibt die westdeutsche Finanzbourgeoisie die Plünderung der Völker der Dritten Welt. Ein Beispiel dafür ist die Bong Mining Co. in dem westafrikanischen Staat Liberia. Die riesige Erzgrube, in die bis August dieses Jahres insgesamt 1,1 Milliarden DM investiert sein werden, wird von einem westdeutsch-italienischen Konsortium betrieben, an dem Thyssen mit 42,8 %, Hoesch mit 16,1 %, Krupp mit 8,6 % und das italienische Staatsmonopol Finsider mit 32,5 % beteiligt sind. Ab diesem Jahr werden dort 7,5 Millionen Tonnen billiges Eisenerzkonzentrat für die westdeutschen und italienischen Stahlmonopole jährlich gefördert. 1975 betrug der offiziell ausgewiesene Profit 22,3 % des Umsatzes. „Die Welt" vom 21. Januar sieht Grund zu „Gelassenheit", weil die westdeutschen und italienischen Imperialisten Liberia eine „Politik der offenen Tür" aufgezwungen haben. Die Imperialisten kümmert es wenig, daß nach ihrer Rechnung der natürliche Erzreichtum Liberias „erst in anderthalb Jahrzehnten" oder gar „vielleicht erst in einem halben Jahrhundert" völlig ausgeplündert sein wird.

Hinter der Zusammenarbeit lauert die Konkurrenz. Italien hat sich in den letzten Jahren zum zweitgrößten Stahlproduzenten in Westeuropa entwickelt, hinter der BRD, aber noch vor Frankreich. Der Anteil des Edelstahls ist mit 18,7 % (1976) noch vor der BRD (mit 1975 17,2 %) am höchsten in der EG. Bei der Stahlproduktion des FIAT-Konzerns sind es sogar 80 %.

Der folgende Vergleich zeigt die Bedeutung dieses größten italienischen Monopols – und damit die Schärfe der Konkurrenz mit der westdeutschen Finanzbourgeoisie:

FIAT und VW – imperialistische Autokonzerne

	FIAT SpA	VW-Konzern
Umsatz	13,3 Mrd. DM	18,9 Mrd. DM
davon Export (1)	5,3 Mrd. DM	12,3 Mrd. DM (2)
Autoverkauf	1,3 Mio.	2,0 Mio.
davon Export (3)	0,56 Mio.	1,4 Mio.
Autoproduktion (4)	1,2 Mio.	1,9 Mio.
Beschäftigte	189 000	176 824
LKW-Verkauf		
– Inland	35 400	–
– Ausland	59 500 (5)	–

	FIAT-Konzern insg. 1976
Umsatz	26 Mrd. DM
Investitionen	2,5 Mrd. DM
Beschäftigte	329 000

Zahlen für 1975 nach: Süddeutsche Zeitung, 20.1.77, und: VW-Geschäftsbericht für 1975
(1) davon Deutsche FIAT 1 Mrd. DM
(2) davon inländische Gesellschaften 7,1 Mrd. DM
(3) davon Deutsche FIAT 1 Mrd. DM
(4) zusätzlich 700 000 in Lizenz im Ausland (außer Sowjetunion)
(5) zusammen mit Magirus und UNIC über die von FIAT beherrschte gemeinsame Vertriebsgesellschaft mit Klöckner-Humboldt-Deutz Iveco

Einerseits will die westdeutsche Finanzbourgeoisie ihren italienischen Konkurrenten Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären abjagen. Andererseits fürchtet sie, daß sich die italienischen Imperialisten der Hegemonie der BRD-Imperialisten entziehen. Mit großem Mißtrauen beobachten die westdeutschen Imperialisten das Eindringen italienischen Kapitals in die nordafrikanischen Länder, besonders nach Libyen, wo sich die italienischen Imperialisten Sonderbedingungen bei den Erdölpreisen verschaffen wollen. Mit noch größerem Mißtrauen stehen sie einer Beteiligung der italienischen Revisionisten an der Regierung gegenüber: Sie fürchten, die italienische Bourgeoisie könnte auf diese Weise mit den Sozialimperialisten anbändeln. Das erklärt zum Teil die Penetranz, mit der die westdeutschen Imperialisten von den italienischen „Eurokommunisten" deutlichere Abgrenzung von den Sozialimperialisten fordern – und die beharrliche Weigerung der italienischen Revisionisten, ihre Verbindungen zur Sowjetunion abzubrechen.

Wichtigster Hebel zur Durchsetzung der eigenen Hegemonialpläne der westdeutschen Imperialisten ist die Verschuldung des italienischen Staates. Schon jetzt ist fast ein Viertel der italienischen Goldreserven an die westdeutsche Bundesbank als Sicherheit für den 1974 gegebenen 2-Milliarden-Dollar-Kredit verpfändet. Durch weitere Kredite wollen die anderen Imperialisten Italien noch weiter in Schulden verstricken. Wenn sie dafür Bedingungen stellen, so denken sie doch keineswegs daran, im Ernst den Geldhahn tatsächlich zuzudrehen. Sie drohen mit Kreditsperre, um die Plünderung der italienischen Volksmassen durch Steuer- und Tariferhöhungen voranzutreiben und vor allem um im gemeinsamen Interesse mit den italienischen Bourgeois Lohnsenkung und Rationalisierung durchzusetzen.

Der Verfall des Wechselkurses der italienischen Lira beruht darauf, daß es der italienischen Bourgeoisie aufgrund des Widerstands der italienischen Arbeiterklasse nicht im gleichen Maß wie zum Beispiel den westdeutschen Imperialisten gelungen ist, Arbeitshetze und „Produktivität" zu steigern. Für die größten italienischen Monopole erleichtert der niedrige Wechselkurs den Export. Für die kleineren Kapitalisten, vor allem aber für die Masse der kleinen und mittleren Bauern bedeutet er eine ständige Verschlechterung der internationalen Austauschverhältnisse, Aneignung eines Teil des Produkts der Bauern und der den italienischen Arbeitern abgepreßten Mehrarbeit durch die ausländischen Imperialisten, was die Kapitalisten wieder durch verschärfte Ausbeutung unter dem Schlachtruf „Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit" wettzumachen versuchen.

Innerhalb der Arbeiterbewegung arbeiten die Revisionisten der PCI angestrengt für diese Ziele der Bourgeoisie. Der starken Strömung auf dem Gewerkschaftskongreß vom 7. bis 9. Januar, die verlangte, die Arbeiterbewegung nicht an die staatliche „Lohnskala" zu binden, sondern selbständige Lohnforderungen aufzustellen und durchzukämpfen, trat der Revisionist Lama, Generalsekretär der größten Gewerkschaft CGIL, damit entgegen, „daß nicht gleichzeitig der gebundene Mechanismus der gleitenden Lohnska-
Mechanismus der gleitenden Lohnska-
la verteidigt und darüberhinaus massive Lohnforderungen verlangt werden können". (Neue Zürcher Zeitung, 11.1.77)

Dadurch, daß es den Revisionisten auf dem Kongreß noch einmal gelungen ist, den Kampf um den Lohn auf den Kampf um die „gleitende Lohnskala" zu beschränken, wurde ihren „Verhandlungskünsten" breiter Spielraum eröffnet. So haben sie schon angekündigt, auch im Rahmen der „gleitenden Lohnskala" könnten „die Arbeitskosten um 15 Prozent gesenkt werden", zum Beispiel durch Verringerung der arbeitsfreien Feiertage, Begrenzung der Lohnerhöhungen durch betriebliche Zusatztarife, Kampf gegen den „Absentismus" (unentschuldigtes Fernbleiben vom Arbeitsplatz) sowie Verbesserung der „innerbetrieblichen Mobilität". (Nach: Le Monde, 11.1.77) Tatsächlich ist dies von ihnen lautstark gepriesene „neue Entwicklungsmodell" von den Plänen der italienischen Monopolbourgeoisie nicht weit entfernt, die ebenfalls den Lohnabbau als „Modifikation der gleitenden Lohnskala" tarnen will. Nur will sie die Revisionisten nicht dabei haben, weil sie deren Fähigkeiten mißtraut, die Arbeiterklasse im Ernstfall tatsächlich am Zügel zu führen.

Das sind berechtigte Zweifel: Auf dem Gewerkschaftskongreß ist die Festlegung auf die „gleitende Lohnskala" nur mit Mühe gelungen. Und nicht verhindern konnten die Revisionisten, daß für den Fall verschärfter Angriffe auf den Lohn öffentlich der Generalstreik angekündigt wurde. Die italienische Arbeiterklasse wird es lernen, die Bourgeoisie *und* die bürgerlichen Politiker in den eigenen Reihen zu bekämpfen. – (ug)

Klassenkämpfe in Frankreich

Am 19. Januar haben die Arbeiter der Pariser Presse- und Druckbetriebe den Anfang Dezember „ausgesetzten" Streik zur Unterstützung der Forderungen der Arbeiter und Angestellten des „Parisien libéré", die seit zwei Jahren um ihre Arbeitsplätze kämpfen, wieder aufgenommen.

Der Streik wurde einheitlich befolgt. Die Gewerkschaft der technischen Fachkräfte des graphischen Gewerbes schloß sich dem Streik ebenfalls an. Als einzige Tageszeitung sollte somit ausgerechnet wieder – wie schon beim Streik im Dezember – der „Parisien libéré" erscheinen, der unter dem Schutz der Staatsorgane durch hochbezahlte Streikbrecher außerhalb von Paris gedruckt wird.

Die entlassenen Arbeiter und Angestellten des „Parisien libéré" und andere Druckarbeiter waren entschlossen, das zu verhindern. In den Morgenstunden des 19. Januar versuchten sie, wie früher schon teilweise mit Erfolg, die Auslieferung dieses reaktionären Blatts zu blokkieren. Dabei wurden sie von der Polizei überfallen. 9 Arbeiter wurden festgenommen und für 48 Stunden ins Gefängnis gesteckt, um danach dem Haftrichter vorgeführt zu werden. Daraufhin organisierten die Druckarbeiter am 19. nachmittags eine große Demonstration, zu der mehrere tausend kamen. Für den 21. wurde erneut zum Streik bei allen Tageszeitungen aufgerufen, um die Freilassung der Inhaftierten zu erzwingen, die mittlerweile (wie andere, schon bei früheren Auseinandersetzungen verhaftete Druckarbeiter) unter schwere Anklage gestellt worden waren. Bei der Gerichtsverhandlung erklärten die inhaftierten Arbeiter: „Wir sind behandelt worden während der 48 Stunden wie Hunde. Kein Essen, kein Wasser zum Waschen, schmierige Löcher und verseuchte Matratzen, während man den Schweinen immerhin sauberes Stroh gibt ... In der ganzen Sache mit dem Parisien libéré greift man uns an, wenn wir uns gegen die Auswirkungen wehren, aber die Urheber bleiben unbehelligt. Das sind Ameury und Nachfahren, die man in diesen Stall hätte sperren sollen, und nicht die Arbeiter ..." (Le Monde, 23./24.1.77)

Der Streik am 21. wurde ebenfalls einheitlich befolgt.

Durch solche hartnäckigen Kämpfe in einzelnen Betrieben, Branchen und Regionen, aber auch von neuem jetzt in großen einheitlichen Streiks und politischen Demonstrationen beweisen die französischen Arbeiter, daß sie heute weniger als je ihr Schicksal an das der verrotteten französischen Finanzbourgeoisie und ihre imperialistischen Pläne von „Frankreichs Größe" binden wollen.

Jetzt planen wichtige Abteilungen der französischen Arbeiterklasse von neuem einheitliche Massenaktionen dieser Art. Nacheinander werden ab dem 24. Januar Generalstreiks verschiedener Branchen gegen die Lohnkürzungen des „Barre-Plans" durchgeführt werden.

Am 24. die Grubenarbeiter, danach die Arbeiter der Eisenbahnbetriebe, dann der übrigen öffentlichen Transportmittel und schließlich der ganze öffentliche Dienst, die Postler, und am 1. Februar die Arbeiter der Elektrizitätswerke.

Die Regierung ist fest entschlossen, insbesondere die Streiks in den Staatsbe-
insbesondere die Streiks in den Staatsbe-
trieben nicht zu dulden. Ohne Zweifel wird es zu harten Konfrontationen mit der Staatsmacht kommen.

Die entscheidende Fessel für eine revolutionäre Entwicklung der Klassenkämpfe sind die Reformisten und modernen Revisionisten, die die Gewerkschaftsführungen besetzt halten. Ihre Absicht ist es, die Streiks und Demonstrationen als bloße Begleitmusik für die gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen, bei denen sie dem in Gaullisten und Republikaner gespaltenen Regierungslager als Wahlblock gegenübertreten, zu mißbrauchen. Sie wollen der französischen Bourgeoisie beweisen, daß sie *ohne* Reformisten und Revisionisten ihre imperialistischen Pläne nicht verwirklichen kann, wohl aber *mit* ihnen, die beanspruchen, als einzige die Arbeiterklasse auf Klassenzusammenarbeit einschwören zu können.

Diesen Beweis können sie allerdings nur noch durch direkte Verfälschung der Ziele der Kampfaktionen der Arbeiter führen. Den Arbeitern, die sich erbittert gegen den Lohnabbau wehren und höheren Lohn fordern, schieben sie als Ziel unter: *„einen annehmbaren Kompromiß hinsichtlich der Kaufkraft, der den ökonomischen Möglichkeiten des Landes entspricht"*. So der revisionistische Gewerkschaftsführer Séguy.

Durch den „Barre-Plan" der gegenwärtigen Regierung Barre sind die Löhne der französischen Arbeiter bereits erheblich gesenkt worden. (Vgl. dazu die Tabelle über die europäischen Arbeiterlöhne in der KVZ Nr. 3/77) Pläne zur verstärkten Ausplünderung der Massen durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge werden fieberhaft ausgekocht. Für die in der Konkurrenz erheblich zurückgefallene Stahlindustrie werden erneut Subventionen in Höhe von 3 Milliarden Francs aus Steuermitteln ausgeschüttet, um damit ein Rationalisierungsprogramm zu finanzieren, in dessen Verlauf 14 000 Arbeiter auf die Straße geworfen werden sollen.

Diese wenigen Tatsachen zeigen, daß die Widersprüche zwischen den Klassen sich sprunghaft zuspitzen.

Imperialistischer Konkurrent Japan

Nach seinem Amtsantritt hat der US-Präsident Carter als erstes mit dem westdeutschen Bundeskanzler Schmidt und dem japanischen Premierminister Fukuda telefoniert. Carter will die vorhandenen imperialistischen „Freundschaften“ besser pflegen, und hier besonders mit der BRD und Japan.

Schon der entlassene Präsident Ford hat in der von ihm 1975 auf Hawaii verkündeten „Pazifik-Doktrin“ die Partnerschaft mit dem japanischen Imperialismus zum Eckpfeiler der Politik des US-Imperialismus in Asien und im pazifischen Raum erklärt. Die westlichen imperialistischen Mächte rotten sich wieder verstärkt zusammen angesichts des wachsenden Widerstandes der Völker Südostasiens gegen ihre Ausplünderungspolitik und der verstärkten Anstrengungen des anderen imperialistischen Lagers unter Führung der Sowjetunion, in Ostasien Fuß zu fassen.

Gleichzeitig jedoch verschärft sich im Verlauf der fortgesetzten kapitalistischen Krise die imperialistische Konkurrenz um die Aufteilung der Rohstoff- und Absatzmärkte immer mehr. Eine treibende Kraft dabei ist Japan. Seit Monaten lamentiert das westeuropäische und amerikanische Monopolkapital über die „aggressiven“ Geschäftspraktiken der japanischen Konkurrenz. Sie fordern „Exportselbstbeschränkung“ in Stahl und anderen Waren. Der japanische Ministerpräsident Fukuda hat ihnen Salz in die Wunden gestreut, mit seinem Amtsantritt hat er erklärt, daß Japan seinen Kampf um Exportanteile verschärfen wird.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich Japan durch die rigorose Ausbeutung der Arbeiterklasse wieder zu einem hochindustrialisierten kapitalistischen Land entwickelt. Unter anderem im Schiffs- und Kraftfahrzeugbau, in der Stahlproduktion, der chemischen und elektrotechnischen Industrie rückt es den anderen imperialistischen Mächten auf dem Weltmarkt zu Leibe. Allerdings ist es weitgehend und teilweise fast gänzlich vom Import der Rohstoffe für diese Produktionen abhängig. So müssen Bauxit (Japan steht an dritter Stelle der Welt-Aluminiumproduktion), Nickel, Phosphat, Erdöl, Uran, Baumwolle, Wolle, Kautschuk zu 100 % importiert werden, zu 80 bis 90 % Zinn, Zucker, Eisen, Kohle, der größte Teil des benötigten Kupfers, Weizen zu über 50 %. (Y. Halliday, Japanese Imperialism Today, Middlesex 1973)

Dabei ist es weitgehend angewiesen auf Lieferungen über andere imperialistische Mächte, die damit einen fetten Extraprofit einstreichen. Zum Beispiel kontrollieren 90 % des in Indonesien nicht verstaatlichten Erdöls US-Konzerne, 73 % davon gehen nach Japan. (Indonesien-Korrespondenz 3/75)

Die wachsenden Schwierigkeiten des US-Imperialismus in Südostasien seit seiner Niederlage in Indochina versucht das japanische Monopolkapital auszunuten, um sich selber Kontrolle über die Rohstoffe und die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte in Südostasien zu sichern. So schlossen Japan und Indonesien 1974 ein bilaterales Kreditabkommen von 300 Millionen US-Dollar zur Erschließung von Erdöl und Erdgas. 20 Jahre lang soll dieses größte Ausbeutungsprojekt in Indonesien 7,5 Millionen Tonnen verflüssigtes Erdgas nach Japan liefern. Die technische Durchführung alleine ermöglicht dem japanischen Finanzkapital einen fetten Teil des Kapitalexports von 3 Milliarden Mark.

Der Versuch des japanischen Imperialismus, 50 Jahre lang Westirian zu pachten, um dort Kupfer, Nickel, Öl und Naturgas auszubeuten, wurde von Indonesien zurückgewiesen. „Großzügig“ wollten die japanischen Monopolkaptialisten dafür nach 50 Jahren kostenlos die Anlagen der Ausbeutung zurücklassen.

Im Handel mit Südkorea und Thailand hat Japan die USA bereits überrundet, und auch in Indonesien ist es dabei, die USA zu überrunden.

Bei der Ausbeutung Südostasiens benutzt das japanische Monopolkapital besonders rigorose Methoden. Während es in Japan Konzerne mit fortgeschrittener Technologie unterhält, hält es Tausende kleiner Fertigungsstätten mit 5 bis 100 Arbeitern, die bis aufs Blut ausgebeutet werden, als Zulieferbetriebe in Abhängigkeit. Diese Produktion lagert es zunehmend nach Taiwan, Korea, Thailand und Indonesien aus, wo es die Arbeiter noch stärker ausbeuten kann. Dasselbe geschieht mit Produktionen, die eine hohe Umweltverschmutzung verursachen.

Insgesamt hat der Anteil des im Ausland investierten Kapitals am Exportwert „1974 23 % erreicht und damit die entsprechende Relation der Bundesrepublik Deutschland (16%) überschritten.“ (BfA/NfA 15.11.1976) 1975 hat Japan einen Exportüberschuß von 5,1 Milliarden US-Dollar erzielt. Dabei hat es seine Offensive vor allem in den Ländern der Dritten Welt verstärkt. In den Mittleren Osten hat der Export 1975 um 65 %, in Afrika um 12,7 % und in den Herrschaftsbereich der sozialimperialistischen Sowjetunion um 19,3 % zugenommen. (Neue Zürcher Zeitung, 5.3.76)

Die „genehmigten“ japanischen Auslandsinvestitionen erreichten 1976 folgenden Stand:

Geographische Verteilung genehmigter japanischer Auslandsinvestitionen
(in Mio Dollar, Anteil an Gesamtinvestition in %)

Region	Stand 31.3.76	Anteil
Nordamerika	3 917	24,6
Süd- und Mittelamerika	2 881	18,1
Nah- und Mittelosten	976	6,1
Übriges Asien	4 219	26,5
Europa	2 518	15,8
Afrika	501	3,1
Ozeanien	930	5,8
Insgesamt	**15 943***	**100**

* Differenz durch Rundungen
Quelle: Research and Planning Division, Ministry of Finance
Anm.: Abweichende Werte in der japanischen Zahlungsbilanzstatistik beruhen auf unterschiedlichen Erhebungsmethoden.
(BfA/NfA, 15.11.76)

Wie ersichtlich ist, rücken die japanischen Monopolkapitalisten den imperialistischen „Bündnispartnern“ auch auf ihren heimischen Märkten immer mehr zu Leibe. In den USA beherrschen japanische Konzerne inzwischen bei Farbfernsehern 35 % des amerikanischen Marktes und machen einen Umsatz von 1,5 Milliarden US-Dollar. Die Stahlkonzerne in den USA versuchen, sich gegen die japanischen Konzerne zu verbünden. In den EG-Staaten verläuft der Handelskrieg vor allem über Stahl, Walzlager, Tischrechner, Unterhaltungselektronik und vor allem den Schiffbau. 1956 hatte Großbritannien noch einen Anteil an der Weltproduktion von 23,1 %, die BRD von 17,3 %, die EG-Staaten insgesamt über 50 %. 1975 hatte die japanische Werftindustrie, bedingt durch die niedrigeren Löhne und die höhere Produktivität der Arbeit in der japanischen Werftindustrie, einen Marktanteil von 49,7 % erobert, Großbritannien, der damalige Hauptkonkurrent, ist auf 3,4 % und die BRD auf 17,3 % zurückgefallen. (Die Krise in der Werftindustrie, Sendler Verlag Mannheim, 1976)

Eine Marktaufteilung haben die japanischen Imperialisten zurückgewiesen. Von den 1976 neu vergebenen Schiffbauaufträgen hatten sie bis September bereits wieder über 60 % ergattert. Die Antwort auf die Forderung nach „Marktaufteilung“ durch die EG-Monopolkapitalisten ist verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt um Anteile. – (hl)

Zimbabwe-Solidaritätsaktionen

Zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe sind in der vergangenen Woche weitere 50 Kleidersäcke eingegangen. Mindestens 1 000 Säcke sind erforderlich für die nächste Schiffsladung.

Spenden an das Büro des KBW: 2800 Bremen, Gröpelinger Heerstraße 261

Delmenhorst. Am 15.1. hat der KJB Delmenhorst im selbstverwalteten Jugendzentrum an der Wittekindstraße ein Zimbabwe-Fest durchgeführt. Es kamen etwa 40 Jugendliche. Die Agitpropgruppe des KBW eröffnete das Fest mit dem Lied „Es lebe der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe“. Danach gab es ein Referat über die Geschichte des Befreiungskampfes. Es wurde selbstgekochte Suppe und Bier zum Solidaritätspreis verkauft, eine Tombola veranstaltet und der Smith-Galgen in Betrieb gesetzt. Das ist eine Waage, auf der einen Seite der Gangster Smith am Galgen, auf der anderen eine Waagschale, in die Spenden gesammelt wurden. Je mehr Spenden zusammenkamen, desto höher wurde Smith gehängt. Die Versteigerung einer Zimbabwe-Fahne brachte allein 60 DM Spenden ein. Insgesamt kamen 200 DM Spenden zusammen.

Seesen. 35 Kilo guterhaltene Kleidung spendete die Familie eines Arbeiters, der in einem großen Metallbetrieb in Seesen arbeitet. Sie waren durch einen Verwandten auf die Sammlung aufmerksam gemacht worden, der die Kandidatur des KBW zu den Bundestagswahlen unterstützt hatte.

Schwetzingen. Am 22.1. hat die Solidaritätsgruppe Südliches Afrika in Schwetzingen ihre in der letzten Woche begonnene Kleider- und Sachspendensammlung im Hirschacker, einem Arbeiterviertel, fortgeführt. Vorbereitet wurde die Aktion durch einen Propagandatrupp mit Megafon, der tags zuvor die Bewohner einer Straße zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe aufgerufen hatte. Mehrere Arbeiter der Speditionsfirma Derzymisch kamen aus dem Betrieb heraus und schloßen sich in Arbeitskleidung dem Propagandatrupp an. Die Arbeiter hatten zuvor im Betrieb über den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe diskutiert und sich entschlossen, ihn zu unterstützen. Am folgenden Tag wurde die Sammlung durchgeführt, wieder vorbereitet durch kurze Ansprachen per Megafon. Die Sammlung wurde ein großer Erfolg: Mehrere Säcke von Kleidern kamen zusammen, insgesamt wurde ca. 20 DM gespendet. Außerdem wurden sechs Afrikazeitungen verkauft. Bei den Diskussionen stellte sich wieder heraus: Der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe wird unterstützt. Die Imperialisten haben in Zimbabwe nichts verloren. Eine Arbeiterin erklärte: „Vollkommen richtig, daß das Volk seine Ausbeuter davonjagt.“ Eine andere Arbeiterin hatte einen Haufen Kleider zurecht gelegt, obwohl das Rote Kreuz zwei Tage vorher eine Kleidersammlung in der selben Straße durchgeführt hat. „Die bekommen von mir keinen Fetzen“, erklärte sie. „Die Sachen sind für das Volk von Zimbabwe. Hoffentlich können die sie gebrauchen bei ihrem Befreiungskampf.“

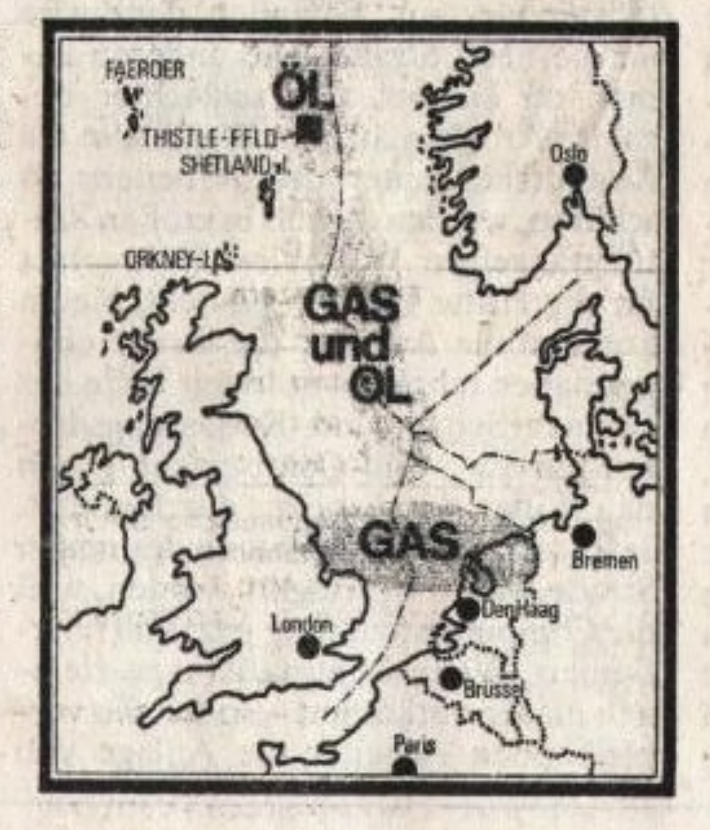
Heidelberg. Letzte Woche wurde in der Abteilung Sozialarbeit der ÖTV der DIA-Vortrag über das Zimbabwe-Kinderbuch gezeigt. Die Kollegen hatten von dem Hausverbot gegen Eltern, deren Kinder das Buch in die Arwo-Kindertagesstätte mitgebracht hatten, erfahren und beschlossen, das Kinderbuch zu diskutieren. Das ist bereits der zweite DIA-Vortrag über den Befreiungskampf in Zimbabwe, der in der Abteilung gezeigt wurde. In der Diskussion wurde deutlich, daß die Kollegen den Befreiungskampf unterstützten. Die Kollegen diskutierten darüber, wie die Verhältnisse in Zimbabwe sind und daß in dem Buch diese Verhältnisse gut dargestellt werden. Einige Kollegen vertraten die Ansicht, daß das Buch zu „einseitig“ sei und für Kinder zu schwierig. Bei dem Satz: „Außer dicke Zigarren rauchen und Schnaps saufen, bringen die Siedler nichts zustande.“ wurde von einem Kollegen z.B. gesagt, das sei doch „Schwarzweißmalerei“. Dem wurde jedoch von mehreren Kollegen entgegengetreten, indem dargestellt wurde, daß dies tatsächlich so ist, und daß es richtig ist, den Kindern die Wahrheit zu sagen und den Lügen, die ihnen erzählt werden entgegenzutreten.

Nordsee-Öl für die westdeutschen Monopolkapitalisten

„Endlich wieder deutsches Öl“, schwelgt dieser Tage die westdeutsche Imperialistenpresse. Grund der Freude: Ende des Jahres soll das erste Erdöl aus einer Ölquelle fließen, an der die westdeutsche Deminex mit 42,5 % beteiligt ist. Dieses „eigene Rohöl“ liegt keinesfalls innerhalb westdeutscher Grenzen, vielmehr in der nördlichen Nordsee rund 200 Kilometer nordöstlich der Shetland-Inseln in britischem Hoheitsbereich. 300 Millionen DM hat die Deminex in diese Beteiligung investiert, 30 % wurden als Geschenk an die Deminex aus dem Bundeshaushalt gezahlt, den Rest mußten die Anteilseigner der Deminex bezahlen, die VEBA, Wintershall/BASF, UK-Wesseling und die Saarbergwerke. Das „Thistle-Feld“, so seine Bezeichnung, ist von mittlerer Größe, soll 60 bis 70 Millionen Tonnen schwefelarmen, hochwertigen Rohöls liefern.

Dies ist nur eines der Ölfelder, an denen die Deminex beteiligt ist. Nur 15 Kilometer nördlich des Thistle-Feldes ist ein Konsortium, an dem der westdeutsche Konzern beteiligt ist, fündig geworden. An zwei weiteren Blöcken hält Deminex 50 %, an zwei anderen ein Drittel, und im norwegischen Schelfgebiet ist sie an fünf Blöcken mit 20,6 % beteiligt. Nächste Woche wird die britische Regierung weitere Lizenzen in ihrem Gebiet vergeben, und die westdeutsche Regierung hat während der jüngsten Kreditverhandlungen mit Großbritannien deutlich gemacht, daß für die westdeutschen Imperialisten dabei etwas abspringen muß.

In den letzten Jahren wurden in der Nordsee Ölreserven von 2,3 bis 3,6 Milliarden Tonnen entdeckt. Insgesamt sollen sie so groß wie die Vorkommen Libyens oder ein Drittel der Vorkommen des Iran sein. Zwei Drittel der Vorkommen liegen im Gebiet Großbritanniens, ein Drittel im Gebiet Norwegens. Nahezu sämtliche bedeutenden Ölmonopole sind in den Kampf um die Ausbeutung dieser Ölfelder eingestiegen. Aus den USA Exxon, Mobil, Gulf Oil; Occidental Petroleum, Phillips Petroleum, Getty Oil; aus Großbritannien BP, an dem die westdeutschen Imperialisten sich einkaufen wollen, und der niederländisch-britische Konzern Shell. Namentlich die Anteile kleinerer Monopole wechseln rasch den Besitzer. So hat sich auch die westdeutsche Deminex ihre Anteile an Thistle von zwei britischen Konzernen aufgekauft. Die Beute, die lockt, ist hoch und die Konkurrenzschlacht daher hart.



„Endlich wieder“ haben die deutschen bzw. westdeutschen Bourgeois eigenes Öl. Zuletzt hatten sie vor dem Ersten imperialistischen Weltkrieg eigene Ölquellen. Die Deutsche Bank versuchte, die damals bedeutenden Ölquellen Rumäniens „für sich zu behaupten“ und Rußland gegen das Rockefeller-Monopol zu gewinnen. Die Schlacht endete jedoch 1907 mit einer völligen Niederlage der Deutschen Bank. Sie war einer der Faktoren, die kurz darauf zum Ersten Weltkrieg führten. – (fb)

Panama. „Souveränität oder Tod“. Am 9. Januar demonstrierten 3 000 panamesische Studenten auf Umzügen und Versammlungen die Entschlossenheit des Volkes, die volle Souveränität über die Kanalzone zu erkämpfen. Der 9. Januar war der dreizehnte Jahrestag des großen Kampfes gegen die US-Imperialisten im Jahr 1964. Mit panamesischen Fahnen und mit Plakaten, unter Rufen wie „Souveränität“, „Gerechtigkeit“, „Souveränität oder Tod“ zogen die Demonstranten über die „Straße der Märtyrer“ über die Demarkationslinie zwischen dem Gebiet unter US-Hoheit und den anderen Teilen Panamas. Versammlungen und Gedenkfeiern mit den im Kampf gegen den US-Imperialismus gefallenen Patrioten wurden durchgeführt. Der Außenminister von Costa Rica hat dem neuen US-Außenminister Vance eine Erklärung von acht lateinamerikanischen Regierungschefs übergeben, in dem diese auf den Abschluß eines Vertrages zwischen den USA und Panama dringen. Seit dem Aufstand im Jahr 1964 waren die US-Imperialisten erstmals zu Verhandlungen gezwungen, sie verschleppen sie aber jetzt Jahr um Jahr, um ihre volle Hoheit über die Kanalzone zu behalten. Carter hatte im Wahlkampf den Monopolkapitalisten fest versichert, die Kolonialrechte der US-Imperialisten in Panama nicht aufzugeben. Unter dem Druck der Völker Lateinamerikas, vor allem des panamesischen Volkes, will er taktieren, „er scheint jetzt eine elastischere Haltung einnehmen zu wollen“. (Neue Zürcher Zeitung, 21.1.77) Das Elastische besteht darin, den Verhandlungsführer Ellsworth Bunker schrittweise zurückzuziehen. Bunker war der US-Botschafter in Saigon, der mit der Flagge unterm Arm in den letzten Hubschrauber sprang.

Süd-Korea. Demonstrationen gegen das Pak-Regime. Anfang Dezember wurde bekannt, daß sich das Pak-Regime mit Bestechungen von mehreren 10 Millionen Dollar an führende US-Politiker bei seinen Herren rückversichert hatte. Anfang Dezember tauchten Flugblätter in Seoul auf, die das Ausmaß der Bestechungen bekannt machten und fragten: „Welche Strafe erwartet Pak Jung-Hi, den König des internationalen Bestechungsskandals?“ Das Zentralorgan der „Revolutionären Partei der Wiedervereinigung“, „Hyokmyong Chonson“ (Revolutionäre Front), berichtet: „Vollkommen außer Fassung schickte das Pak-Regime seine Polizei-Banditen, die die Passanten durchsuchen und die Flugblätter einkassieren sollten.“ Das nützte dem Regime nichts. Die Protestwelle breitete sich aus und erreichte am 8. Dezember einen Höhepunkt mit einer von 500 Studenten durchgeführten Kundgebung im Rechtsinstitut der Seoul-Universität. Auf der Kundgebung wurde eine „Erklärung für Demokratie und nationale Errettung“ verlesen, in der sich die Studenten gegen die Notverordnung und die „Erneuerungsverfassung“ des Pak-Regimes wenden. In der Erklärung heißt es: „Die Fakkel der Gerechtigkeit, Freiheit und Wahrheit hochhaltend, erklärt die Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie am Fuße des Kwanak-Hügels, daß sie die Grabesstille durchbrechen will am Vorabend des Sturms, um ein neues Kapitel in der Geschichte der Nation zu eröffnen. Weg mit der ‚Erneuerungsverfassung‘! Kämpft gegen das ‚System der Erneuerung‘, gegen das diktatorische Regime! Widerruft das ‚Notstandsdekret Nr. 9‘! Untersucht die Zahlungen an die amerikanischen Kongreßabgeordneten!“ Am nächsten Tag wurde diese Erklärung in der Koryo-Universität verlesen. Eine Versammlung in der Yonse-Universität konnte durch Agenten des Regimes verhindert werden. Am 13.12. veröffentlichte die Koreanische Journalistenunion eine Erklärung, in der sie den mutigen Kampf der Studenten unterstützt und die Aufhebung der Pressezensur fordert.

Namibia. Vorlage eines Verfassungsentwurfs – neuer Anlauf im Entspannungsmanöver der „Verfassungskonferenz“. Seit eineinhalb Jahren läuft die „Verfassungskonferenz“. Inszeniert vom südafrikanischen Kolonialstaat, gefördert von den westlichen Imperialisten und beschickt mit Marionetten aus den verschiedenen ethnischen Gruppen des Landes, ist ihr Zweck, „schwarze Solidarität zu verhindern“ (so der Konferenz-Vorsitzende D. Mudge), das namibische Volk zu spalten, vom bewaffneten Kampf abzubringen und darüber die Herrschaft des imperialistischen Kapitals in neokolonialer Form zu errichten. In den letzten Monaten erwies sich dieses Manöver als immer wirkungsloser: Massenkämpfe breiteten sich aus (Streik der Arbeiter der Uranmine von Rössing, mehrwöchiger Streik von Schülern und Lehrern), die Front gegen Kolonialismus und Imperialismus wurde durch den Anschluß verschiedener politischer und ethnischer Gruppen an die SWAPO gestärkt. Mit Vorlage des Verfassungsentwurfs für eine Übergangsregierung am 17.1. starteten die Kolonialisten mit ihren Marionetten einen erneuten Anlauf in ihrem Entspannungsmanöver. Hauptpunkte des Entwurfs sind: formale Rechtsgleichheit für alle Rassen, Garantie des privaten Eigentums an Produktionsmitteln, damit das Recht der weißen Siedlerbourgeoisie und des imperialistischen Kapitals, afrikanische Lohnarbeit auszubeuten und dem Land weiter seine natürlichen Reichtümer zu entreißen; Parteien und Organisationen mit „marxistischer Ideologie“ sollen verboten sein; entgegen den bisherigen Bantustan-Plänen ist eine zentrale, gemischtrassige Übergangsregierung vorgesehen; die zentralen Abteilungen des Staatsapparates (Verteidigung, innere Sicherheit, Außenpolitik, Transport und Finanzen) bleiben in südafrikanischer Hand. Der Unterdrückungsapparat, der „selbständig“ den Imperialisten die Ausbeutung des namibischen Volkes gewährleistet, soll in der Zeit bis zum 31.12.1978 aufgebaut werden. Soweit wird es das namibische Volk nicht kommen lassen. Im bewaffneten Kampf wird es die volle nationale Unabhängigkeit erobern.

Die proletarische Revolution befreit die Produktivkräfte, die sich bereits im Kapitalismus herausgebildet haben

„Konkurrenz bringt Fortschritt", das ist ein geflügeltes Wort der Kapitalisten und ihres Professoren-, Politiker-, Lehrer- und Journalistenanhangs. Daran ist wahr, daß es im Kapitalismus ohne Konkurrenz keinen Fortschritt in der Entwicklung der Produktion gibt. Mit diesem Spruch soll verhüllt werden, daß unbegrenzter Fortschritt in der Produktion erst möglich wird, wenn der Kapitalismus beseitigt ist. In einer bürgerlichen Zeitung stand vor zwei Monaten:

„Der weltweite Stahlverbrauch wächst heuer um 6,5 %, aber die europäische Stahlerzeugung nur um 5 %. Wenn Europas Stahlschmelzer an einer so schönen Wachstumsrate nicht voll partizipieren, dann doch wohl deshalb, weil andere Länder, so Japan, den unentbehrlichen Werkstoff billiger herstellen können. Das ist in der Tat so. Nach den jüngsten französischen Unterlagen, die Jaques Ferry, Präsident des französischen Stahlverbandes (inzwischen Präsident des europäischen Stahlkapitalistenverbandes) veröffentlichte, brauchen die Japaner für 1 Tonne Rohstahl 6 Arbeitsstunden, die deutschen 7,5, die Franzosen sogar 11,7. Rechnet man die deutsche Arbeitsstunde mit 15 DM, so haben die Japaner schon auf dieser Produktionsstufe einen Kostenvorteil von 22,50 DM, gegenüber den Franzosen sogar von 85,50 DM. Das sind ganz hübsche Gewinnspannen."

Also setzen die westdeutschen Kapitalisten alles daran, ihre Kosten zu senken und die 1,5 Stunden gegenüber den japanischen Kapitalisten einzuholen. Die japanischen Kapitalisten setzen alles daran, ihren Vorsprung auszubauen. Die französischen Kapitalisten versuchen gegenüber beiden aufzuholen. So spielt sich der „Fortschritt" im Kapitalismus ab. Es ist allemal ein Fortschritt der Schweißauspressung. Entweder direkt, indem die Arbeiter einfach mehr angetrieben werden, oder indirekt, indem durch Einsatz von neuer Maschinerie und neuen Anlagen mehr aus den Arbeitern herausgeholt wird. Hand in Hand damit gehen Entlassungen von Arbeitern, deren Arbeitskraft die Kapitalisten nicht mehr kaufen, weil sie aus der verbliebenen mehr herausholen können.

Gut, sagen die Kapitalisten. Aber so ist das halt mit dem Fortschritt. Jeder Fortschritt hat seine Kosten.

Wer diese Kosten im Kapitalismus trägt, zeigen die beiden Seiten, auf denen über die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit in der Stahlindustrie berichtet wird. Sie zeigen auch, welche Möglichkeiten die Arbeiterklasse für den Aufbau des Kommunismus bereits innerhalb des Kapitalismus geschaffen hat. Sie kann sie nutzen, sobald sie die Ausbeuterordnung stürzt und sich befreit.

Neuer Hochofen – neue Arbeitsqual

Klöckner Bremen. In den vergangenen zehn Jahren haben die Klöckner-Kapitalisten gut 2 Milliarden DM aus den Knochen der westdeutschen, südafrikanischen und der Arbeiter anderer Länder gepreßtes Kapital auf der Hütte Bremen investiert. 1968 wurde ein Blasstahlwerk in Betrieb genommen und damit die Rohstahlkapazität auf über 200 000 Monatstonnen (moto) erhöht. 1973 wurden gleichzeitig ein Hochofen, eine Stranggußanlage und die modernste Warmbreitbandstraße Europas mit einer Kapazität von 280 000 Monatstonnen in Betrieb genommen. Anläßlich der Inbetriebnahme wurde von den Kapitalisten besonders die erhebliche Senkung des Lohnkostenanteils pro Tonne Walzstahl durch diese Anlagen bejubelt.

Mit dem neuen Hochofen (Kapazität: 180 000 Monatstonnen) produziert die gleiche Anzahl Arbeiter fast doppelt soviel Tonnen Roheisen an einem Tag wie mit dem alten Hochofen. Bei der Errichtung dieses Hochofens sind zwei Arbeiter ums Leben gekommen. Die Kapitalisten haben natürlich sofort alles daran gesetzt, den Ofen so schnell wie möglich voll auszufahren. Die Arbeiter des Reparaturbetriebes waren ständig im Einsatz, weil dies nicht klappte und jenes nicht. Nach knapp eineinhalb Jahren war die Innenausmauerung im Eimer und mußte erneuert werden. Erst in diesem Sommer ist der Ofen wieder angeblasen worden. Nur wenig später ist ein Winderhitzer explodiert. Die 200 Tonnen schwere Kuppe krachte zu Boden. Bei dieser Explosion wurden zwei Arbeiter leicht und ein Arbeiter schwer verletzt. Nur durch reinen Zufall sind nicht mehrere Arbeiter ums Leben gekommen. Die Arbeiter des Reparaturbetriebs mußten wieder ran. Heute fährt der Ofen zwar wieder, aber mit größten Schwierigkeiten und größten Anstrengungen der Arbeiter. Kurz vor Weihnachten z.B. kam kein Roheisen aus den Abstichlöchern. Nur mit größter Mühe ist es den Arbeitern gelungen, das Roheisen über den Notabstich noch rechtzeitig abzuführen. Wäre das nicht gelungen, hätte der Ofen erst mal wieder für ein paar Monate stillgestanden.

Der gesteigerte Roheisenausstoß muß natürlich weiterverarbeitet werden. Das schlägt sich nieder in einer Verdichtung des Arbeitstages im gesamten Werk. Wenn der neue Ofen und einer der beiden kleinen Hochöfen voll ausgefahren werden, muß auch im Blasstahlwerk die Kapazität voll ausgefahren werden. Um das zu erreichen und in weniger Zeit mehr Tonnen durch die Konverter zu jagen, haben die Kapitalisten die lange Kurzarbeitsperiode im vergangenen Jahr genutzt, wo sie die Schichtleistung von 11 auf 13, 14 Chargen hochgetrieben haben.

An der neuen Warmbreitbandstraße sieht es ähnlich aus wie wir das für den Hochofen geschildert haben. „Anlaufschwierigkeiten" nennen die Kapitalisten das. Alle paar Tage stand die Straße wegen sogenannter „Hochgeher" für ein paar Stunden oder für mehrere Schichten still. Beim „Hochgeher" geht die glühende Bramme hinter dem Walzgerüst hoch statt auf dem Rollgang zu laufen. Daß dabei an solch einem Walzgerüst nicht viel heil bleibt, kann sich jeder vorstellen. Seitdem diese Anlage in Betrieb ist, wird an der Computersteuerung rumgebastelt, um die Anlage vollautomatisch fahren zu können. Jetzt soll es angeblich so weit sein. Als das kürzlich irgendwelchem hohen Besuch vorgeführt werden sollte, mußten sich Arbeiter hinter die elektronischen Geräte stellen – für die Besucher nicht sichtbar – und von dort aus eingreifen, wenn irgendetwas schief läuft.

„Hochmodernes Hüttenwerk"! Die Arbeiter wissen nicht, ob sie lachen oder weinen sollen, wenn sie das hören. Für sie bedeutet diese Anlage nur erhöhte Anspannung und erhöhten Verschleiß ihrer Arbeitskraft.

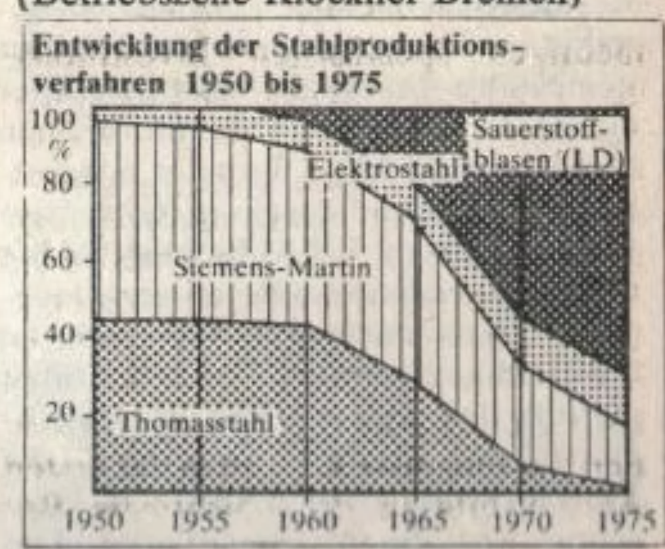
Anläßlich der Inbetriebnahme der neuen Straße schrieben die Kapitalisten in ihrer Werkszeitung: „Als besonderes Merkmal ist hervorzuheben, daß die neue Straße zur Einsparung von Personal weitgehend automatisiert ist und der gesamte Walzprozeß von einem Prozeßrechner überwacht und gesteuert wird. Durch diese Maßnahmen war es möglich, die Straßenkapazität zu steigern sowie das erforderliche Bedienungspersonal gegenüber der alten, von Hand gesteuerten Straße zu verringern."

Die Belegschaft der alten Straße wurde durchgesiebt, und wen die Kapitalisten für „gut" befanden, der durfte an die neue Straße. Die anderen kamen an andere, z.T. schlechter bezahlte Arbeitsplätze im Werk. Um die Konkurrenz unter den Arbeitern zu schüren, wurden damals in großen Zeitungsanzeigen Walzer im Ruhrgebiet für die Hütte Bremen gesucht. Kaum konnten die Arbeiter die Straße einigermaßen fahren, wurde mit Hilfe des Bremer Senats und Entlassungsdrohungen die Voll-Contischicht gegen den Willen der Arbeiter durchgesetzt. Jetzt soll die Belegschaft an der neuen Straße wieder verringert werden, weil die Computersteuerung jetzt voll funktioniert. Wenn sie ausfällt – was ziemlich häufig vorkommt – sollen die verbleibenden Arbeiter die Anlage von Hand fahren. Die Kollegen haben sich kürzlich erfolgreich gegen diesen Abbau zur Wehr gesetzt.

Vor drei Jahren wurden die Arbeiter mit vollklimatisierten Leitständen angelockt. Vollklimatisiert in der Tat, aber für die Rechner und anderen elektronischen Geräte. Im Sommer sitzen die Arbeiter im Rollkragenpullover und im Winter im Unterhemd auf den Leitständen!

Im Gegensatz zum Warmbereich hat es im Kaltwalzwerk bis auf eine Anlage zur Qualitätskontrolle seit 1964 keine Erweiterungs- und Erneuerungsinvestitionen mehr gegeben. Dabei geht heute ein großer Teil des erhöhten Produktionsausstoßes des neuen Warmwalzwerks durch das Kaltwalzwerk. Die Kapitalisten haben im Kaltwalzwerk rationalisiert und verschiedene Techniken zur verschärften Antreibung der Arbeiter wie z.B. Fahrtenschreiber eingeführt. Mit Produktionstafeln, auf denen die Stunden- und Schichtleistung aufgeführt werden muß, wurde die Konkurrenz unter den Arbeitern geschürt. An der Beize ist gegen den hartnäckigen Widerstand der Arbeiter mit Hilfe des Betriebsrates und wiederum des Senats die Voll-Contischicht eingeführt worden. Angeblich soll bis 1979 eine neue Beize gebaut werden. Es läßt sich schon jetzt absehen, daß das für die Arbeiter mehr Arbeit und erhöhte Anspannung bedeuten wird. In der alten Beize wird das Warmband durch Schwefelsäure gezogen, die neue Beize soll mit konzentrierter Salzsäure arbeiten. Schon jetzt darf dünnes Blech nicht länger als 15 bis 20 Minuten in der Säure liegen, weil es sonst reißt. Bei konzentrierter Salzsäure werden die Arbeiter das Band ständig in Bewegung halten müssen.

Die älteren Arbeiter im Kaltwalzwerk wissen aus Erfahrung, daß neue Anlagen immer mehr Arbeit und Anspannung für sie bedeuten. Bis 1964 gab es nur eine Schere. Dann wurden auf einen Schlag drei Scheren zusätzlich gebaut. „Die alte Anlage war leicht überschaubar; da ging alles von Hand, und du hattest kaum Blechverklemmungen. Mit den neueren Anlagen kann man zwar mehr produzieren mit der gleichen Anzahl von Leuten. Aber die sind längst nicht so einfach zu überschauen. Das kannst du schon an den vielen Knöpfen auf dem Steuerpult sehen. Was ist da nicht alles automatisch! Übersiehst du mal einen Knopf oder Hebel – und das kommt bei der Arbeitshetze häufig vor – schon kracht es irgendwo, und du kannst dann die verklemmten Bleche mit der Hand rausasten. Außerdem ist die Arbeit viel gefährlicher. Du weißt ja selbst, daß es häufiger vorkommt, daß mal die Automatik nicht ausgeschaltet ist, der Kollege aber im Paketstapler rumkrabbelt – für den Steuermann unsichtbar – und das reinkommende Blech ihm die Backe oder die Stirn aufschneidet. Nee, ich bin wirklich nicht gegen technischen Fortschritt, aber an der alten Anlage war es viel ruhiger." – (Betriebszelle Klöckner Bremen)



Eisenproduktion

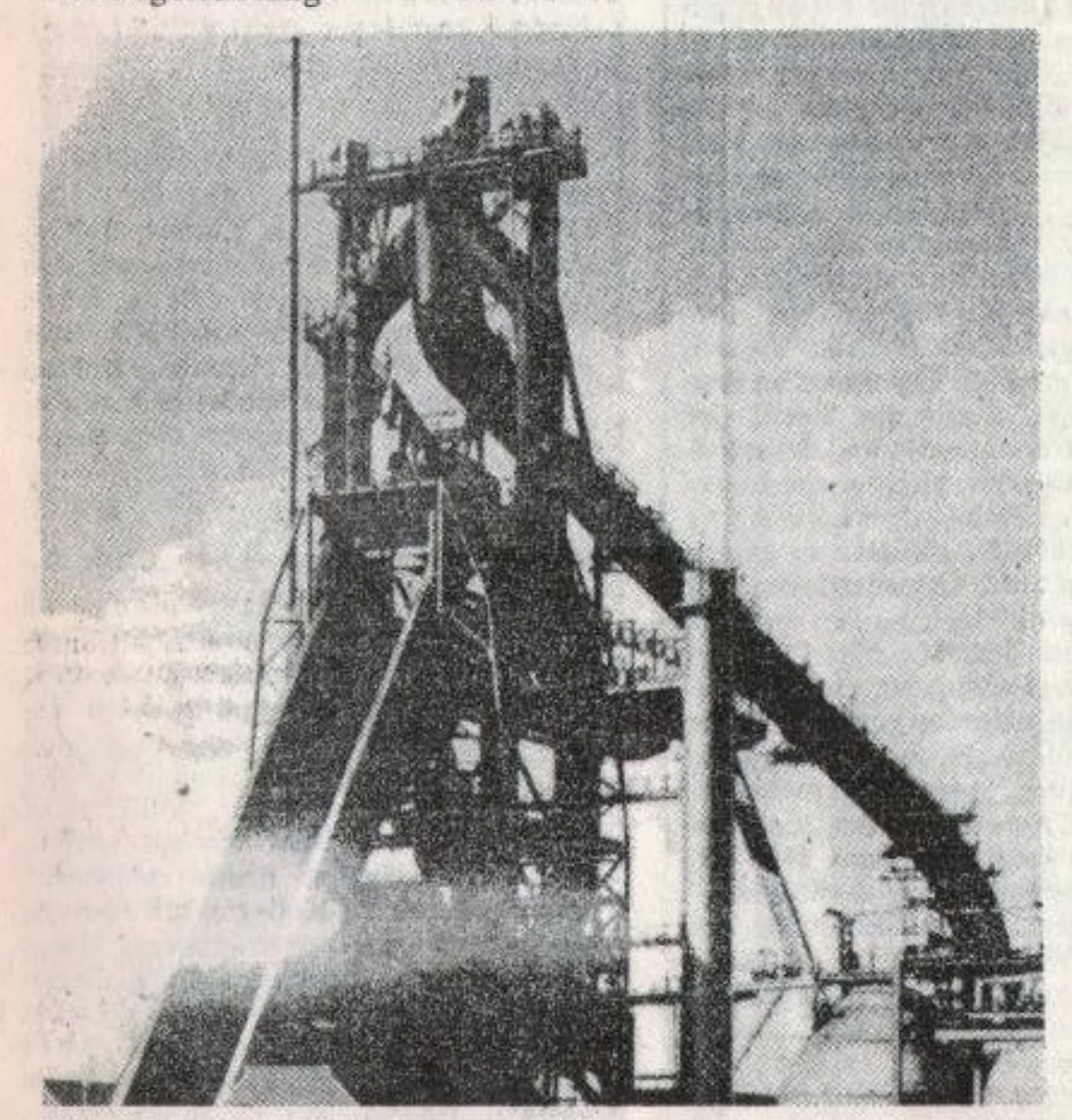
Stahl wird aus Eisen hergestellt, das jedoch nicht rein in der Natur vorkommt, sondern als Erz, verbunden mit anderen Elementen (großteils Sauerstoff).

Die wichtigsten Erze sind: Magneteisenstein, mit einem Eisengehalt von 40 bis 70 Prozent, der in Schweden, Brasilien, USA und Liberia, Südafrika und in der Sowjetunion vorkommt; Roteisenstein, der auch in der BRD vorkommt, mit einem Eisengehalt von 30 bis 50 Prozent; Brauneisenstein, mit einem Eisengehalt von 25 bis 35 Prozent.

Um aus Erz Eisen zu gewinnen, müssen die Stoffe, mit denen das Eisen verbunden ist, herausgelöst werden. Dies geschieht durch Schmelzen, was im Hochofenprozeß betrieben wird. Der Kohlenstoff des Kokses bindet den Sauerstoff aus dem Eisenerz und setzt so das Eisen frei. Zur Umwandlung des Erzes zum Roheisen werden heute etwa 400 Kilogramm Koks pro Tonne Eisen bei gleichzeitigem Einsatz von 80 Kilogramm Schweröl verbraucht. Vor rund 15 Jahren wurden pro Tonne Roheisen noch 800 Kilogramm Koks verbraucht. Die Steigerung der Kapazität des Hochofens geschah durch technische Neuerungen: Der Großhochofen wurde eingeführt, er entspricht dem Eineinhalbfachen an Größe des Hochofens, der 1960 hauptsächlich eingesetzt wurde. Die Tonnenleistung pro Tag ist gegenüber 1960 von 2 000 auf 10 000 gestiegen. Wo im Jahre 1961 noch 15 172 Arbeiter 123 Hochöfen betrieben haben, produzieren heute 14 493 Arbeiter mittels 53 Hochöfen bedeutend mehr Roheisen.

Die Umwandlung des Erzes zu Eisen durch Hochofenprozeß ist an hohen Koksverbrauch gebunden. Die technischen Möglichkeiten, den Koksverbrauch zu reduzieren, sind durch die bisher durchgeführten Neuerungen an den Hochöfen weitgehend erschöpft. Ebenso ist der Energiebedarf, der recht hoch ist, nicht mehr zu reduzieren. Deshalb wird verstärkt die Anwendung neuerer Verfahren zur Herstellung von Eisen aus Erz betrieben. Eine dieser Methoden ist das Direktreduktionsverfahren, das den Hochofen ersetzt. Das Prinzip dieses Verfahrens ist, daß den Erzen in festem Zustand Sauerstoff entzogen wird. Dies geschieht im wesentlichen durch das Einleiten von Gasen in einen Schachtofen, der mit dem Eisenerz beschickt worden ist. Die Gase binden den Sauerstoff, und als Ergebnis entsteht der sogenannte Eisenschwamm, der sich vom Roheisen nur unwesentlich unterscheidet. Der Vorteil dieses Verfahrens ist die Unabhängigkeit vom Koks und der niedrigere Energiebedarf. Jedoch kann dieses Verfahren bisher erst in kleinem Maßstab industriell genutzt werden. Vor allem der Stahlkapitalist Korf wendet das Reduktionsverfahren an.

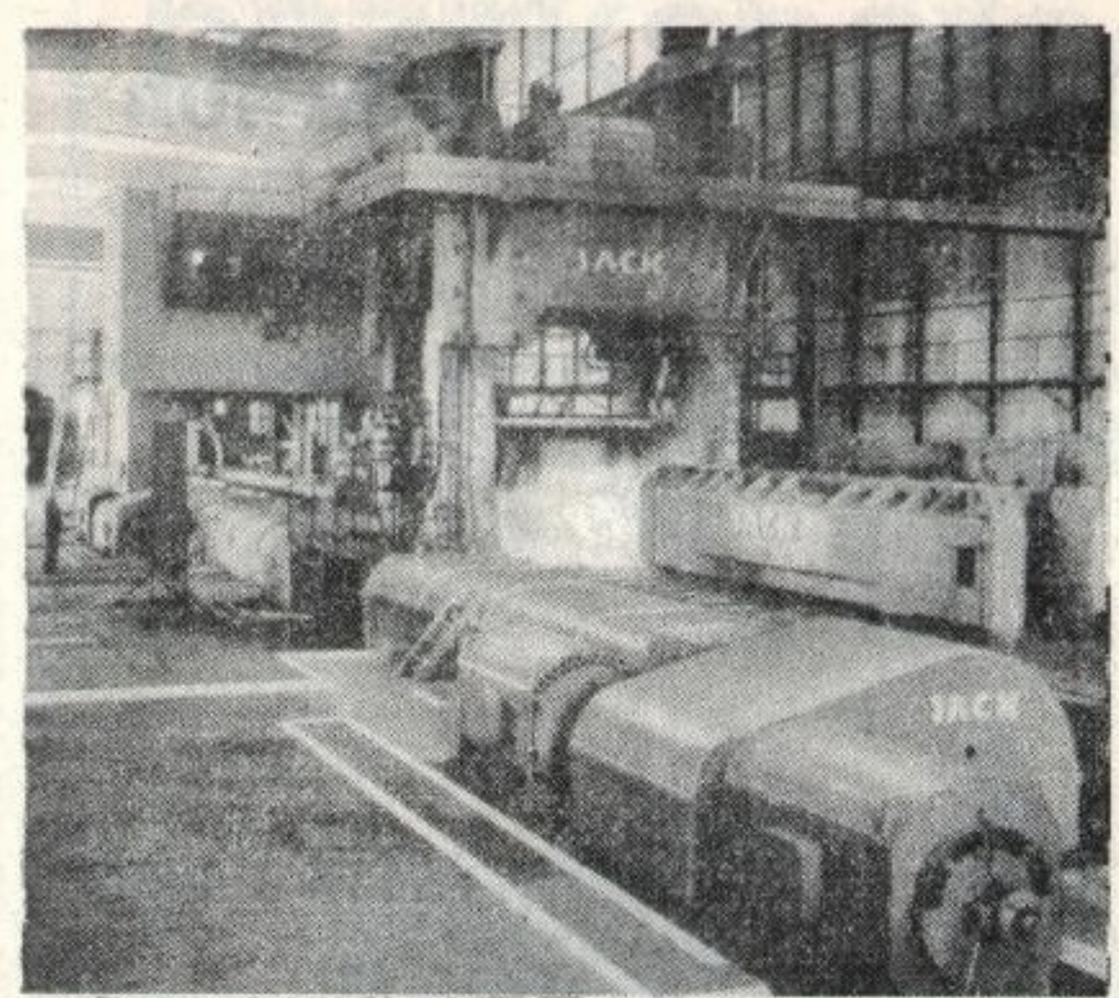
Großhochofen mit 13 Metern Gestelldurchmesser und 9 000 Tonnen Tagesleistung



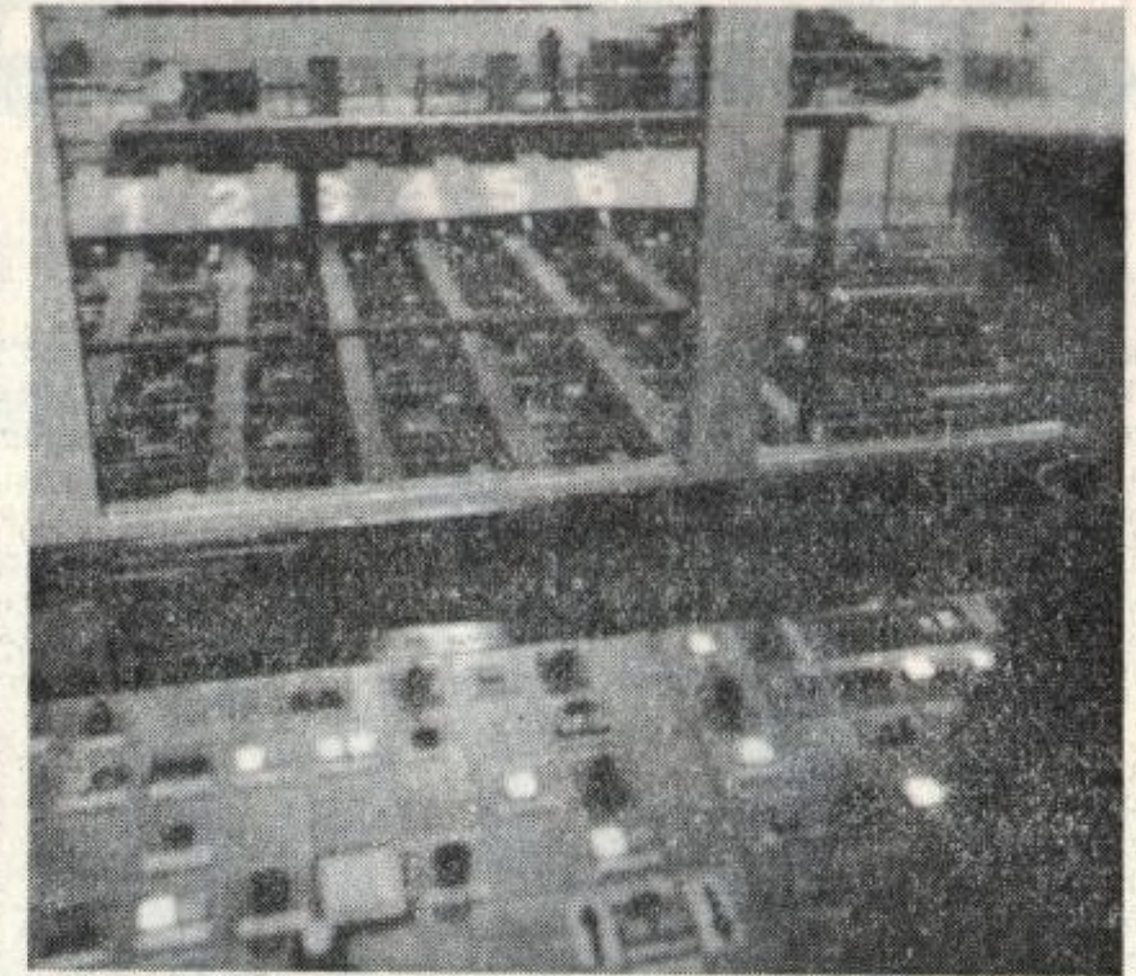
Krupp Rheinhausen: Beschicken eines 300-Tonnen-LD-Konverters mit Roheisen

Kokillenguß im Siemens-Martin-Stahlwerk Klöckner Bremen





Brammenblockstraße: Walzen der Blöcke vom Kokillenguß zu Brammen



Sechsstrangige Stranggußanlage Thyssen-Hütte Ruhrort: ersetzt Kokillenguß und Brammenblockstraße



Walzgerüste der Universalträgerstraße im Werk Peine von P & S

Stahlproduktion

Um aus Eisen Stahl herzustellen, muß der Kohlenstoffgehalt im Eisen von 2 bis 5 Prozent auf unter 1,5 Prozent reduziert werden. Dazu wird Roheisen u.a. mit Schrott in einem Konverter geschmolzen. In den letzten Jahren hat es in diesem Bereich die größte Revolutionierung durch die Einführung des Sauerstoffblasverfahrens (LD-Stahlwerk) gegeben. In das erhitzte Roheisen wird Sauerstoff geblasen, der sich mit dem Kohlenstoff verbindet. Die Konverter, an denen die Arbeiter diesen Prozeß durchführen, fassen bis zu 300 Tonnen. Durch die Einführung des Sauerstoffverfahrens ist es gelungen, die Schmelz- und reine Blaszeit auf 10 Minuten zu reduzieren, während bei den früher gebräuchlichen Siemens-Martin-Öfen die Blas- und Schmelzzeit bis zu 10 Stunden dauerte.

Walzwerk

Aus dem Konverter wird der flüssige Stahl in Pfannen, die bis zu 300 Tonnen Stahl fassen, gegossen. Entweder wird der Stahl jetzt im Schmiede-, Preß- und Hammerwerk zu großen Stahlformen gegossen und weiterverarbeitet, oder er wird im Walzwerk (über 90 Prozent des Stahls werden gewalzt) zu den Blechen der verschiedensten Dicke gewalzt.

Auf dem Bild ist der „Kokillenguß" zu sehen. Die Arbeiter gießen den Rohstahl in die Kokillen zu Blöcken. Diese Blöcke bringen sie ins Walzwerk, wo die Blöcke in den verschiedensten Walzvorgängen nacheinander auf immer kleinere Durchmesser gewalzt werden.

Die bisherigen Verfahren hatten den Nachteil, daß der Weg vom Stahlwerk zum Walzwerk und zwischen den einzelnen Walzvorgängen sehr lang war und der Stahl zwischen den einzelnen Vorgängen immer wieder erhitzt werden mußte. Durch zwei Verfahren wurde dieser Prozeß revolutioniert: Durch das *Stranggußverfahren* wird der Kokillenguß und das anschließende Walzen der Blöcke zu Brammen ersetzt, und durch die *kontinuierlichen Walzstraßen* werden die einzelnen Walzvorgänge zusammengezogen, so daß das einzelne Stahlstück die Walzvorgänge sofort hintereinander durchmacht. Dadurch wird der Produktionsprozeß insgesamt beschleunigt und viel Energie gespart, weil das Aufheizen des Stahl in großem Umfang eingeschränkt wird.

Beim Stranggußverfahren wird der Rohstahl aus der Gießpfanne sofort in eine Verteilerwanne gegossen, aus der er dann durch eine oder mehrere Formen (wassergekühlte Kokillen) fließt und dadurch sofort die Form erhält, die er zum Walzen braucht. Gegenüber dem bisherigen Verfahren wird also der Kokillenguß, der Transport der Blöcke und das Walzen der Blöcke durch einen einzigen Vorgang ersetzt. Die Ausbeute an Walzstahl wird dadurch um 10 Prozent erhöht, und die Kapitalisten sparen Maschinen und Arbeitskraft ein. Die Gießleistung einer Stranggußanlage beträgt derzeit im Durchschnitt ungefähr 2,5 Meter in der Minute.

Die kontinuierlichen Walzstraßen sind zumeist verbunden mit einer elektronischen Erfassung und Steuerung des Walzvorganges. Der Stahl wird vor und nach dem Walzvorgang elektronisch gewogen, und über das Steuerpult regulieren die Arbeiter die Größe, Form und Geschwindigkeit der Herstellung der Bleche und Stahlprofile. Durch die kontinuierlichen Walzstraßen fällt der Transport zwischen den einzelnen Walzvorgängen weg.

An der neuen Universalmittelstraße verschärfen die Kapitalisten die Arbeitshetze

P & S Peine. Gut 180 Millionen DM investierte P & S für die Universalmittelstraße im Werk Peine von P & S, die im November 1975 in Betrieb genommen wurde. Die Universalmittelstraße ist die modernste Walzstraße in Europa, ein „kontinuierliches Hochleistungswalzwerk mit vergleichsweise niedrigen spezifischen Investitions- und Produktionskosten und nach den neuesten technischen und arbeitswirtschaftlichen Erkenntnissen gebaut", wie das P & S-Vorstandsmitglied Stähler sagte. 12 bis 15 verschiedene Profile werden in der Universalmittelstraße gewalzt, vor allem Breitflanschträger, Formstahl, Europaträger und U-Stahl. 35 000 bis 40 000 Tonnen Fertigerzeugnisse können in der ersten Ausbaustufe in dreischichtigem Betrieb dort monatlich gewalzt werden.

Durch Ergänzungsmaßnahmen kann sie schnell auf eine Kapazität von 80 000 Monatstonnen ausgeweitet werden. Zum Vergleich: Das alte Walzwerk 2 im Werk Peine, das nach Inbetriebnahme der Universalmittelstraße stillgelegt wurde, hatte eine Monatsleistung von etwa 12 000 Tonnen im Dreischichtbetrieb. Es konnten weniger Profile gewalzt werden und in schlechterer Qualität. Für alle 8 Gerüste der Fertigstraße gibt es Wechselgerüste, die während der Produktion parallel zur Walzenstraße für den Wechsel des Programms vorgebaut werden.

Bei der Umstellung eines Walzprofils auf ein anderes müssen jeweils 26 Walzen gewechselt werden, wofür etwa 6 Stunden benötigt werden. Die Walzen werden in einem Hochregallager gestapelt und programmgesteuert zum Einsatz gebracht. Durch diese Neuerungen können die Gerüste selbst von den Arbeitern in 20 Minuten ausgetauscht werden. Die elektrische Leistung, die für diese Anlage gebracht wird, macht den zweifachen Bedarf der Stadt Peine mit 50 000 Einwohnern aus. „Bei aller Größe der technischen Daten steht der planende, denkende und handelnde Mensch im Mittelpunkt. Er ist es, der die Maßstäbe setzte. Er ist es, die die Gesamtkonzeption erarbeitete und die Detailplanung durchführte. Und er ist es auch, der nach der Inbetriebnahme in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres die Anlage betreiben und das Geschehen bestimmen wird", heißt es in einem Artikel in der Werkszeitschrift Nr. 7/1974 zum Bau der Universalmittelstraße.

Tatsächlich bedeutet die Universalmittelstraße eine gewaltige Steigerung der Produktivkraft der Arbeit. Es ist aber der Kapitalist, der „die Markt- und Absatzentwicklung weltweit abcheckte", der die Steigerung der Produktivkraft allein zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit, zum Zweck des Höchstprofits betreibt.

Rund 250 Arbeiter und Angestellte arbeiteten im alten Walzwerk 2. In der Universalmittelstraße sollen bei vollem Betrieb 280 arbeiten. Bisher läuft sie aber nur mit zwei Produktionsschichten täglich. 160 Arbeiter arbeiten dort jetzt. Die Produktionsleistung ist dagegen erheblich höher als im alten Walzwerk 2. 25 Arbeiter des alten Walzwerks 2 wurden bei der Stillegung teilweise vorzeitig in Rente geschickt. Für die Universalmittelstraße neu eingestellt wurde lediglich eine Handvoll „Führungskräfte", also einige Antreiber. Vor allem für die Facharbeiter ist die Arbeitshetze gestiegen. Pausen liegen für sie kaum noch drin, ständig müssen Kontrollgänge und Reparaturen gemacht werden. Bei einigen ist der Lohn im Verhältnis zum früheren Arbeitsplatz gesunken. Die Punktzahlen nach der Analytischen Arbeitsplatzbewertung wurden mit der Begründung, die Arbeitsbedingungen seien besser, herabgesetzt. Die „besseren Arbeitsbedingungen" charakterisierte der damalige Betriebsratsvorsitzende bei der Einweihung der Universalmittelstraße so: „Grob gesehen ist also eine Tendenz von mehr körperlichen zu den geistigen und psychischen Anforderungen festzustellen. Das wird bei genauer Betrachtung auch deutlich bei der Umschichtung der Belegschaft." Große Worte sind das – er redete dann noch von Humanisierung der Arbeitswelt – dafür, daß man an vielen Arbeitsplätzen jetzt acht Stunden auf verschiedene Knöpfe drücken muß. Die geistigen Potenzen werden der Arbeit zunehmend entfremdet. Mit „Humanisierung der Arbeit" ist dann gemeint, daß die Arbeitsplätze optimal für die Ausbeutung der Arbeitskraft eingerichtet sind. – (w, Stadtteilzelle Peine)

Automatische Datensteuerung in der Hand der Kapitalisten

„Die Zunahme der Kontroll- und Überwachungstätigkeit durch weiteres Fortschreiten der Automatisierung erfordert eine Überprüfung der Arbeitsplatzbesetzungspläne, der Schichtpläne und des Lohnstundenverbrauchs. Die Struktur des Lohnstundenverbrauchs hinsichtlich Akkordstunden, Überstunden, Lohndurchschnittsstunden und Festlohnstunden ist laufend zu überwachen. Die Anwendung der Arbeitsphysiologie und Arbeitspsychologie sowie der Arbeitsbewertung bei den Arbeitsstudien gehört ebenso zum Aufgabenbereich der Zeitwirtschaft.

Die Verfahren der Zeitermittlung reichen von den druckenden Zeituhren, die die Zeit auf die Arbeitsunterlagen beim Einführen aufdrucken, bis zu den von der Maschine selbst gesteuerten Zeitangaben, bei denen auf einem Schreibstreifen die Laufzeit und die Stillstands- bzw. Unterbrechungszeiten aufgezeichnet werden. Werden die von der Erzeugungsanlage gesteuerten Zeiten in Zählwerken oder elektronischen Systemen gespeichert, so können diese unmittelbar oder auch an einer zentralen Stelle als maschinell auswertbare Unterlagen (Lochkarten, Lochstreifen) ausgegeben werden. Um bei den Zeitarten Störungszeiten von kurzen Unterbrechungszeiten unterscheiden zu können, müssen Zeitrelais eingebaut werden, die nach Ablauf einer bestimmten Zeitlänge, die noch als Unterbrechungszeit anerkannt wird, automatisch auf den Störungszähler umschalten."

Aus: Gemeinfaßliche Darstellung des Eisenhüttenwesens, 17. Auflage 1971, Seite 286/287

Weniger Arbeiter an größeren Produktionsanlagen produzieren mehr Stahl. Da sich die Produktionsanlagen in der Hand der Kapitalisten als Kapital befinden und der produzierte Stahl in der Hand der Kapitalisten Kapital ist, bedeutet diese Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit der Stahlarbeiter unter dem Kommando der Kapitalisten bloß Steigerung der Ausbeutung. Dies allein ist auch der Zweck der Entwicklung der Produktivkraft in der kapitalistischen Produktionsweise. Sie kann nur unter heftigen Krisen und Zyklen vonstatten gehen. Da die Produktionsanlagen in der Hand des Kapitalisten Kapital sind, bedeutet die Vergrößerung und Verbesserung der Anlagen im Kapitalismus nur einen immer größeren Aufwand von konstantem Kapital pro Arbeiter. Da nur die Arbeit neuen Wert produziert, kann auch nur durch die lebendige Arbeit Profit produziert werden. Der Kapitalist bezieht diesen von der lebendigen Arbeit produzierten Profit auf das ganze vorgeschossene Kapital. Er muß feststellen, daß trotz seines wachsenden Kapitaleinsatzes die Profitrate sinkt. Die Lust, neues Kapital in der Profitproduktion anzuwenden, sinkt, weil bereits zuviel Kapital angehäuft ist. Es kommt zur Krise. Produktionsanlagen werden stillgelegt. Arbeiter werden auf die Straße geworfen. Befreit die Arbeiterklasse die Produktivkräfte, indem sie das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt, dann beseitigt sie zusammen mit der Ausbeutung auch die Grundlage der Krisen.

Die Arbeiter können die Produktivkräfte entwickeln entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Die Fesseln der Profitproduktion sind gesprengt.

	Arbeiter**	Hochöfen vorhanden	Hochöfen in Betrieb	Arbeiter an Hochöfen und Erzvorbereitung	Erzeugung von Roheisen (in 1000 t)	Arbeiter in Stahlwerken	Erzeugung von Rohstahl (in 1000 t)	Arbeiter in Walzwerken	Erzeugung von Walzstahl (in 1000 t)	Strom pro Tonne Rohstahl (kWh)	Strom pro Arbeiter (kWh)	Strom pro Arbeiterstunde (kWh)	Bruttoanlagevermögen pro Arbeiter (DM***)	Bruttoanlageinvestition (Mio DM)	Investition pro Arbeiter (DM)	Veränderung der Investition (in %)
1960	354 164	156	129	.	25 739	.	34 100	.	22 363	359	34 546	12,2	55 209	1 590	4 492	13,2
1961	352 927	154	123	15 172	25 431	28 893	33 458	61 969	21 687	374	35 483	12,4	59 861	2 315	6 577	45,6
1962	342 069	153	118	14 338	24 251	28 074	32 563	61 626	21 356	390	37 200	13,5	67 325	2 410	7 045	4,1
1963	326 128	147	106	12 388	22 909	25 644	31 597	60 713	20 759	413	40 000	14,5	76 356	2 470	7 573	2,5
1964	330 509	147	113	13 219	27 182	27 378	37 339	65 130	24 745	398	45 100	16,2	80 565	2 380	7 212	– 3,6
1965	323 975	145	104	13 077	26 990	27 389	36 821	64 717	24 568	424	48 400	17,1	87 009	2 160	6 687	– 9,2
1966	301 500	141	86	14 326	25 413	27 397	35 316	66 866	23 948	454	53 300	19,2	97 242	1 995	6 628	– 7,6
1967	286 854	139	91	14 889	27 366	26 076	36 744	63 735	24 633	442	56 800	21,5	105 512	1 500	5 244	– 24,8
1968	288 606	123	88	15 698	30 305	28 842	41 159	68 913	28 416	445	63 600	23,5	106 588	1 405	4 878	– 6,3
1969	292 097	110	91	15 952	33 765	29 993	45 316	70 768	31 918	441	68 500	24,7	107 682	2 020	6 918	43,8
1970	291 326	104	80	16 085	33 625	29 449	45 041	68 704	31 967	466	72 200	25,4	111 742	3 110	10 687	54,0
1971	271 758	98	71	15 001	29 990	26 772	40 313	64 103	28 244	495	61 600	26,5	117 329	4 035	14 889	29,7
1972	260 207	89	78	14 218	32 004	27 096	43 705	63 704	30 718	485	69 500	29,9	123 078	3 790	14 576	– 6,1
1973	266 405	88	76	14 689	36 828	28 584	49 521	66 481	36 151	478	76 600	32,9	127 139	3 110	11 691	– 17,9
1974	265 793	86	76	15 242	40 221	29 430	53 232	66 661	38 859	459	78 300	35,1	129 173	2 660	9 888	– 14,5
1975	253 250	85	53	14 493	30 074	27 583	40 415	62 087	28 873	521*	82 298*	51,5*	.	.	.	.

* vorläufiges Ergebnis
** einschließlich Auszubildende
*** zu Preisen von 1962
Quellen:
Statistisches Jahrbuch der Eisen- und Stahlindustrie 1976, Düsseldorf; Rolf Krengel u.a., Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der BRD, Berlin 11. und 17. Folge
Die Spalten 10, 11, 12, 13, 15 und 16 beruhen auf eigenen Berechnungen.

Die Volkswagenwerke – erbaut zur imperialistischen Expansion und Kriegsproduktion

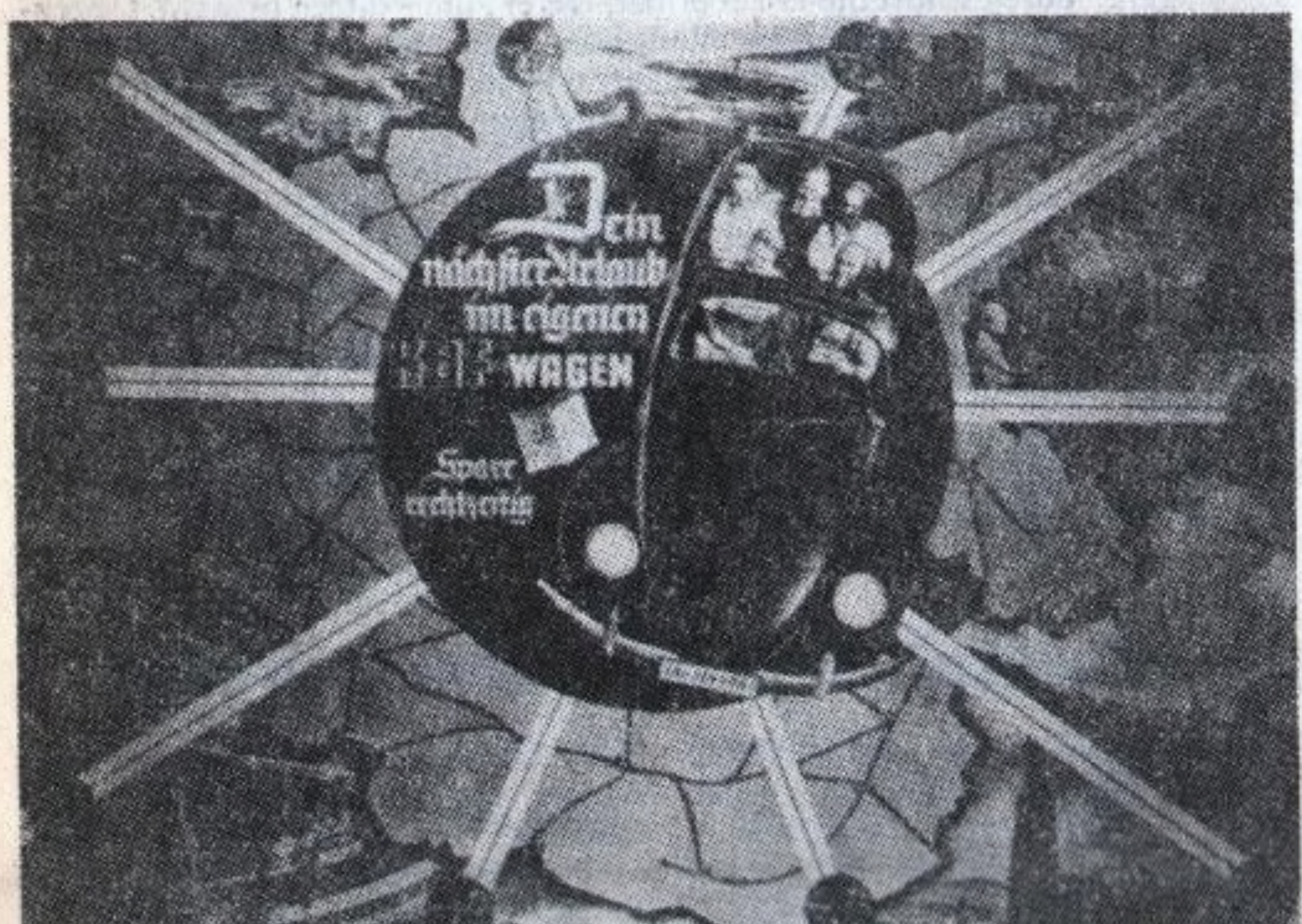
Die Volkswagenwerk AG hat lange Zeit nach dem Wiederaufbau des Kapitalismus nach dem verlorenen Weltkrieg der deutschen Finanzbourgeoisie den Mythos eines „Werk des Volkes" gehabt. Die Tatsachen und die Gesetzmäßigkeit der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus haben das Gegenteil gelehrt. Diesen Ruf aufzubügeln, daran geht die Bourgeoisie von neuem, um mit neuem Betrug und Täuschungen die Arbeiterklasse und die Volksmassen an die Politik des VW-Kapitals zu binden und dafür zu gewinnen. „VW – Partner der Welt". Eineinhalb Millionen Menschen sollen auf dem Erdball direkt und indirekt vom Volkswagenkonzern leben, sagen die Kapitalisten.

Eineinhalb Millionen Menschen. Ob in Südafrika, Spanien, Brasilien oder Indonesien, überall saugt der VW-Konzern Arbeitskräfte in seine Profitmühlen. Neun ausländische Produktionsgesellschaften sind neben den inländischen VW- und Audi-Werken errichtet worden. Dazu wird im nächsten Jahr das Werk in den USA und eventuell ein Werk im Iran kommen. Ein Vertriebsnetz des VW-Konzerns umspannt große Teile des Erdballs und sichert die Präsenz des westdeutschen Imperialismus in über 140 Ländern.

Der VW-Konzern ist ein Stoßkeil des westdeutschen Imperialismus. Nach dem verlorenen Raubkrieg durch den deutschen Faschismus nahm das Volkswagenwerk diese Funktion ein. Kaum war die Produktion von den Arbeitern wieder in Gang gebracht worden, da wurde auch schon exportiert. Zuerst nach den Niederlanden, dann 1949 bereits nach den USA. Im Jahr 1952 wurde bereits die erste Verkaufsgesellschaft (Kanada) gegründet, ein Jahr später die erste Produktionsstätte in Brasilien errichtet.



Im Mai 1938 wurde der Grundstein des VW-Werkes Wolfsburg gelegt. In fieberhafter Geschwindigkeit mußten die Arbeiter die Produktionshallen errichten. Die Arbeiter, zumeist italienische Zwangsdeportierte, mußten rings um das Werk ein Leben in Baracken fristen. Pünktlich, gegen Ende 1939, lief die Produktion an, als die deutsche Bourgeoisie gegen die Völker Europas einen neuen Raubkrieg entfesselt hatte.



Mit diesen und ähnlichen Plakaten betrieben die Faschisten eine massive Propagandakampagne, sich einen Volkswagen zu ersparen. Den Volksmassen wurde das Geld aus den Taschen gezogen und in die Hände der deutschen Finanzbourgeoisie gelegt. Einen Volkswagen bekam kein Sparer in die Hände. Eine angestrengte Klage dauerte 11 Jahre durch die gerichtlichen Instanzen und wurde von der westdeutschen Bourgeoisie mit einem Vergleich beendet.

Die deutsche Arbeitsfront, der die Organisation „Kraft durch Freude" eingeordnet wurde, finanzierte den Bau des Werkes durch Mitgliedsbeiträge. 150 Millionen Mark mußten so aus Lohngeldern über Beitragszahlungen an die Arbeitsfront an die Bourgeoisie von den Volksmassen zur Verfügung gestellt werden. Das Projekt „Volkswagen" wurde in die Organisation „Kraft durch Freude" integriert. Es entsprach der Ideologie dieser Organisation, die durch kulturelle Tätigkeiten, Wandern und ähnliches, die Volksmassen für den Faschismus gewinnen sollte, daß dieser Wagen dann nicht gekauft, sondern zusammengespart werden sollte, bevor überhaupt ein Auto gefertigt worden war. Die Bourgeoisie bekam das Geld, die Volksmassen eine Klebekarte. Die „KdF" richtete ein Sparsystem ein, auf dem durch Wochenraten, später dann Monatsraten à Fünf Mark ein Anrecht auf den KdF-Wagen zusammengespart werden sollte. Die Propaganda und der gleichzeitige Zwang führten dazu, daß 336 000 Menschen einen solchen Vertrag abschlossen. Ein Rücktrittsrecht war ausgeschlossen. Der Preis war frühzeitig auf 990 Reichsmark beziffert, aber aus der Luft gegriffen. Das Startkapital der Finanzbourgeoisie wurde dadurch um weitere 280 Millionen aufgestockt.

Die Produktion begann rechtzeitig 1939 zum Kriegsbeginn. Gebaut wurde viel. Bomben, Minen, Panzerlaufräder, Flugzeugteile, Bunkeröfen, Tellerminen etc. Als erstes Auto lief kein Volkswagen sondern ein Kübelwagen vom Band. Ihm folgten noch zigtausend. Der nächste Wagen war ein Schwimmwagen, ab 1942, auch ihm folgten bis Jahresende noch einige zehntausend.



Hitler und sein Konstrukteur F. Porsche, dessen Volkswagenkonstruktion als „genialer" Gedanke verbreitet wurde, war ein eifriger Diener der Faschisten. Er konstruierte alles: von Geschützen, Mörsern bis zu fahrbaren Bunkern.

Startkapital aus Betrug, Zwangseintreibung und Beschlagnahme

Die Geschichte der Volkswagenwerke ist lehrreich für die deutsche Arbeiterklasse, besonders die seiner Erbauung und Produktionsaufnahme. Bereits 1934 wurde von Hitler und seinem Ing. F. Porsche der Bau von Volkswagen propagiert. Ein Funktionär des Nationalsozialistischen Kraftfahrzeugverbandes erläuterte die von den Faschisten durchgeführte Kampagne: Es ginge ..... um Deutschlands größtmögliche Motorisierung und seine weltpolitische Stärkung, seine sportliche Geltung und seinen wirtschaftlichen Aufstieg ...". Um die Stärke des deutschen Imperialismus weiter auszubauen, wirtschaftlich und militärisch, mußte ein gewaltiges Motorisierungsprogramm durchgeführt werden. Der zentrale Punkt darin war die Kraftfahrzeugproduktion in Massenfertigung. Nach dem Vorbild der US-Großproduktion sollte ein Werk errichtet werden mit einer Anfangsleistung von 900 Wagen pro Schicht (1976 ca. 3 000 Wagen pro Tag). F. Porsche wurde zum Studium in die US-Fertigungen von General Motors, Ford etc. geschickt. USA-Maschinen und Konstrukteure etc. wurden gekauft. Ziel der deutschen Finanzbourgeoisie war es, militärische Massenfertigung zu betreiben. „Die Reichswehr verlangte einen Wagentyp, der Platz für drei Mann und ein schweres Maschinengewehr bietet", (Besprechung über das VW-Projekt im Mai 1934 zwischen Reichswehr, Reichsverkehrsministerium und des RDA).

Die finanziellen Mittel, das Startkapital, erwarb sich die Finanzbourgeoisie durch Verschärfung der Ausplünderung der deutschen Volksmassen. 1933 waren die Gewerkschaften durch die Faschisten verboten worden. Die Streikkassen der Arbeiterklasse wurden beschlagnahmt und zum Zwecke des Baus des Volkswagenwerkes geplündert.

Zwangsarbeit und KZs waren die Arbeitsbedingungen

War der Bau des Werkes durch Zwangseintreibungen, Betrug und Raub der deutschen Bourgeoisie finanziert worden, so war die Durchführung der Produktion selber über Zwangsarbeit und KZs betrieben worden. Angefangen wurde mit 1 000 Arbeitern. In Schüben kamen dann dazu Zwangsarbeiter, die die Faschisten aus den besetzten Ländern rekrutierten, um die deutschen Arbeiter an die Front zu schicken. Im Werk mußte man elendig sein Leben fristen, außerhalb des Werkes in Barackenanlagen dahinvegetieren. Deutsche, Belgier, Franzosen, Polen .... Im weiteren Verlauf des Krieges wurden Häftlinge aus den Konzentrationslagern Buchenwald und Sachsenhausen nach Wolfsburg in Lager verfrachtet, zwecks Ausweitung der Kriegsproduktion. Insgesamt waren von ca. 18 000 Arbeitern 16 000 Inhaftierte und Zwangsdeportierte. So hat sich niedergeschlagen, was die Faschisten im Interesse der Bourgeoisie als „gewaltigste und schönste Automobilfabrik der Welt, ein Olympia der Arbeit, gekrönt von der Akropolis der Freude, der Schönheit" bezeichnet hatten. 300 bis 400 sowjetische und polnische Kinder wurden vom verantwortlichen VW-Werksarzt Körbel umgebracht.

Die Volkswagenwerke sind entstanden zum Zwecke der imperialistischen Expansion und Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus. Die unter die Massen gepaukte Ideologie von einem „Werk des deutschen Volkes" haftete noch lange Zeit in den verschiedensten Teilen der Volksmassen. Der Wiederaufbau des Kapitalismus mit Hilfe der imperialistischen Siegermächte und der andauernde Aufschwung verstärkte dies.

Als der Kommunistische Bund Wolfsburg vor gut sieben Jahren vor dem Wolfsburger VW-Werk tätig wurde, war diese Anschauung eine schwere Last. Heute hat die Entwicklung des Klassenkampfes diese Anschauung an die Seite gefegt. Die Bourgeoisie ist dementsprechend auch intensiv dabei, mit neuen Ideologien der Klassenversöhnung wie „größter Arbeitgeber des Landes", bei dem tausende Arbeitsplätze durch „falsches volkswirtschaftliches Verhalten" der Arbeiter gefährdet werden, verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

Es ist nützlich, die alten Erfahrungen der Arbeiterbewegung über die Bourgeoisie und ihre Herrschaftsformen nicht aus den Augen zu verlieren und weiterzugeben. – (w.k.)

10 Grundsätze

für die Arbeit im Volkswagenwerk

1.

Das Volkswagenwerk wird zweifellos Eigentum des Deutschen Volkes werden und durch seine selbstgewählten Repräsentanten vertreten sein. –

In der Zwischenzeit sind wir die Treuhänder des Werkes für das ganze deutsche Volk. Seine Gebäude und Einrichtungen müssen daher erhalten bleiben, Maschinen, Werkzeuge und Mobiliar schonend behandelt werden.

2.

Alle Arbeit im Werk ist daher Dienst am Volke zum Nutzen der Allgemeinheit. –

Eine Ausbeutung der Arbeiter oder die Verfolgung privater Interessen kommen deshalb nicht in Betracht.

3.

Die Produktion des Volkswagenwerkes hilft wesentlich mit am Wiederaufstieg Deutschlands.

Alle, die über dem an die Besatzungsmacht abzuliefernden Kontingent produzierten Wagen, werden dazu verwendet, um der Verkehrskrise in Deutschland abzuhelfen und Devisen für die Lebensmitteleinfuhr zu beschaffen.

Arbeitsordnung des Volkswagenwerkes im Jahres 1947



Eine Million Käfer haben die Arbeiter hergestellt. Arbeitsplätze hat es nicht geschaffen oder gesichert. Die märchenhaften Profite werden in aller Welt investiert. So wie Nordhoff sich unter den Arbeitern noch bewegen konnte, wagt Schmücker auch mit Schutzstaffel nicht mehr.